

Vorlage für die Sitzung des Senats am 24. Februar 2015

Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2014 (Stand: 13. Monat 2014)

A. Problem

Auf den Ebenen der Produktbereiche und Produktpläne berichtet der Senat dem Haushalts- und Finanzausschuss periodisch zur Entwicklung der Finanz-, Personal- und Leistungsdaten im Produktgruppenhaushalt.

Nachdem das Haushaltsergebnis des Jahres 2014 im Wesentlichen feststeht, kann ein Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt vorgelegt werden. Buchungen im sogenannten 14. (Abrechnungs-)Monat sind nur noch in geringem Umfang zu erwarten. Die Senatorin für Finanzen legt daher zusammen mit der Vorlage „Abrechnung der Produktplanhaushalte 2014“ dem Senat den „Abschlussbericht des Produktgruppenhaushalts 2014“ vor.

Da im Rahmen der Vorlage „Abrechnung der Produktplanhaushalte 2014“ die grundlegenden Ergebnisse aus den Haushalten (Finanzdaten) festgestellt werden, liegt der Schwerpunkt dieses Berichts im Wesentlichen auf der Beurteilung der Erreichung der Personal- und Leistungsziele.

B. Lösung

Die Senatorin für Finanzen hat die von den Ressorts erstellten Controllingberichte auf der Ebene der Produktpläne und -bereiche für den Zeitraum Januar bis Dezember 2014 einschl. des 13. Abrechnungsmonats mit einer Kommentierung versehen, um zentrale Analysen sowie Bewertungen ergänzt und zu einem Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2014 zusammengefasst (siehe **Anlage 1**). Vertiefende Informationen sind mit den Produktbereichsberichten im Mitarbeiterportal (MiP) abrufbar.

I. Zielerreichung

Einhaltung der Personalziele

Personalausgaben

Insgesamt wurden die Ausgaben gegenüber dem bereinigten Budget (ohne übertragene Ausgabereste in Höhe von 14,4 Mio. €) um 10,5 Mio. € unterschritten, dies entspricht 0,84% des Budgets. Gründe hierfür sind u.a. eine geringere Inanspruchnahme der Globalen Mehrausgaben im Produktplan 92, bei den Mitteln für die Ausbildung im Produktplan 91 und bei den refinanzierten Ausgaben.

Der Produktplan 41 – Jugend und Soziales- hat das Jahr mit Mehrausgaben in Höhe von rd. 0,2 Mio. € bei den refinanzierten Ausgaben abgeschlossen. Hierfür wird im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte nach rechnerischem Teilausgleich ein Verlust vorgetragen, der im Haushaltsjahr 2015 auszugleichen ist.

In den anderen Produktplänen konnten zum Jahresende ausgeglichene Ergebnisse (in Einzelfällen Minderausgaben) erreicht werden.

Gegenüber dem Jahr 2013 haben die sich Personalausgaben in 2014 von 1.191,1 Mio. € um 47,5 Mio. € auf 1.238,6 Mio. € erhöht, dies entspricht 3,99 %.

Der überwiegende Teil des Ausgabenanstiegs liegt im TVL Tarifabschluss und dessen weitgehender Übernahme für die Beamten und die Versorgung begründet.

Weitere Ausgabensteigerungen finden sich im Bereich des refinanzierten Personals wieder, wobei grundsätzlich in diesem Bereich gleichzeitig auch die Einnahmen für die Refinanzierung entsprechend gestiegen sind.

Personalmenge

Im Jahr 2014 gab es im Kernbereich eine Zunahme im Beschäftigungsvolumen gegenüber dem Vorjahr von rd. 56 VZE, das Beschäftigungsvolumen hat sich von 13.403 VZE im Dezember 2013 auf 13.459 VZE im Dezember 2014 erhöht.

Berücksichtigt man die temporären Projektmittel, so hat sich das Beschäftigungsvolumen von 13.531 VZE im Dezember 2013 auf 13.527 VZE im Dezember 2014 verringert, dies entspricht einem Abbau um rd. 4 VZE.

In der folgenden Tabelle ist die Veränderung des Beschäftigungsvolumens für den Kernbereich und die temporären Projektmittel von Dezember 2013 zu Dezember 2014 dargestellt:

IST / IST – Vergleich Beschäftigungsvolumen
(Kernhaushalt und temporäre Personalmittel)

Produktplan	Ist Dez 2013	Ist Dez 2014	Veränderung 2013 zu 2014
01 - Bürgerschaft	53,84	53,85	0,01
02 - Rechnungshof	36,26	38,76	2,50
03 - Senat, Senatskanzlei, kirchl. Angelegenheiten	111,44	107,81	-3,63
05 - Bundes- und Europaangelegenheiten	36,76	35,80	-0,96
06 - Datenschutz und Informationsfreiheit	12,66	13,64	0,98
07 - Inneres	3.510,00	3.524,98	14,98
08 - Gleichberechtigung der Frau	10,29	11,06	0,77
11 - Justiz	1.243,23	1.229,16	-14,07
12 - Sport	20,01	18,76	-1,25
21 - Bildung	4.964,60	4.947,51	-17,08
22 - Kultur	66,81	66,79	-0,02
24 - Hochschulen und Forschung	36,67	36,76	0,09
31 - Arbeit	142,84	144,79	1,95
41 - Jugend und Soziales	750,85	762,80	11,95
51 - Gesundheit	274,71	275,37	0,66
68 - Umwelt, Bau und Verkehr	713,63	686,37	-27,25
71 - Wirtschaft	102,26	90,71	-11,55
81 - Häfen	111,07	113,57	2,50
91 - Finanzen / Personal	1.154,13	1.149,09	-5,04
92 - Allgemeine Finanzen	170,36	219,15	48,80
93 - Zentrale Finanzen	8,78	0,00	-8,78
insgesamt	13.531,19	13.526,75	-4,45

Gegenüber der Planung war der Personalabbau im Kernbereich nicht ausreichend, um die Beschäftigungszielzahlen einzuhalten; sie wurden um rd. 33 VZE überschritten.

Dies resultiert u.a. aus Überhängen aus den Vorjahren, die in 2014 nicht zusätzlich zu den allgemeinen Einsparvorgaben abgebaut werden konnten. In einzelnen Produktplänen haben sich neue Überhänge bei den Zielzahlen bzw. deren Ausweitung ergeben.

So wurde beispielweise im Produktplan 07 Inneres die Überschreitung der Zielzahlen von rd. 64 VZE auf rd. 95 VZE ausgeweitet. Ein Grund für dieses Ergebnis ist auf der einen Seite die Übernahme einer in der Ausbildungsplanung festgelegten Anzahl von Polizeianwärtern in den Kernbereich und auf der anderen Seite ein gleichzeitig längerer Verbleib der Mitarbeiter im Dienst durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf freiwilliger bzw. gesetzlicher Basis.

Im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen wurde im Zuge der Haushaltsaufstellung 2014/2015 der Berufseinsteigerpool mit einer Beschäftigungszielzahl von 35 VZE geschaffen, zum Jahresende 2014 wurde dort Personal in Höhe von 32,10 VZE

gebucht. Durch dezentrale Personalbedarfe (überwiegend zur Lösung der Flüchtlingsproblematik) werden bei den temporären Personalmitteln des Produktplans 92 weitere 16,7 VZE gebucht. Insgesamt ist also eine Steigerung zum Jahr 2013 von 48,8 VZE zu verzeichnen.

Im Gegensatz zu der Überschreitung zum Jahresende wurde in der jahresdurchschnittlichen Betrachtung eine Unterschreitung der Zielzahlen von insgesamt rd. 97 VZE festgestellt. Diese jahresdurchschnittliche Entwicklung ist im direkten Zusammenhang mit den jeweiligen Budgets zu betrachten, dabei ist festzustellen, dass eine auskömmliche Finanzierung der Budgets vorlag.

Im Vergleich zwischen dem positiven durchschnittlichen Verlauf und der deutlichen Überschreitung zum Jahresende fällt die deutliche Diskrepanz auf. Dies wird in den Bereichen mit festen Einstellungskontingenten deutlich, insbesondere durch die Übernahme von Auszubildenden bei der Polizei. Im Jahresverlauf verringert sich das Beschäftigungsvolumen durch Abgänge, durch die Übernahme der Polizeianwärter im Oktober erhöht sich das Beschäftigungsvolumen zum Jahresende deutlich, was sich aber in der Durchschnittsbetrachtung nicht im gleichen Maße wiederfindet.

Das Jahresergebnis ist zugleich der Ausgangswert für das kommende Jahr. Hierbei ist zu beachten, dass eventuelle Hypothesen für den kommenden Haushalt weiterhin beherrschbar bleiben.

In der folgenden Tabelle ist der Soll/Ist Vergleich für den Kernbereich zum Dezember 2014 dargestellt:

Soll / IST – Vergleich (Kernhaushalt ohne temporäre Personalmittel)

Produktplan	Ist Dez 2014	Soll Dez 2014	Abweichung
01 - Bürgerschaft	53,85	56,96	-3,12
02 - Rechnungshof	38,76	41,66	-2,90
03 - Senat, Senatskanzlei, kirchl. Angelegenheiten	104,31	101,22	3,09
05 - Bundes- und Europaangelegenheiten	35,80	37,47	-1,66
06 - Datenschutz und Informationsfreiheit	13,64	13,02	0,62
07 - Inneres	3.516,48	3.421,11	95,38
08 - Gleichberechtigung der Frau	11,06	11,09	-0,04
11 - Justiz	1.229,16	1.221,51	7,66
12 - Sport	18,76	20,85	-2,10
21 - Bildung	4.947,51	4.963,95	-16,44
22 - Kultur	66,79	65,37	1,42
24 - Hochschulen und Forschung	34,26	30,87	3,40
31 - Arbeit	144,79	147,89	-3,10
41 - Jugend und Soziales	751,60	767,07	-15,47
51 - Gesundheit	258,77	276,20	-17,43
68 - Umwelt, Bau und Verkehr	686,37	704,18	-17,80
71 - Wirtschaft	90,71	91,92	-1,20
81 - Häfen	113,57	112,40	1,17
91 - Finanzen / Personal	1.140,49	1.154,73	-14,24
92 - Allgemeine Finanzen	202,45	186,87	15,58
insgesamt	13.459,14	13.426,32	32,82

Einhaltung der Finanzziele

Die Senatorin für Finanzen hatte dem Senat zu seiner Sitzung am 30. September 2014 zusammen mit dem Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis Juli 2014 ein Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014 vorgelegt. Das Lösungskonzept umfasste Budgetrisiken in einem Volumen von insgesamt 102,7 Mio. € (nach Gegenrechnung verfügbarer Deckungsmittel in Höhe von 7,8 Mio. €). Hiervon entfielen rd. 72,7 Mio. € auf Budgetrisiken der Ressorts sowie rd. 30 Mio. € auf die Anpassung der Beamtenbesoldung. Neben der überwiegend erfolgten Bereitstellung zentraler Haushaltsmittel zur Lösung der Budgetrisiken waren in einem Volumen von rd. 20,2 Mio. € Lösungen innerhalb der jeweiligen Produktplanhaushalt zu entwickeln.

Darüber hinaus hatte der Senat in seiner Sitzung am 2. Dezember 2014 beschlossen, dass verbleibende Ausgaberrisiken im Produktplan 07 Inneres (2.828.000 € konsumtive sowie 0,9 Mio. € Personalmehrausgaben) ebenfalls einer zentralen Lösung im Rahmen des Gesamthaushalts zugeführt werden.

Ressorts, denen durch Senatsbeschluss vom 30. September 2014 zentrale Mittel zur Deckung ihrer konsumtiven Budgetrisiken sowie zur Deckung von Mindereinnahmen zur Verfügung gestellt wurden, dürfen bis zur Höhe der erhaltenen Mittel keine Reste und Rücklagen bilden (Ausnahme zweckgebunden oder rechtlich verpflichtete Mittel). Die betroffenen Ressorts haben im Rahmen des Abschlusses Ausgaberreste bzw. rücklagefähige Beträge gestrichen. Die produktplanbezogenen Ergebnisse können der Vorlage Abrechnung der Produktplanhaushalte entnommen werden.

Trotz der vom Senat beschlossenen o.g. Ausgleichsmaßnahmen wurde im Produktplan 07 Inneres kein ausgeglichenes Ergebnis erreicht. Es verbleibt ein Defizit in Höhe von 1,35 Mio. €, das insbesondere auf Mehrausgaben im Stadtamt, weitere Mindereinnahmen bei den Verwarnungsgeldern der Polizei und den Gebühren für Ausweise und Pässe im Stadtamt zurückzuführen ist. Die Schätzungen zum voraussichtlichen Jahresergebnis haben sich im Jahresverlauf sukzessive verschlechtert. Dennoch konnte die Anfang Dezember 2014 vorgenommene Schätzung nicht annähernd das tatsächliche Jahresergebnis widerspiegeln. Um zu verlässlicheren Annahmen zu kommen, sollte das Ressort daher gebeten werden, sein dezentrales Controlling zu verbessern. Insbesondere wird in diesem Zusammenhang die Durchführung eines dezentralen monatlichen Controllings empfohlen. Dieses sollte zumindest in den Produktgruppen bzw. -bereichen vorgenommen werden, in denen auch im Haushaltsjahr 2015 ein Risiko für die Einhaltung der Budgetziele erwartet wird.

Ausblick 2015 (Personal- und Finanzziele)

Für den Haushalt 2014/2015 wurden Zielzahlerhöhungen in allen Produktplänen beschlossen. Ferner wurden Kontrakte zum mittelfristigen Abbau der Personalüberhänge mit den Ressorts Wirtschaft und Häfen sowie Inneres für das Stadtamt abgeschlossen.

Es wurden darüber hinaus neue Kontrakte zur Unterstützung der Ressorts bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik geschlossen. Der Senat wird sich voraussichtlich am 3. März 2015 mit dem Finanzierungskonzept zur Anpassung der Mittelbereitstellung in 2015 befassen.

Im Controlling 2015 wird neben der Einhaltung der im Haushalt vorgegebenen Ziele auch die Erfüllung der in den Kontrakten vorgegebenen Ziele der Maßstab für die Bewertungen sein. Ferner ist für die Kontraktbereiche vereinbart worden, dass alle personalwirtschaftlichen Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen nur mit Zustimmung der Senatorin für Finanzen umgesetzt werden können. Durch diese Vorgehensweise kann die Senatorin für Finanzen aktiv auf drohende Probleme reagieren.

Für den Produktplan 07 Inneres besteht aufgrund des bestehenden Überhanges im Polizeivollzug und der auch in diesem Jahr anstehenden Übernahme von Polizeianwärtern in den Kernbereich bei gleichzeitig längerer Verweildauer der Mitarbeiter im aktiven Dienst ein erhebliches Risiko in Bezug auf die Einhaltung des Personalhaushaltes.

Anlässlich der erwarteten Budgetrisiken im Haushaltsjahr 2014 hat der Senat mit Beschluss vom 30. September 2014 betroffene Ressorts gebeten, im Falle sich in das Jahr 2015 fortschreibender Budgetrisiken unverzüglich zu Beginn des Haushaltsvollzuges dezentrale Bewirtschaftungsmaßnahmen zu erlassen. Gegensteuerungsmaßnahmen sind daher bereits zu Beginn des Haushaltsjahres einzuleiten bzw. eingeleitet worden.

Im Übrigen wird der Senat voraussichtlich in der Sitzung am 3. März 2014 ein Konzept zur Lösung der aktuellen Budgetrisiken 2015 beraten. Bestandteil dieses Konzepts werden insbesondere die finanziellen Basis-Effekte aus der Besoldungsanpassung 2013/2014, den erheblich gestiegenen Sozialleistungen sowie der stark gestiegenen Zuwanderung von Flüchtlingen sein.

Einhaltung der Leistungsziele

Die von den Ressorts vorgelegten Produktplanberichte nebst Leistungsblatt sind im beigefügten Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2014 enthalten. Darüber hinaus sind vertiefende Betrachtungen insbesondere zur Erreichung der Leistungsziele sowie die Soll-/Ist-Abweichung von Kennzahlen bzw. Indikatoren auf der Ebene der Produktbereiche von den Ressorts vorgelegt worden, die allerdings wegen ihres Umfangs nicht diesem Bericht beigefügt sind. Dennoch werden diese Informationen im MiP veröffentlicht.

Im Controllingbericht Januar bis September 2014 wurde bereits auf die unterschiedlichen Erfüllungsstände der geplanten Leistungsziele hingewiesen. Nach Darstellung der Ressorts werden zum Jahresende die geplanten Leistungsziele/-kennzahlen nunmehr eingehalten bzw. im Wesentlichen eingehalten. Hierzu wird auf die jeweiligen Produktplan- bzw. Produktbereichsblätter verwiesen.

In dieser Vorlage sollen aus Sicht der Senatorin für Finanzen erwähnenswerte Entwicklungen bzw. erhebliche Abweichungen des rechnerischen Planwerts zum Ist-Ergebnis benannt werden:

Produktplan 07 Inneres

Der Planwert von 27.850 Einsätzen für Notfallrettung und Krankentransporte wurden mit 33.134 Einsätzen deutlich überschritten (+5.284). Hinzu kommt jedoch ebenfalls eine Steigerung der Fehleinsätze der Rettungstransportwagen und Notarzteeinsatzfahrzeuge von 1.484. Das Ressort weist darauf hin, dass in Anbetracht der erfolgten Gebührensenkung ohne diese Fallzahlsteigerung eine wesentlich höhere Mindereinnahme im Rettungsdienst entstanden wäre.

Produktplan 12 Sport

Der Planwert von 1.710.000 Besuchern in den bremischen Bädern wurde nach Darstellung des Ressorts wetterbedingt um 4,7 % unterschritten. Der geplante Zuschuss je Besucher in Höhe von 2,60 € wurde mit 2,73 € um 5% überschritten.

Produktplan 21 Bildung

Aufgrund der Entwicklungen der Zahl der Flüchtlinge wurden in den öffentlichen Schulen der Stadtgemeinde Bremen gegenüber der Planung 5 und in der Stadtgemeinde Bremerhaven 4 weitere Vorkurse angeboten.

Es ist darauf hinzuweisen, dass 48% der Schulen im Lande Bremen mit Ganztagsangeboten ausgestattet sind (Schuljahr 2014/15).

Produktplan 22 Kultur

Das Orchester konnte ggü. dem Controllingbericht Januar bis September 2014 weitere Besucherzahlen verzeichnen und überschreitet den Planwert um 32,2%. Der Planwert bei den Besucherzahlen Stadtbibliothek wird ebenfalls überschritten (11%).

Die Besucherzahlen in den Museen liegen zum Jahresende mit 3,5% unter dem Planwert. Die Entwicklung bei den einzelnen Museen ist allerdings sehr unterschiedlich und macht sich bei den Zuschüssen je Besucher bemerkbar. Auf die tabellarische Darstellung im Kommentar der Senatorin für Finanzen zum Produktplan 22 Kultur wird verwiesen.

Produktplan 24 Hochschulen und Forschung

Die Zahl der Absolventen der Hochschulen sowie die Zahl der Studienanfänger/innen liegen jeweils mit 7,5% bzw. 4,7% über den Planwerten.

Produktplan 31 Arbeit

Die Kennzahlen im Produktbereich 31.01 Beschäftigungspolitische Aktionsprogramme liegen alle über den Planwerten (z.B. Geförderte Beschäftigte + 183%, Weitergebildete Arbeitslose +136 %, Langzeitarbeitslose in Beschäftigungsmaßnahmen +120%).

Im Produktbereich Soziale Sicherheit wird der Planwert für die „Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben“ mit 56% deutlich unterschritten.

Produktplan 41 Soziales und Jugend

Die Zahl der Personen im Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz übersteigt den Planwert (3750 Personen) um 16% (4.536 Personen). Diese Steigerung ist zurückzuführen auf die hohen Zuwanderungszahlen. Im Übrigen liegen die positiven und negativen Abweichungen der Leistungskennzahlen im Bereich Soziales innerhalb der üblichen Schwankungsbreite.

Produktplan 51 Gesundheit

Es ist festzustellen, dass aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen der Planwert von 2.100 bei der Untersuchung und Behandlung ausländischer Zuwanderer um 130,9% überschritten wurde.

Die Zahl der Außendienstgeschäfte auf Baustellen hat sich gegenüber der Planung von 280 um 70,4 % auf 477 erhöht.

Produktplan 71 Wirtschaft

Die Kennzahlen im Produktbereich Wirtschaftsstrukturpolitik liegen nach Darstellung des Ressorts größtenteils deutlich über dem Planwert, was auf die erhöhte Erschließung von Gewerbeflächen zurückzuführen ist (Vermarktung von Gewerbeflächen HB + 60%, Vermarktung von Gewerbeflächen BHV +133%).

II. Einhaltung des veranschlagten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos

Zwecks Einhaltung des Konsolidierungspfades ist im Rahmen des Controllings des Produktgruppenhaushalts einzuschätzen, ob der zulässige Saldo aus den veranschlagten eckwertrelevanten Einnahmen und Ausgaben¹ (in der Summe) aller Produktpläne im Jahresergebnis eingehalten werden kann. In der nachfolgenden Tabelle werden für den Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen die eckwertrelevanten Salden aus dem Anschlag 2014 mit dem (vorläufigen) IST-

¹ Dabei handelt es sich um die konsumtiven und investiven Einnahmen, die Personal-, konsumtiven, investiven Ausgaben, Ausgaben zur Tilgung und Zinsausgaben. Nicht enthalten sind die dem Gesamthaushalt zuzuordnenden Steuer- und steuerabhängigen Einnahmen. Außerdem erfolgt keine Bereinigung auf den sogenannten strukturellen Finanzierungssaldo.

Ergebnis 2014 gegenübergestellt:

	Anschlag 2014	IST 2014 (13. Monat)	Abweichung
	Mio. €		
eckwertrelevante Einnahmen	755,15	817,14	62,00
darunter:			
konsumtiv	660,61	728,00	67,40
investiv	94,54	89,14	-5,40
eckwertrelevante Ausgaben	4.783,82	4.818,30	34,48
darunter:			
Personal	1.234,56	1.238,61	4,05
konsumtiv	2.298,36	2.403,17 *	104,80
Tilgung	4,93	9,00	4,07
investiv	634,04	628,65	-5,38
Zinsen	611,93	538,87	-73,07
eckwertrelevanter Finanzierungssaldo	-4.028,67	-4.001,16	27,52

* einschl. Weiterleitung der Konsolidierungshilfen an Bremerhaven

Deutlich wird, dass der bereinigte eckwertrelevante Finanzierungssaldo im Jahresergebnis um rd. 27,5 Mio. € unterschritten wurde. Dies entspricht rd. 0,7 % des Anschlags.

Die gegenüber den veranschlagten eckwertrelevanten Einnahmen erzielten Mehreinnahmen in Höhe von 62 Mio. € beruhen insbesondere auf ein von der Freien Hansestadt Bremen gewährtes Darlehen an die Hanseatische Wohnungsbaugesellschaft HAWOBEG, das vorzeitig getilgt wurde (17,058 Mio. €). Darüber hinaus sind gegenüber dem Anschlag konsumtive Mehreinnahmen im Rahmen des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrages (6,945 Mio. €), bei den Gerichtgebühren (3,144 Mio. €), durch die im Produktplan 31 Arbeit erzielten ESF-Mehreinnahmen (13,670 Mio. €) sowie durch höhere Einnahmen im Bereich der Sozialleistungen (5,999 Mio. €) erzielt worden. Durch Zuweisungen des Bundes für den Hochschulpakt 2020 sind gegenüber dem Anschlag Mehreinnahmen in Höhe von 9,57 Mio. € zu verzeichnen. Ursächlich für die investiven Mindereinnahmen sind in besonderem Maße die nicht erreichten Einnahmeerwartungen für das EU-Programm EFRE im Produktplan 71 Wirtschaft.

Im Bereich der eckwertrelevanten Ausgaben wurden gegenüber dem Anschlag Mehrausgaben in Höhe von 34,5 Mio. € geleistet. Dieser Saldo aus Mehr- und Minderausgaben in den einzelnen Aggregaten ist im Wesentlichen auf die erheblich höheren konsumtiven Ausgaben zurückzuführen. Diese wiederum resultieren überwiegend aus Sozialleistungsmehrausgaben, die allerdings im Rahmen des Lösungskonzepts des Senats vom 30. September 2014 durch Zinsminderausgaben ausgeglichen wurden. Darüber hinaus wurden Mehrausgaben aus den erzielten Mehreinnahmen geleistet, z.B. wurden die Zuweisungen des Bundes für den Hochschulpakt an die Hochschulen ausgezahlt (siehe Ausführungen im vorherigen Absatz).

Die in Anlage 2 beigefügte Übersicht stellt die Ergebnisse zur Einhaltung des eckwertrelevanten Finanzierungssaldos auf Produktplanebene dar (Abweichung des IST-Ergebnisses vom - bereinigt um produktplanübergreifende Verlagerungen -

Anschlag). Die zulässigen produktplanbezogenen eckwertrelevanten Finanzierungssalden wurden mit Ausnahme der Produktpläne 07 Inneres, 68 Umwelt, Bau und Verkehr, 71 Wirtschaft und 81 Häfen eingehalten.

Die im Produktplan 07 Inneres ausgewiesene Überschreitung resultiert - wie bereits dargestellt - aus dem Defizit aus Mindereinnahmen und nicht gedeckten Mehrausgaben. Im Produktplan 68 Umwelt, Bau und Verkehr haben kurz vor Kassenschluss vorgenommene Buchungen in der Landeshauptkasse zu einer Fehlinterpretation beim erwarteten IST-Ergebnis geführt. Nach erfolgter Korrektur (Umbuchung) führte dies zu einer Überschreitung des zulässigen Finanzierungssaldos. Die festgestellten EFRE-Mindereinnahmen in Höhe von 10,8 Mio. € sind ursächlich für die Überschreitung im Produktplan 71 Wirtschaft. Im Produktplan 81 Häfen resultiert diese im Wesentlichen aus - gegenüber der Erwartung des Senats vom 30. September 2014 - zu geringen Einnahmen vom Sondervermögen Hafen in Höhe von 1,5 Mio. €. Dieser Fehlbetrag soll nunmehr im Haushaltsjahr 2015 vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen realisiert werden.

III. Optimierung des Controllings 2015

Die Betrachtung der voraussichtlichen Ist-Einschätzungen in den Controllingberichten Produktgruppenhaushalt 01-09/2014 sowie 01-11/2014 zeigt, dass die Prognosen zum voraussichtlichen Jahresergebnis bezogen auf die Gesamtsumme überwiegend den tatsächlichen Ist-Beträgen entsprechen. Dennoch sind in einzelnen Produktplänen Verwerfungen festzustellen, so dass die Prognosen im Hinblick auf die Verlässlichkeit weitergehend optimiert werden sollten.

Es ist nochmals deutlich darauf hinzuweisen, dass die zur investiven Liquiditätssteuerung vorgesehen Beträge nicht im voraussichtlichen Ist des Produktplans zu berücksichtigen sind. Vielmehr sind investive Maßnahmen, bei denen Mittel aufgrund von Kosteneinsparungen nicht benötigt werden oder der Mittelabfluss nicht plangemäß gewährleistet ist, im Rahmen des Controllings gesondert zu melden (siehe Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom 20. August 2010).

Im Hinblick auf die Einhaltung des Konsolidierungspfades und des enger werdenden Finanzierungskorridors wird im Haushaltsvollzug 2015 verstärkt auf die getrennte Betrachtung der beiden Gebietskörperschaften zu achten sein. Hierzu soll im Rahmen des unterjährigen Controllings die bereits in der Struktur des Produktgruppenhaushalts und im Controllingverfahren angelegte getrennte Erfassung der rechnerischen Planwerte sowie der Prognosen zum voraussichtlichen Jahresergebnis in Landes- und Stadthaushalt erfolgen.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Mit dieser Vorlage sind unmittelbar keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder

genderbezogenen Auswirkungen verbunden.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Produktplan- und Produktbereichsberichte wurden von den Fachressorts erstellt. Die Kommentare der Senatorin für Finanzen wurden mit den Fachressorts erörtert.

Die Vorlage wurde mit der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

Gegen eine Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz bestehen keine Bedenken.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2019/18 den beigefügten Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2014 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss (Land und Stadtgemeinde) weiterzuleiten.
2. Der Senat bittet den Senator für Inneres und Sport, vor dem Hintergrund der sich aus dem Haushaltsjahr 2014 fortschreibenden Haushaltsrisiken das dezentrale Controlling zu verbessern und zu intensivieren. Des Weiteren bittet der Senat den Senator für Inneres und Sport, eine restriktive Personalwirtschaft vorzunehmen.
3. Der Senat bittet die Ressorts, die rechnerischen Planwerte sowie die Einschätzungen zum voraussichtlichen Jahresergebnis - beginnend mit den kumulierten Werten Januar bis April 2015 – getrennt nach Landes- und städtischem Haushalt zu erfassen.



Bericht

Die Senatorin für Finanzen

Abschlussbericht

Produktgruppenhaushalt

Januar - Dezember 2014 einschl. 13. Monat

**Abschlussbericht
Produktgruppenhaushalt
Januar – Dezember 2014 einschl. 13. Monat**

Impressum

Die Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361-10191
Fax: (0421) 361-2965
Mail: office@finanzen.bremen.de

Fachliche Information zu dieser Veröffentlichung:

Zuständige Ansprechpartner:

für die Finanz- und Leistungsdaten:

Referat 21, Andreas Fehren, Vanessa Bacher

Telefon: (0421) 361-2656, -15516
Fax: (0421) 496-2656, -15516
Mail: andreas.fehren@finanzen.bremen.de
vanessa.bacher@finanzen.bremen.de

für die Personaldaten:

Referat 32, Torsten Markwort, Sven Lange

Telefon: (0421) 361-16703, -4625
Fax: (0421) 496-16703, -4625
Mail: torsten.markwort@finanzen.bremen.de
sven.lange@finanzen.bremen.de

Gesamtherstellung:
Druckerei der Senatorin für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

erschienen im Februar 2015

Controllingbericht Teil I

Inhaltsverzeichnis

Produktplanberichte der Ressorts

(ggf. einschl. Kommentar der Senatorin für Finanzen)

Produktplan 01	Seite	3
Produktplan 02	Seite	6
Produktplan 03	Seite	9
Produktplan 05	Seite	14
Produktplan 06	Seite	19
Produktplan 07	Seite	23
Produktplan 08	Seite	33
Produktplan 09	Seite	38
Produktplan 11	Seite	42
Produktplan 12	Seite	53
Produktplan 21	Seite	59
Produktplan 22	Seite	64
Produktplan 24	Seite	72
Produktplan 31	Seite	77
Produktplan 41	Seite	84
Produktplan 51	Seite	91
Produktplan 68	Seite	96
Produktplan 71	Seite	101
Produktplan 81	Seite	111
Produktplan 91	Seite	116
Produktplan 92	Seite	120
Produktplan 93	Seite	126
Produktplan 96	Seite	130

Querschnittsbetrachtungen

Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	Seite	136
Testate/globale Minderausgaben	Seite	140

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22 03.02.2015

PRODUKTPLAN 01 Bürgerschaft	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Kommentar:			
<p><u>Finanzdaten</u> Im Jahresergebnis 2014 wird das Budget im Saldo (vorauss. HH-Soll/vorauss. Ist) um rd. 3,86 Mio. € unterschritten. Davon werden an Ausgaberesten rd. 3,14 Mio. € nach 2015 übertragen und rd. 0,72 Mio. € der allgemeinen bzw. investiven Budgetrücklage zugeführt. Die Haushaltsverbesserung in Höhe von 3,86 Mio. € setzt sich aus Mehreinnahmen in Höhe von rd. 0,01 Mio. € und Minderausgaben in Höhe von rd. 3,85 Mio. € zusammen.</p> <p>Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo (- 20,8 Mio. €) wurde eingehalten.</p>			
<p><u>Personaldaten</u> Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden eingehalten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2015 zu erwarten.</p>			
<p><u>Leistungsdaten</u> Die Leistungsziele wurden weitestgehend überschritten. Lediglich der Planwert der Besucherzahlen während der Plenarsitzungen konnten nicht erreicht werden. Die Besucherzahlen sind von von der Bürgerschaftskanzlei nicht zu beeinflussen.</p>			
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Kein Handlungsbedarf.			

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Bürgerschaft	01	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Präs. Weber	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschatz	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	107	92	15	16,4	98	98	107	9	92
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	107	92	15	16,4	98	98	107	9	92
Personalausgaben	11.754	12.711	-957	-7,5	12.712	12.712	11.754	-958	12.193
konsumtive Ausgaben	7.541	7.750	-209	-2,7	10.367	10.368	7.542	-2.826	7.749
Zinsausgaben	65	67	-2	-2,3	67	67	67	0	67
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	430	445	-15	-3,4	497	497	430	-67	445
relevante Verrech./Erstatt.	2	0	2	0,0	2	2	2	0	0
Gesamtausgaben	19.793	20.973	-1.180	-5,6	23.646	23.646	19.795	-3.851	20.455
Saldo	-19.686	-20.881	1.195	-5,7	-23.548	-23.548	-19.688	3.860	-20.363

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	1.226	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	3.083	3.204	-121	3.083	3.204	-121
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	3.083	3.204	-121	3.083	3.204	-121
Refinanzierte	0	0	0	0	7	-7	0	7	-7
Nebentitel	0	152	-152	8.671	9.500	-829	8.671	9.500	-829
Insgesamt	0	152	-152	11.754	12.711	-957	11.754	12.711	-957
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	3	-3	46	46	0	46	46	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	53,8	57,0	-3,2	53,9	57,6	-3,7	53,9	57,6	-3,7
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	53,8	57,0	-3,2	53,9	57,6	-3,7	53,9	57,6	-3,7
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	4,1	-	-	3,9	-	-	3,9	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	4,5	22,5	4,5
Beschäftigte über 55 Jahre	29,9	17,5	23,9
Frauenquote	71,6	50,0	71,6
Teilzeitquote	40,3	35,0	41,8
Schwerbehindertenquote	13,4	6,0	13,9

Produktplan: Bürgerschaft	01	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Präs. Weber	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Einnahmen			
Das Einnahme-Soll wird um rd. 9 Tsd. Euro überschritten.			
Finanzdaten			
Konsumtive Ausgaben			
Die konsumtiven Ausgaben sind eingehalten.			
Personalausgaben			
Die Personalausgaben sind eingehalten.			
Zinsausgaben			
Die Zinsausgaben sind eingehalten.			
Investive Ausgaben			
Die investiven Ausgaben sind eingehalten.			
Im Produktplan wird der Finanzierungssaldo eingehalten.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 02 Rechnungshof	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Kommentar:		
<p><u>Finanzdaten</u> Im Jahresergebnis 2014 wird das Budget im Saldo (vorauss. HH-Soll/vorauss.Ist) um rd. 1,13 Mio. € unterschritten. Davon werden an Ausgaberesten rd. 0,75 Mio. € auf das Haushaltsjahr 2015 übertragen und rd. 0,077 Mio. € der investiven Budgetrücklage zugeführt. Die Haushaltsverbesserung in Höhe von rd. 1,13 Mio. € resultiert aus Minderausgaben bei den Sach- und Personalausgaben sowie bei den Investitionsausgaben. Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo (-3,042 Mio. €) wurde eingehalten.</p> <p><u>Personaldaten</u> Die Personalausgaben werden eingehalten. Die Personalzielzahl wird zum Jahresende um 2,9 VZE unterschritten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2015 zu erwarten.</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Die Leistungsziele wurden eingehalten.</p>		
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:		
Kein Handlungsbedarf.		

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan:	02	Controlling 13/14	
Rechnungshof		06.02.2015	
Verantwortlich:	Präs. Sokol	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	3	3	0	14,2	3	3	3	0	3
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	3	3	0	14,2	3	3	3	0	3
Personalausgaben	2.452	3.291	-839	-25,5	3.291	3.291	2.452	-839	2.692
konsumtive Ausgaben	293	325	-32	-9,7	500	500	293	-207	325
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1	12	-11	-92,3	82	82	1	-81	12
relevante Verrech./Erstatt.	1	2	-1	-37,0	2	2	1	-1	2
Gesamtausgaben	2.748	3.630	-882	-24,3	3.874	3.875	2.747	-1.128	3.030
Saldo	-2.744	-3.627	883	-24,3	-3.871	-3.872	-2.744	1.128	-3.027

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	872	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	2.368	2.633	-265	2.368	2.633	-265
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	2.368	2.633	-265	2.368	2.633	-265
Refinanzierte	0	0	0	0	574	-574	0	574	-574
Nebentitel	0	5	-5	84	84	0	84	84	0
Insgesamt	0	5	-5	2.452	3.291	-839	2.452	3.291	-839
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	5	-5	83	83	0	83	83	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	38,8	41,7	-2,9	38,0	42,1	-4,1	38,0	42,1	-4,1
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	38,8	41,7	-2,9	38,0	42,1	-4,1	38,0	42,1	-4,1
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,8	-	-	0,8	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	2,4	22,5	5,1
Beschäftigte über 55 Jahre	31,7	17,5	28,2
Frauenquote	58,5	50,0	56,4
Teilzeitquote	19,5	35,0	18,0
Schwerbehindertenquote	7,3	6,0	5,1

Produktplan: Rechnungshof	02	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Präs. Sokol	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung kamerale Finanzdaten Die kamerale Finanzdaten sind eingehalten. Personalmittel Die Personalmittel sind eingehalten. investive Ausgaben Die investiven Mittel sind eingehalten.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 03 Senat, Senatskanzlei u. kirchl. Angelegenheiten	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
		Nicht erreicht erreicht
	Finanzen	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	
Kommentar:		
<p><u>Finanzdaten</u> Das Budget wurde eingehalten. Mindereinnahmen wurden durch Minderausgaben innerhalb der jeweiligen Haushalte der Gebietskörperschaften ausgeglichen. Im Wesentlichen entstanden Ausgabereste im investiven Bereich (Stadt), die i.H.v. 1,073 Mio. € - analog dem Vorjahr - der investiven Budgetrücklage zugeführt werden sollen. In dieser Summe sind Ausgabereste aus dem Vorjahr in Höhe von 0,848 Mio. € enthalten. Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird aufgrund nachträglich eingetretener Veränderungen gegenüber der Kommentierung des Ressorts inzwischen um 0,027 Mio. € unterschritten.</p> <p><u>Personaldaten</u> Die Personalausgaben werden nach einem produktplaninternen Ausgleich eingehalten. Die Personalzielzahl wird zum Jahresende um 3,1 VZE überschritten. Die strukturelle Überschreitung der Zielzahl am Jahresende ist im neuen Haushaltsjahr 2015 zusätzlich zum PEP 2015 zu erwirtschaften. Ferner ist zu berücksichtigen, dass seit dem Doppelhaushalt 2014 / 2015 die Bezüge der hauptamtlichen Ortsamtsleiter/innen separat in einem Nebentitel ausgewiesen werden. Für das Haushaltsjahr 2014 sind 0,725 Mio. € im Soll im Haushaltsvollzug produktplanintern verlagert worden.</p>		
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:		
Kein Handlungsbedarf.		

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.		Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	1.068	162	906	559,3	1.089	1.089	1.068	-21	161
investive Einnahmen	20	0	20	0,0	20	20	20	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	354	0	354	0,0	354	354	354	0	0
Gesamteinnahmen	1.442	162	1.280	790,1	1.463	1.442	1.442	-21	161
Personalausgaben	8.578	8.589	-11	-0,1	8.589	8.589	8.578	-11	8.027
konsumtive Ausgaben	4.562	4.551	11	0,2	4.585	4.585	4.562	-23	4.552
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	2.329	2.600	-271	-10,4	3.484	3.484	2.329	-1.155	2.600
relevante Verrech./Erstatt.	200	0	200	0,0	200	200	200	0	7
Gesamtausgaben	15.669	15.740	-71	-0,5	16.857	16.858	15.669	-1.189	15.185
Saldo	-14.227	-15.578	1.351	-8,7	-15.395	-15.395	-14.227	1.168	-15.024

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	65	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	168	-168	6.080	6.082	-2	6.080	6.082	-2
Personalverstärkung	0	0	0	200	200	0	200	200	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	168	-168	6.280	6.282	-2	6.280	6.282	-2
Refinanzierte	0	-18	18	48	52	-4	48	52	-4
Nebentitel	0	-143	143	2.250	2.255	-5	2.250	2.255	-5
Insgesamt	0	7	-7	8.578	8.589	-11	8.578	8.589	-11
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-4	4	73	73	0	73	73	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	104,3	101,2	3,1	106,0	102,3	3,7	106,0	102,3	3,7
Personalverstärkung	3,5	3,5	0,0	3,5	3,5	0,0	3,5	3,5	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	107,8	104,7	3,1	109,5	105,8	3,7	109,5	105,8	3,7
Refinanzierte	0,5	-	-	0,8	-	-	0,8	-	-
Abwesende	7,0	-	-	9,5	-	-	9,5	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	8,9	22,5	8,3
Beschäftigte über 55 Jahre	24,4	17,5	26,3
Frauenquote	61,0	50,0	57,9
Teilzeitquote	19,5	35,0	20,3
Schwerbehindertenquote	7,5	6,0	6,9

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh.	Controlling 01-13/2014
Verantwortlich: Bgm Böhrnsen	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Politische Bildung

Sachstand/Analyse/Bewertung

- Schwerpunktsetzung auf Erinnerungs- u. Gedenkstättenarbeit sowie Europäische Integration.
- Der Auftrag des Senats vom 14.09.2010, die Gedenkstätte Bunker Valentin mit Bundeshilfe aufzubauen, konnte durch einen erfolgreichen Antrag beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien umgesetzt werden. In einer mehrjährigen Projektphase von 2011 bis 2016 gewährt der Bund eine Zuwendung von insgesamt 2,1 Mio. Euro. Die konkrete Mittelzuweisung des Bundes ist im dritten Quartal 2014 erfolgt. Entsprechende Bauanträge sind eingereicht worden und wurden bereits bewilligt. Nutzungsvereinbarungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, welche den Betrieb der Gedenkstätte dauerhaft sichern, wurden abgeschlossen. Das nebenstehende Verwaltungsgebäude wurde teilsaniert und in Nutzung genommen, der Rohbau des Besucherzentrums im Bunkerkomplex wird zu Ende des I. Quartals abgeschlossen sein.
- Mit dem I. Quartal 2015 wird ein Teilprojekt „Wegebau“ am Bunker Valentin mit einer Finanzierung via bereits zugewiesener EFRE-Mittel in Höhe von insgesamt 396.000 € abgeschlossen werden.

Stadtteilmanagement

Sachstand/Analyse/Bewertung

- Infolge der neuen Rechtsgrundlage des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vom 10. Februar 2010 wurde die Richtlinie der Zusammenarbeit des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa mit den Beiräten und Ortsämtern in Bau-, Umwelt- und Straßenverkehrsangelegenheiten durch das Fachressort und die Senatskanzlei überarbeitet. Die Beirätekonferenz hat sich in mehreren Sitzungen mit diesem Entwurf befasst und ihn zur Kenntnis genommen. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bereitet die weitere Umsetzung vor. Im 2. Quartal 2014 ist der Beirätekonferenz ein überarbeiteter Entwurf vorgelegt worden, dessen Abstimmung soll im 1. Quartal 2015 abgeschlossen sein. Ebenfalls ist der Beirätekonferenz eine Richtlinie der Zusammenarbeit des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr mit den Beiräten und Ortsämtern in Verkehrsangelegenheiten vorgestellt worden. Auch hier soll eine Abstimmung bis zum 2. Quartal 2015 erfolgen.
- In einer Arbeitsgruppe bestehend aus Beiratssprecherinnen, Beiratssprechern einer Ortsamtsleitung und der Senatskanzlei wurde begonnen, die Richtlinie über die Verwendung der Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen (sog. Globalmittel) im Hinblick auf die Einführung der Zentralen Zuwendungsdatenbank Bremen zu überarbeiten.

Medienrecht u. Medienpolitik

Sachstand/Analyse/Bewertung

- Nachdem die MPK am 13.03.2014 Verabredungen zum Finanzausgleich innerhalb der ARD verabredet und damit insbesondere die Finanzierung Radio Bremens gesichert hat, wurde der entsprechende Staatsvertrag von den Ministerpräsidenten unterzeichnet. Die Durchführung des parlamentarischen Zustimmungsverfahrens und die Ratifikation wurden 2014 abgeschlossen.
- Anpassung von Gesetzen und Staatsverträgen im Rundfunkbereich.
- Beratung und Beantwortung von Aspekten des und Eingaben zum neuen Rundfunkbeitrag.
- Im Rahmen der Evaluierung des Bremischen Landesmediengesetzes werden ergänzende Gespräche geführt.
- Die bundesweiten Aktivitäten zur Novellierung des Jugendmedienschutzstaatsvertrages und zum Entwurf eines Medienstaatsvertrages werden begleitet.
- Die bundesweite Umstellung der terrestrischen TV-Übertragung auf den neuen Standard DVBT-2 und die Diskussion über die künftige Nutzung der freiwerdenden Frequenzen wird begleitet. Die landesinterne Abstimmung mit SWAH und die rechtlichen Voraussetzungen (Neuzuordnung der Frequenzen) werden fortlaufend durchgeführt.
- Fortsetzung der gemeinsamen Filmfördereinrichtung „nordmedia“ mit Niedersachsen. Zur engeren Verzahnung mit dem Filmbüro wurde die Vereinbarung für ein gemeinsames Förderprojekt („Filmstart“) geschlossen. Die Zuständigkeit für die Filmförderung wurde zum 01.01.2015 an SWAH übergeben.

B. Leistungskennzahlen

Hinweis: Leistungskennzahlen sind im PPL 03 im Hinblick auf die Eigenart der Aufgaben des Ressortbereichs nicht definiert. In den Produktgruppen bilden statistische Kennzahlen zu einzelnen Aufgaben ausgewählte Leistungsmengen ab.

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Beschreibung [Einheit]			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: 03 Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung Als Jahresergebnis errechnet sich für den Produktplan 03 eine Unterschreitung i.H. von 1.189 TEUR. Bei den Gesamtausgaben liegt eine Unterschreitung i.H. von 21 TEUR vor. Die veranschlagten Einnahmen wurden erreicht. 3.1 Kamerale Finanzdaten 3.1.1 Konsumtive Einnahmen Das Budget bei den konsumtiven Einnahmen wurde um 21 TEUR unterschritten. Mehreinnahmen wurden aus Nutzungsentgelten für die Säle des Rathauses, Erlösen aus Außenträufungen und Mieten für Behördenparkplätze und Sitzungssäle der Ortsämter sowie Einnahmen aus Veröffentlichungen erzielt. Ferner hat eine Zuwendung des Bundes an die Produktgruppe 03.01.03 i.H. von 581 TEUR das HH-Soll erhöht. Hiervon wurden allerdings 423 TEUR zur Liquiditätssteuerung angemeldet. 3.1.2 Investive Einnahmen Das Budget der investiven Einnahmen ist ausgeglichen. Hierbei handelt es sich um 20 TEUR Zuwendungen des Bundes bei der Produktgruppe 03.01.01. 3.1.3 relevante Verrechnungen/Erstattungen Das Budget der relevanten Verrechnungen/Erstattungen ist ausgeglichen. Hier handelt es sich um "EFRE"-Mittel in der Produktgruppe 03.01.03. 3.1.4 Personalausgaben Die im Laufe des Haushaltsjahres ursprünglich erwartete Überschreitung konnte durch Refinanzierungen, Erstattungen und Einsparungen im Produktplan 03 ausgeglichen werden. Dies führte zu einem positiven Jahresergebnis. Das Budget bei den Personalausgaben wurde um 11 TEUR unterschritten. 3.1.5 Konsumtive Ausgaben Das Budget bei den konsumtiven Ausgaben wurde um 23 TEUR unterschritten. Es handelt sich hierbei um die Nichtinanspruchnahme von Einnahmeverfügungsmitteln. 3.1.6 Investive Ausgaben Das Budget bei den investiven Ausgaben wurde um 1.155 TEUR unterschritten. Es handelt sich hier um nicht abgeflossene Impulsmittel und die Nichtinanspruchnahme von Haushaltsresten. 3.1.7 relevante Verrechnungen/Erstattungen Das Budget der relevanten Verrechnungen/Erstattungen ist ausgeglichen. Es handelt sich hier um Zuweisungen an andere Kapitel für stadtteilbezogene Maßnahmen in der Produktgruppe 03.01.02. 4. Einhaltung des Finanzierungssaldos Das Finanzierungssaldo wurde um 291 TEUR überschritten.		

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 05 Bund und Europa	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung									
		<table border="1"> <thead> <tr> <th>Nicht erreicht</th> <th>erreicht</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td>n.e.</td> </tr> </tbody> </table>	Nicht erreicht	erreicht	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	n.e.
	Nicht erreicht	erreicht								
	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>									
<input type="checkbox"/>	n.e.									
Finanzen										
Personal:										
Leistungen:										
Kommentar:										
<p><u>Finanzdaten</u> Das Budget wird um 0,6 Mio. € unterschritten, resultierend aus der Nichtinanspruchnahme der konsumtiven Ausgabereste. Das Ressort beabsichtigt, in gleicher Höhe wiederum Ausgabereste auf 2015 übertragen zu lassen.</p> <p>Der um Budgetveränderungen bereinigte Finanzierungssaldo wird um 0,2 Mio. € unterschritten.</p> <p><u>Personaldaten</u> Die Personalausgaben werden eingehalten.</p> <p>Die Personalzielzahl wird zum Jahresende um 1,7 VZE unterschritten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2015 zu erwarten.</p> <p><u>Leistungsdaten:</u> Da es sich bei den Leistungsdaten nicht um steuerungsrelevante Kennzahlen handelt, erfolgt keine Kommentierung.</p>										
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:										
Kein Handlungsbedarf.										

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 05		Controlling 13/14	
Bundes- und Europaangelegenheiten		06.02.2015	
Verantwortlich: Bgm. Böhrrsen		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:		Einhaltung Personaldaten:	
			
Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:			
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	541	533	8	1,4	524	523	540	17	533
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	541	533	8	1,4	524	523	540	17	533
Personalausgaben	2.722	2.793	-71	-2,5	2.793	2.793	2.723	-70	2.843
konsumtive Ausgaben	2.708	2.811	-103	-3,7	3.217	3.216	2.708	-508	2.812
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	76	80	-4	-5,4	122	122	76	-46	80
relevante Verrech./Erstatt.	1	1	0	18,0	1	1	1	0	1
Gesamtausgaben	5.507	5.685	-178	-3,1	6.133	6.132	5.508	-624	5.736
Saldo	-4.966	-5.152	186	-3,6	-5.610	-5.609	-4.968	641	-5.203

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	531	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	2.575	2.597	-22	2.575	2.597	-22
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	2.575	2.597	-22	2.575	2.597	-22
Refinanzierte	0	0	0	57	95	-38	57	95	-38
Nebentitel	0	2	-2	90	101	-11	90	101	-11
Insgesamt	0	2	-2	2.722	2.793	-71	2.722	2.793	-71
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	2	-2	21	21	0	21	21	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	35,8	37,5	-1,7	35,9	37,9	-2,0	35,9	37,9	-2,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	35,8	37,5	-1,7	35,9	37,9	-2,0	35,9	37,9	-2,0
Refinanzierte	1,0	-	-	1,0	-	-	1,0	-	-
Abwesende	1,8	-	-	1,8	-	-	1,8	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8
Beschäftigte bis 35 Jahre	2,4	22,5	9,1
Beschäftigte über 55 Jahre	17,1	17,5	20,5
Frauenquote	61,0	50,0	65,9
Teilzeitquote	24,4	35,0	27,3
Schwerbehindertenquote	2,5	6,0	2,4

Produktplan: 05 Bundesangelegenheiten Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Controlling 01-12/2014 02.02.2015 Seite 1a
--	---

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Mitwirkung Bremens an der bundes- und europapolitischen Willensbildung, Wahrnehmung und Vertretung bremischer Interessen auf Bundes- und Europaebene

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Mitwirkung Bremens an dem Gesetzgebungsverfahren des Bundes im Rahmen des Bundesrates ist wahrzunehmen. Dies ist für das Land Bremen als Bestandteil des föderativen Systems von gleichbleibend elementarer Bedeutung. Bremen muss seine Position gegenüber dem Bund und den anderen Ländern wahren, auf Dauer sichern und seine Rolle im föderativen System weiter aktiv wahrnehmen. Die spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen Bremens und Bremerhavens sind auch in Brüssel zu sichern. Die interregionale Zusammenarbeit in Netzwerken mit anderen Ländern und europäischen Regionen ist interessengeleitet zu intensivieren. Die aktive Mitwirkung in innerstaatlichen und europäischen Gremien ist fortzusetzen.

Bremen als Wirtschafts-, Wissenschaft- und Kulturstandort in Berlin und Brüssel repräsentieren

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Darstellung Bremens als ein leistungsfähiger Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sowie als innovative Kulturmetropole in Berlin muss sichergestellt werden. Gleiches gilt für das Land bzw. die Region Bremen auf europäischer Ebene. Das Profil des Zwei-Städte-Staates als europäisches Kompetenzzentrum, z. B. im Bereich der Raumfahrt und der maritimen Technologien, ist zu stärken.

Stärkung der Europafähigkeit der bremischen Verwaltung, europabezogene Öffentlichkeitsarbeit, europapolitische Bildung in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen in Bremen

Sachstand/Analyse/Bewertung

Überdies muss durch geeignete Maßnahmen die Europafähigkeit der bremischen Verwaltung weiter gestärkt werden. In Anbetracht knapperer Kofinanzierungsmittel sind die Chancen auf Erwerb europäischer Fördermittel durch stärkere ressortübergreifende Abstimmung und Schwerpunktsetzung zu erhalten. Die Verbreitung und Vertiefung des europäischen Gedankens in der Bevölkerung Bremens muss durch geeignete Maßnahmen der europabezogenen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit weiter intensiviert werden.

Bekämpfung der Armut, Schutz der Ressourcen und der Menschenrechte mit Nichtregierungsorganisationen

Sachstand/Analyse/Bewertung

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sind Entwicklungspartnerschaften für Klima- und Ressourcenschutz von Wirtschaft, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen zu stärken. Durch Nutzung spezifischer Bremer Kompetenzen in der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern der Entwicklungszusammenarbeit sollen Vorteile für den Standort Bremen erzielt werden.

B. Leistungskennzahlen					
Kennzahlen	Berichtszeitraum				2014
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Interessenwahrnehmung Bundesgesetzgebung	438,00	530,000	-92,00	-17,4%	530
Info.beschaff.zum polit.Gescheh.in Berlin	392,00	400,000	-8,00	-2,0%	400
Öffentlichkeitsarbeit	335,00	388,000	-53,00	-13,7%	388
Meinungsbildungsprozesse	318,00	370,000	-52,00	-14,1%	370
Erhalt und Ausbau v. Netzwerken	280,00	293,000	-13,00	-4,4%	293
Repräsentanz Bremen (Berlin)	17,00	18,000	-1,00	-5,6%	18
Zielgruppenorient. Werbung f.HB (Berlin)	19,00	23,000	-4,00	-17,4%	23
Übernachtungen im Gästehaus (Berlin)	1.005,00	1.100,000	-95,00	-8,6%	1.100
Interessenvertretung in Brüssel	810,00	700,000	110,00	15,7%	700
Koordinierung EU-Angelegenheiten in HB	17,00	16,000	1,00	6,3%	16
Berat.Förderprog./ EU-Recht, Bürgeranfragen	88,00	300,000	-212,00	-70,7%	300
Mitwirk. Innerstaatl.u.europ.Gremien	15,00	16,000	-1,00	-6,3%	16
Europabezogene Öffentlichkeitsarbeit	101,00	65,000	36,00	55,4%	65
Instit.transnat.u.regionale Zusammenarbeit	103,00	70,000	33,00	47,1%	70
Stärkung Europafähigkeit d:FHB - Verwaltg.	3,00	6,000	-3,00	-50,0%	6
Grundbedürfnisorientierte Projekte (EZ)	22,00	20,000	2,00	10,0%	20
Training Küstenzonenentwicklung (EZ)	3,00	4,000	-1,00	-25,0%	4
Epol.Bildung u. Netzwerke (EZ)	16,00	16,000	0,00	0,0%	16
Publikationen (EZ)	1,00	1,000	0,00	0,0%	1
Fairer Handel (EZ)	5,00	11,000	-6,00	-54,5%	11

Produktplan: 05 Bundes- und Europaangelegenheiten	Controlling 13/14 06.02.2015
Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen	Version: 92 Seite 2
3. Analyse/Bewertung	
Kamerale Finanzdaten	
Konsumtive Einnahmen Das IST der konsumtiven Einnahmen liegt zum Jahresende über dem Planwert. Dies lässt sich im Wesentlichen aufgrund von Personaleinmalzahlungen und der Einnahmeverbesserung durch das Gästehaus erklären. Die Mindereinnahmen bezogen auf den Anschlag werden durch entsprechende konsumtive Minderausgaben ausgeglichen.	
Personalausgaben Das IST der Personalausgaben liegt zum Jahresende unter dem Planwert und ist auf nicht sofort wiederbesetzte Stellen zurückzuführen. Die geforderte Einsparung von 66 Tsd. Euro wurden aus den Personalausgaben erbracht.	
Konsumtive Ausgaben Das HH-Soll wurde um 508 Tsd. Euro unterschritten, das sind im Wesentlichen die HH-Reste aus den Vorjahren.	
Investitionen Die investiven Ausgaben liegen zum Jahresende bei 76 Tsd. Euro.	
Einhaltung des veranschlagten Finanzsaldo Der veranschlagte Finanzsaldo von 5.203 Tsd. Euro wird zum Jahresende um 235 Tsd. Euro unterschritten (120 Tsd. Euro Personalminderausgaben (inklusive 66 Tsd. Euro Kürzung wegen Haushaltssperre), 104 Tsd. Euro konsumtive Minderausgaben (inklusive 8 Tsd. Euro Kürzung wegen globaler Minderausgaben PGr 92.01.02), 4 Tsd. Euro investive Minderausgaben und 7 Tsd. Euro Mehreinnahmen).	

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 06 Datenschutz und Informationsfreiheit	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung									
		<table border="1"> <thead> <tr> <th>Nicht erreicht</th> <th>erreicht</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> </tbody> </table>	Nicht erreicht	erreicht	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Nicht erreicht	erreicht								
	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>									
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>									
Finanzen										
Personal:										
Leistungen:										
Kommentar:										
<p><u>Finanzdaten</u></p> <p>Das Jahresergebnis 2014 weist im Saldo aus Mehreinnahmen und Minderausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 0,055 Mio. € aus.</p> <p>Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen eingehalten bzw. um ca. 0,055 Mio. € unterschritten.</p> <p><u>Personaldaten</u></p> <p>Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden eingehalten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2015 zu erwarten.</p> <p><u>Leistungsdaten</u></p> <p>Die Abweichung von den Plandaten bei den Leistungszielen ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass –speziell anlassunabhängige– Kontrollabhängigkeiten im Berichtszeitraum nicht im gewünschtem Maße wahrgenommen werden konnten.</p>										
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:										
Kein Handlungsbedarf.										

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Datenschutz und Informationsfreiheit	06	Controlling 13/14 06.02.2015
Verantwortlich: Dr. Sommer	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:
		

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	19	0	19	0,0	0	0	19	19	0
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	19	0	19	0,0	0	0	19	19	0
Personalausgaben	832	838	-6	-0,8	839	839	831	-8	832
konsumtive Ausgaben	106	121	-15	-12,6	121	121	106	-15	127
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	14	-14	-99,1	14	14	0	-14	14
relevante Verrech./Erstatt.	1	1	-0	-46,0	1	1	1	0	1
Gesamtausgaben	938	974	-36	-3,7	975	975	938	-37	974
Saldo	-919	-974	55	-5,6	-975	-975	-919	56	-974

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2014	2015	2016	2017	2018ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
Tsd. EUR	
0	0

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	819	826	-7	819	826	-7
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	819	826	-7	819	826	-7
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	-7	7	12	12	0	12	12	0
Insgesamt	0	-7	7	831	838	-7	831	838	-7
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-7	7	12	12	0	12	12	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	13,6	13,0	0,6	13,2	13,1	0,1	13,2	13,1	0,1
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	13,6	13,0	0,6	13,2	13,1	0,1	13,2	13,1	0,1
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,3	-	-	0,3	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	0,0	22,5	12,5
Beschäftigte über 55 Jahre	6,7	17,5	6,3
Frauenquote	60,0	50,0	68,8
Teilzeitquote	33,3	35,0	25,0
Schwerbehindertenquote	7,1	6,0	0,0

Produktplan: 06 Datenschutz und Informationsfreiheit Verantwortlich: Frau Dr. Sommer	Controlling 01-13/14 20.01.2015 Seite 1a
--	--

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele					
Sachstand/Analyse/Bewertung					
Sachstand/Analyse/Bewertung					
Sachstand/Analyse/Bewertung					
B. Leistungskennzahlen					
Kennzahlen	Berichtszeitraum				2014
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Anlassbezog. Beratung und Kontrolltätigk.	58,79	65,00	-6,21		65,00
Anlassunabhängige Kontrolltätigkeiten	1,53	10,00	-8,47		10,00
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit	6,86	10,00	-3,14		10,00
Andere Datenschutz- und IFG-Tätigkeiten	32,82	15,00	17,82		15,00
Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2					

Produktplan: 06 Datenschutz und Informationsfreiheit	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich: Dr. Sommer	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung		
Personalausgaben: Bei den Personalausgaben ist das Haushalts-Soll 2014 eingehalten worden es ist um ca. 8 Tsd. Euro unterschritten worden.		
Konsumtive Ausgaben: Auch bei den konsumtiven Ausgaben ist das Haushalts-Soll 2014 eingehalten worden, es ist um ca. 15 Tsd. Euro unterschritten worden.		
Investive Ausgaben: Bei den investiven Ausgaben ist das Haushalts-Soll 2014 eingehalten worden. Dabei ist es um ca. 14 Tsd. Euro unterschritten worden.		
Budgeteinhaltung: Insgesamt gesehen ist das zur Verfügung stehende Budget eingehalten worden, indem es um ca. 37 Tsd. Euro unterschritten worden ist.		
Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos: Auch der produktplanbezogene Finanzierungssaldo ist eingehalten worden.		
Leistungsziele: Die Abweichung von den Planwerten bei den Leistungszielen ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass - speziell anlassunabhängige - Kontrolltätigkeiten im Berichtszeitraum nicht im gewünschten Maße wahrgenommen werden konnten. Dabei machte sich im 4. Quartal des Jahres die Erstellung des Jahresberichts der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit besonders bemerkbar.		

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.02.2015

PRODUKTPLAN 07 Inneres	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Kommentar:**Finanzdaten**

Das Jahresergebnis 2014 weist nunmehr im Saldo aus **Mindereinnahmen (2,772 Mio. €)** und **Mehrausgaben (0,335 Mio. €)** eine rechnerische **Haushaltsverschlechterung** in Höhe von **3,107 Mio. €** aus. (Siehe nachstehende Tabelle)

Die Haushaltsverschlechterung ergibt sich aus folgenden Produktbereichen:

	Schätzung Ressort 01-11 - in T€ - ohne Personal	Abschluss - in T€ -	Schwerpunkte der Abweichungen
07.01 Polizei			
Minder-Einnahmen	217	386	Verwarnungsgelder
Mehr-Ausgaben	0	-10	
07.02 u.a. Feuerwehr, Rettungsdienst			
Minder-Einnahmen	1.874	2.053	u.a Rettungsdienst (Absenkung d. Gebühr für die Nutzung der Notarzteinsatz- und Intensivtransportfahrzeuge) - Im Abschluss saldiert mit invest. Mehreinnahmen
Mehr-Einnahmen	50	49	
Mehr-Ausgaben	0	-25	
07.03 Öffentl. Ordnung (u.a. Verkehrsüberw., Stadamt, Wahlen)			
Minder-Einnahmen	-193	494	Fehlende Einnahmeverfügungsmittel
Mehr-Ausgaben	-320	358	Bewirtschaftung Grundstücke, Mietzahlungen Stadamt - Im Abschluss saldiert mit Personalminderausgaben und investiven Mehrausgaben)
07.90 Sonst. Inneres			
Mehr-Einnahmen	0	-112	(wirken defiztausgleichend)
Mehr-Ausgaben	0	12	
insgesamt			
Minder-Einnahmen	1.898	2.772	
Mehr-Ausgaben	-320	335	
Defizit Zwischensumme	1.578	3.107	
Ausgleiche durch Senatsbeschluss 30.09.14	-1.874	-2.038	Ausgleich der Mindereinnahmen Rettungsdienst
Zwischensumme		1.069	
Streichung Ausgabereist		237	Wahlen
Streichung Ausgabereist		42	Zensus
Defizit Gesamt	-296	1.348	Verlustvortrag

Berücksichtigt man den Ausgleich der Mindereinnahmen im Rettungsdienst gemäß Senatsbeschluss vom 30.09.2014 in Höhe von 2,038 Mio. €, verbleibt eine rechnerische Haushaltsverschlechterung in Höhe von 1,069 Mio. €.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der Produktgruppe Wahlen Minderausgaben in Höhe von 0,237 Mio. € entstanden sind, welche durch entsprechende Senatsbeschlussfassung im Jahresabschluss ersatzlos gestrichen wurden. Zudem hat der Senat am 11.11.2014

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.02.2015

beschlossen, im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2015 einen eventuellen Mehrbedarf bei der Bürgerschafts- und Beirätewahl bis zu 0,466 Mio. € zu decken.

Die Ausgabereste für die Abwicklung des Zensus 2011 werden laut Ressort nicht mehr benötigt; die Arbeiten sind in 2014 abgeschlossen worden. Diese Mittel sind im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2011 über den Ressortdeckwert hinaus zur Verfügung gestellt worden, so dass die Reste im Rahmen des Abschlusses zu streichen sind.

Der Senat hat am 02.12.2014 die für den Produktplan Inneres aufgezeigten Budgetrisiken zur Kenntnis genommen und das Ressort gebeten, die erforderlichen Nachbewilligungsanträge zur Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss am 12.12.2014 vorzulegen. Obwohl für die Produktgruppen des Stadtamtes mit Beschluss des Haushalts- und Finanzausschuss vom 12.12.2014 insgesamt 1.549 Tsd. € nachbewilligt wurden (Summe beruht auf Prognose des Ressorts), konnte zum Jahresende kein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden. Speziell in der Produktgruppe 07.03.01 (zentrale Angelegenheiten Stadtamt) sind **Mehrausgaben in Höhe von 599 Tsd. €** entstanden. Laut Ressort wird dies mit ausgebliebenen Einnahmeverfügungsmitteln sowie noch zu leistenden Zahlungen begründet, die bei Ermittlung der Deckungslücke nicht in entsprechendem Umfang berücksichtigt wurden. Das entstandene Defizit kann **auf Produktplanebene nicht ausgeglichen** werden. Das Ressort wurde gebeten, die Ausgabeüberschreitung näher zu erläutern.

Zu der Abweichung der Prognose und den tatsächlichen Ausgaben hat das Ressort keine detaillierten Angaben gemacht. Es ist daher auf Arbeitsebene zu klären, weshalb die Prognoserechnung aus Dezember 2014 von den tatsächlichen Ausgaben abweicht und um was für eine noch zu leistende Zahlung es sich im Detail handelt. Das Ressort hat mitgeteilt, dass in der Haushaltssteuerung 2015 ein besonderes Augenmerk auf die Haushaltsentwicklung in allen Produktgruppen des Stadtamtes gelegt wird, um solch eine Fehlentwicklung künftig auszuschließen.

Im Ergebnis verbleibt im Produktplan Inneres ein Defizit **in Höhe von 1,350 Mio. €** so dass sich der bestehende **Verlustvortrag** von 15,829 Mio. € um 1,350 Mio. € auf 17,179 Mio. € erhöhen wird.

Der Verlustvortrag hat sich seit 2005 wie folgt entwickelt:

2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
- in Mio. € -									
2,3	2,7	6,4	6,4	11,6	11,6	11,3	12,3	15,8	17,1

Finanzierungssaldo:

Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (10,854 Mio. €) um rd. 1,4 Mio. € überschritten. Diese Überschreitung ist auf die o.g. Mehrausgaben (0,338 Mio. €), nicht ausgeglichene Mindereinnahmen (0,734 Mio. €) sowie die Inanspruchnahme von konsumtiven Ausgaberesten (0,338 Mio. € Zensus) zurückzuführen.

Ausblick 2015:

Das Ressort hat bereits mit Schreiben vom 29. Januar 2015 eine erste grobe Schätzung

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.02.2015

der Haushaltsrisiken für 2015 mitgeteilt. Das Gesamtrisiko für 2015 beläuft sich dabei nach Ressortschätzung auf insgesamt 9,340 Mio. €. Dieses beinhaltet unter anderem die Fortschreibung der Risiken 2014 (u.a. Mindereinnahmen Rettungsdienst/Polizei/Stadtamt, Mehrausgaben Polizei und Stadtamt) sowie Personalmehrbedarfe.

Das Ressort hat bereits am 17. Dezember 2014 für 2015 (zunächst befristet für die Monate Januar und Februar) dezentrale Bewirtschaftungsmaßnahmen erlassen.

Das Ressort hat in der Senatssitzung am 20. Januar 2015 „Maßnahmen zur Verringerung künftiger struktureller Ausgaberrisiken“ vorgestellt. Die Senatsvorlage enthält die folgenden Punkte:

- Neukonzeption der Haushaltssteuerung für Einnahmen und Ausgaben des Rettungsdienstes
- Optimierung des Materialeinkaufs für den Rettungsdienst der Feuerwehr
- Optimierung des Einkaufs bei der Polizei in Kooperation mit dem zentralen Einkauf bei IB bzw. mit Polizeien in anderen Ländern
- Personaltransfer aus dem Verwaltungspersonal der Krankenhäuser zum Stadtamt und zur Polizei Bremen im Rahmen eines Personalumsteuerungskonzeptes
- Standardisierung der Software beim PC-Einsatz und Zentralisierung des Supports („Polizei-PC) entsprechend dem Projekt BASIS.bremen für Verwaltungsarbeitsplätze sowie einem Mitarbeiterportal

Laut Ressort sind die finanziellen Effekte der zu prüfenden Maßnahmen derzeit noch nicht quantifizierbar. Ein Zwischenbericht soll dem Senat im Juni 2015 vorgelegt werden.

Spürbare Verbesserungen aus der Intensivierung der Verkehrsüberwachung haben sich für das Jahr 2014 nicht ergeben. Diese werden laut Ressort erst im Haushaltsjahr 2015 erwartet. Hierzu wird das Ressort im Rahmen der Controllingberichte sowie entsprechend dem Auftrag aus der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschuss vom 12.12.2014 (Nr. 124 der Auftragsliste) im September 2015 berichten.

Personaldaten

Die Personalausgaben werden nach einem Ausgleich in Höhe von rd. 587 Tsd. € durch den Produktplan 92 eingehalten (siehe auch HaFA 12.12.2014).

Die Personalzielzahl wird zum Jahresende um rd. 95 VZE überschritten. Jahresdurchschnittlich lag die Überschreitung der Zielzahlen bei rd. 20 VZE. Die deutliche Differenz ist durch die späte (Oktober 2014) Übernahme der Polizeianwärter in den Kernbereich zu erklären.

Der überwiegende Anteil an der Zielzahlüberschreitung ist im Produktbereich 07.01. (Polizei) zu finden (rd. 110 VZE). Zielzahlunterschreitungen in anderen Bereichen kompensieren dieses Ergebnis ein wenig.

Ein Grund für diese deutliche Abweichung vom Soll ist das Verhältnis von Zugängen aufgrund der Ausbildungsplanung in Höhe von rd. 100 VZE und einer Verzögerung bei den Abgängen wegen der Verlängerung der Lebensarbeitszeit – freiwillig und gesetzlich.

Der für das Stadtamt in einem Kontrakt festgelegte Überziehungskorridor bei den Zielzahlen wird eingehalten. Für das Jahr 2015 ist weiterhin ein konsequentes personalwirtschaftliches Handeln erforderlich, um die Kontraktvorgaben auch weiterhin einhalten zu können.

Für das Haushaltsjahr 2015 ist weiterhin mit deutlichen Überschreitungen im Bereich der Polizei zu rechnen. Ob weiterhin andere Bereiche des Produktplans einen Teil dieser

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 05.02.2015

Überziehungen kompensieren können ist unsicher. Daher ist auch in diesen Bereichen ein weiterhin konsequentes personalwirtschaftliches Handeln erforderlich.

Leistungsdaten

Die Leistungsziele wurden im Wesentlichen eingehalten. Hierzu wird auf die Seite 1a verwiesen. Lediglich die Leistungskennzahl „Wartezeit <20 Min. für Terminkunden im Bürgerservice“ wurde mit 27,5 % deutlich gegenüber dem Planwert von 80% unterschritten. Laut Ressort wird dies wie folgt erklärt:

Damit Spontankunden die Wartezeit nicht im BSC verbringen müssen, erhalten Sie taggleich einen Termin. Der Zeitraum bis zum taggleichen Termin wird jedoch systembedingt als Wartezeit bei der Berechnung der Wartezeit für Terminkunden berücksichtigt. Dies führt dazu, dass sich der Anteil der Terminkunden, die weniger als 20 Minuten warten müssen auf 27,5 % reduziert hat. Der Anteil der Terminkunden konnte dagegen erheblich gesteigert werden.

Die Leistungsziele im Bereich Rettungsdienst wurden laut Ressort erneut in allen Bereichen deutlich überschritten. Es wurden mit Rettungswagen und Notarzteinsatzfahrzeugen insgesamt 33.134 Einsätze gefahren. Der Planwert lag bei 27.850 Einsätzen. Hinzu kommen insgesamt 5.084 Fehleinsätze, bei einem Planwert von 3.600. Laut Ressort sind die im Rettungsdienst entstandenen Mindereinnahmen trotz der Fallzahlensteigerungen ausschließlich auf die abgesenkten Gebühren zurückzuführen.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Der Senator für Inneres und Sport sollte gebeten werden

1. in Anbetracht der Haushaltsrisiken 2015 das Produktplan-Controlling in allen Produktbereichen anzupassen bzw. zu verbessern.
2. eine monatliche Prognose der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung zu erstellen.
3. Leistungskennzahlen im Bereich der Verkehrsüberwachung zu entwickeln, welche bei der Haushaltsaufstellung 2016/2017 im Produktgruppenhaushalt aufgenommen werden können.

Als Gegensteuerungsmaßnahme ist zwingend eine restriktive Personalwirtschaft erforderlich, das bedeutet bei Abgängen auf eine Wiederbesetzung der Stellen größtenteils zu verzichten.

Produktplan: Inneres	07	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich: Senator Mäurer		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	35.801	34.273	1.528	4,5	38.623	38.622	35.801	-2.821	34.273
investive Einnahmen	50	0	50	0,0	1	1	50	49	0
relevante Verrech./Erstatt.	4.333	4.753	-420	-8,8	4.762	4.762	4.333	-429	4.753
Gesamteinnahmen	40.184	39.026	1.158	3,0	43.386	43.385	40.184	-3.201	39.025
Personalausgaben	169.574	169.582	-8	0,0	169.581	169.580	169.573	-7	163.779
konsumtive Ausgaben	76.165	69.404	6.761	9,7	75.819	75.818	76.162	344	69.404
Zinsausgaben	35	97	-62	-64,2	35	34	34	0	97
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	8.205	6.855	1.350	19,7	8.207	8.209	8.207	-2	6.855
relevante Verrech./Erstatt.	68	43	25	57,2	68	66	66	0	43
Gesamtausgaben	254.046	245.981	8.065	3,3	253.710	253.707	254.042	335	240.178
Saldo	-213.863	-206.955	-6.908	3,3	-210.323	-210.322	-213.858	-3.536	-201.153

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	138	38	38	188	0	15.829
- investiv	0	2.584	1.788	516	1.397		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	72	56	46	104		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	1.232	-1.232	155.071	155.071	0	155.071	155.071	0
Personalverstärkung	0	-251	251	459	459	0	459	459	0
Ausbildung	0	42	-42	2.987	2.987	0	2.987	2.987	0
Zwischensumme	0	1.023	-1.023	158.517	158.517	0	158.517	158.517	0
Refinanzierte	0	119	-119	4.625	4.633	-8	4.625	4.633	-8
Nebentitel	0	-372	372	6.432	6.432	0	6.432	6.432	0
Insgesamt	0	770	-770	169.574	169.582	-8	169.574	169.582	-8
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-247	247	1.259	1.259	0	1.259	1.259	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	3.516,5	3.421,1	95,4	3.460,3	3.439,7	20,6	3.460,3	3.439,7	20,6
Personalverstärkung	8,5	12,9	-4,4	4,1	12,9	-8,8	4,1	12,9	-8,8
Ausbildung	194,0	198,0	-4,0	211,2	207,3	3,9	211,2	207,3	3,9
Zusammen	3.719,0	3.632,0	87,0	3.675,6	3.659,9	15,7	3.675,6	3.659,9	15,7
Refinanzierte	116,6	-	-	105,0	-	-	105,0	-	-
Abwesende	85,1	-	-	82,6	-	-	82,6	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	26,6	22,5	26,3
Beschäftigte über 55 Jahre	18,0	17,5	17,1
Frauenquote	29,0	50,0	28,8
Teilzeitquote	10,3	35,0	10,5
Schwerbehindertenquote	4,1	6,0	4,2

Produktplan: 07	Controlling 01-12/2014
Inneres	30.01.2015
Verantwortlich: Senator Mäurer	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geht einher mit einer Grundversorgung bei den Polizeien in Bremen und Bremerhaven, bei der Feuerwehr und beim Verfassungsschutz wie auch den Ordnungsbehörden. Dabei stehen im Vordergrund die

- am Sicherheitsbedürfnis der Menschen und der objektiven Sicherheitslage orientierte polizeiliche Präsenz in den Stadtteilen, um Kriminalität zu bekämpfen und Gefahren abzuwehren,
- Intensivierung der polizeilichen und der gesamtgesellschaftlichen Prävention, um Kriminalität in der Gesellschaft nicht erst entstehen zu lassen,
- Bekämpfung von Jugendgewalt und -kriminalität durch konsequente Umsetzung des Konzepts zur Verhinderung bzw. Unterbrechung von kriminellen Karrieren („Stopp der Jugendgewalt“),
- Weiterentwicklung von Strategien zur delikts- und täterorientierten Kriminalitätsbekämpfung,
- Ständige bedarfs- und anforderungsorientierte Organisations- und Personalentwicklung bei der Polizei und der Feuerwehr, insbesondere kontinuierliche Ausbildung und Einstellung,

Studiengang Polizeivollzugsdienst (ohne Beamtinnen/Beamte der OPB)

Zur Zeit an der HfÖV:

Jahrgang 2012/2015	33 Beamte/-innen
Jahrgang 2013/2016	43 Beamte/-innen
Jahrgang 2014/2016	5 Beamte/-innen (Seiteneinsteiger)
Jahrgang 2014/2017	80 Beamte/-innen
Gesamt	161 Beamte/-innen

- Erstellung einer mittelfristigen Personalplanung der Feuerwehr auf der Basis eines überarbeiteten Brandschutzkonzeptes,
- Verstärkung der Kooperation der Polizei Bremen im Verbund der norddeutschen Küstenländer im Bereich der Informationstechnik und der Aus- und Fortbildung.

Innerhalb der Aus- und Fortbildung führt der Nordverbund (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) gemeinsam das erste Studienjahr des Masterstudienganges des zweiten Einstiegsamts der Laufbahngruppe 2 durch. Dabei wechseln die Ausbildungsstandorte zweijährlich. Bremen stellt keinen Ausbildungsstandort.

Auf der Ebene des Nordverbundes (diesmal inklusive Niedersachsen) wurde im März 2012 ein Kooperationsvertrag über die stärkere Zusammenarbeit bei der kriminalpolizeilichen Spezialfortbildung geschlossen. Ziel ist es, Seminare auch für Teilnehmer aus den anderen Ländern zu öffnen bzw. auch gezielt im Verbund zu entwickeln. Im September 2014 richtete Bremen vor diesem Hintergrund ein spezielles Seminar „OK – Schleusungskriminalität“ für den Nordverbund aus. Im Rahmen des Kooperationsvertrages findet auch ein Austausch von Dozenten zu einzelnen Seminarthemen statt. Der Ausbau der Kooperation wird durch regelmäßige Treffen ausgebaut.

Über den Kooperationsvertrag hinaus werden sowohl innerhalb des Nordverbundes als auch bilateral insbesondere mit den Polizeiinspektionen des niedersächsischen Umlands Restplätze zu Seminaren vermittelt. Einzelne Veranstaltungen, wie der Fachtag „Eigensicherung“, werden auch Norddeutschland weit inklusive der Bundespolizei beworben.

Bei der Weiterentwicklung des Stadtamtes zu einer modernen Dienstleistungsbehörde steht – neben der Verstärkung der Dienstleistungsqualität in den Bürgerservicecentern und den Kraftfahrzeugzulassungsstellen – der weitere Ausbau der Ausländer- und Staatsangehörigkeitsbehörde zur modernen Abteilung für „Aufenthalt und Einbürgerung“ im Vordergrund.

Die Implementierung einer Willkommenskultur zielt auf die zügige, serviceorientierte Bearbeitung der Anträge unter gleichzeitiger Nutzung der zur Verfügung stehenden Ermessensspielräume zugunsten der Betroffenen. Zu diesem Zweck ist die Ausländerbehörde im Rahmen des vom Senat beschlossenen Flüchtlingskonzepts bereits um 9 Nachwuchskräfte verstärkt worden. Aktuell hat das Stadtamt So-

fortmaßnahmen ergriffen, um auch für Flüchtlinge, die die Ausländerbehörde ohne Terminvereinbarung aufsuchen, zu gewährleisten, dass deren Anliegen am selben Tag aufgenommen und in die Bearbeitung gegeben werden. Die weiterhin angestiegenen Flüchtlingszahlen machen zusätzliche Personalverstärkungen erforderlich, über die der Senat im Rahmen des Flüchtlingskonzepts entscheiden wird.

Der Senat hat sich zudem die Steigerung der Zahl der Einbürgerungen zum Ziel gesetzt. Dies soll einerseits durch eine im Herbst 2014 begonnene Einbürgerungskampagne geschehen und andererseits durch eine in 2014 erfolgte personelle Verstärkung der Staatsangehörigkeitsbehörde um 4 VZE erfolgen. Inzwischen können alle Anträge sofort in die Bearbeitung genommen werden.

Die von nicht ordnungsgemäßem Waffenbesitz ausgehenden Gefahren sollen durch regelmäßige Überprüfung der Zuverlässigkeit der Waffenerlaubnisinhaberinnen und -inhaber ebenso wie durch intensiviertere Kontrollen der sicheren Aufbewahrung der Waffen vor Ort minimiert werden. Zur Umsetzung dieses Vorhabens haben der Senat sowie der Haushalts- und Finanzausschuss einen Stufenplan zur Verstärkung der Waffenbehörde durch refinanziertes Personal beschlossen. Im Rahmen der Kontrollen konnte erreicht werden, dass die Zahl der Waffenbesitzer und der Waffen deutlich reduziert wurde und die Waffen ordnungsgemäß verwahrt werden.

Durch die Umsetzung des Konzeptes zur Optimierung der Verkehrsüberwachung erwartet das Ressort eine deutliche Verbesserung bei den Fallzahlen sowie in der Einnahmeentwicklung. Erste Maßnahmen wie die Umstellung der Rotlichtkameras auf digitale Technik, die Einstellung von weiteren Verkehrsüberwachern im Stadtamt und der Einsatz einer Abstandsmessanlage der Polizei sind bereits umgesetzt. Eine Auswirkung auf die Einnahmesituation wird jedoch erst ab Anfang 2015 eintreten können.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2014
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Aufklärungsquote	45,8%	50%	-4,2*	-8,4	50%
Erreichung des 8-Minuten-Standards bei der Polizei	84,9%	80%	4,9*	6,2	80%
Einhaltung der 10-Minuten-Fahrzeit im Lösch- und Hilfeleistungsdienst	95,8%	95%	0,8*	0,8	95%
Wartezeit <20 Min. für Terminkunden im Bürgerservice	27,5%	80%	-52,5*	-65,6	80%
Wartezeit <60 Min. für Kfz-Zulassungen	90,7%	92%	-1,3*	-1,4	92%
Anzahl der legalen Waffen	13.536	15.500	-1.964	-12,7	15.500

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 4

* Prozentpunkte

Produktplan: Inneres	07	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 92	Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>3.1 Kamerale Finanzdaten</p> <p>Einnahmen</p> <p>Konsumtive Einnahmen</p> <p>Das Ressortergebnis beträgt 2.821 Tsd. Euro an konsumtiven Mindereinnahmen zum Jahresende. Hiervon entfallen auf den Rettungsdienst 2.038 Tsd. Euro. Für Mindereinnahmen aus dem Rettungsdienst hat der Senat am 02.12.2014 beschlossen, dass diese zu Lasten des Gesamthaushaltes ausgeglichen werden sollen. Somit verbleiben Mindereinnahmen in Höhe von 783 Tsd. Euro.</p> <p>Im Produktbereich 07.01 (Polizei) ergeben sich Mindereinnahmen in Höhe von 386 Tsd. Euro, die letztlich auf fehlende Einnahmen im Verwarnungsgeldbereich zurückzuführen sind.</p> <p>Der Produktbereich 07.02 (Feuerwehr) ist, abgesehen von den Mindereinnahmen im Rettungsdienst, bis auf 15 Tsd. Euro ausgeglichen.</p> <p>Der Produktbereich 07.03. (Öffentliche Ordnung, Statistiken, Wahlen) schließt mit Mindereinnahmen in Höhe von 494 Tsd. Euro ab. In den Produktgruppen des Stadtamtes sind im Saldo 577 Tsd. Euro an Mindereinnahmen entstanden. Die einzigen Produktgruppen mit einem positiven Ergebnis sind 07.03.02 (Verkehrsüberwachung) sowie 07.03.07 (Personenstandswesen). Die Mindereinnahmen sind auf ein geringeres Gebührenaufkommen, als erwartet, zurückzuführen. Die prägnanteste Veränderung ergibt sich dabei in der Produktgruppe 07.03.18 (Bürgerservice), in der im Vorbericht noch ein ausgeglichenes Einnahmeergebnis dargestellt wurde und nunmehr eine Mindereinnahme in Höhe von 441 Tsd. Euro entstanden ist.</p> <p>In den Produktgruppen 07.03.09 (Statistiken) und 07.03.10 (Wahlen) ergeben sich im Saldo 83 Tsd. Euro Mehreinnahmen, die auf Kostenerstattungen Dritter zurückzuführen sind.</p> <p>Im Produktbereich 07.90 (sonstiges Inneres) ergeben Mehreinnahmen im Umfang von 112 Tsd. Euro. Diese resultieren aus einem höheren Gebührenaufkommen, sonstigen Entgelten sowie der Abführung von Überschüssen aus der Verwertung von Pfändern</p> <p>Spürbare Verbesserungen aus der Intensivierung der Verkehrsüberwachung haben sich für das Jahr 2014 nicht ergeben. Diese werden erst im Haushaltsjahr 2015 erwartet. Hierzu wird im Rahmen der Controllingberichte sowie entsprechend dem Auftrag aus der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 12.12.2014 berichtet werden.</p> <p>Investive Einnahmen</p> <p>Die investiven Einnahmen resultieren aus der Veräußerung ausgesonderter Fahrzeuge und Geräte. Die Mittel werden zur teilweisen Deckung der konsumtiven Mindereinnahmen herangezogen.</p> <p>Die Mindereinnahmen im Bereich der relevanten Verrechnungen und Erstattungen sind darauf zurückzuführen, dass der Anteil aus den Einnahmen der Feuerschutzsteuer geringer ausfällt, als veranschlagt.</p> <p>Ausgaben</p> <p>Konsumtive Ausgaben</p> <p>Der Senat hat am 02.12.2014 ein Konzept zur Lösung der Risiken im Produktplan 07 beschlossen. Dieses sieht neben dem Ausgleich der Risiken auch vor, dass das Ressort als teilweise Kompensation der Belastungen des Gesamthaushaltes 2014 und zur Verringerung künftiger struktureller Ausgaberrisiken bestimmte Maßnahmen einleitet, die kurzfristig zu präzisieren sind. Diese wurden dem Senat am 20.01.2015 zur Entscheidung vorgelegt.</p> <p>Der Haushalts- und Finanzausschuss hat am 12.12.2014 auf Basis der genannten Beschlussfassung des Senats Nachbewilligungen auf den konsumtiven Sachhaushalt des Ressorts im Gesamtumfang von 2.828 Tsd. Euro wie folgt beschlossen:</p> <ul style="list-style-type: none"> 1.200 Tsd. Euro für die Produktgruppe 07.03.01 (Polizei) 179 Tsd. Euro für die Produktgruppe 07.02.03 (Feuerwehr) 1.346 Tsd. Euro für die Produktgruppe 07.03.01 (zentr. Ang. Stadtamt) 30 Tsd. Euro für die Produktgruppe 07.03.07 (Personenstandswesen) 73 Tsd. Euro für die Produktgruppe 07.03.18 (Bürgerservice). <p>Im Produktbereich 07.01 (Polizei) wird ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht. Durch die genannte Nachbewilligung in Höhe von 1.200 Tsd. Euro konnte das unterjährig prognostizierte strukturelle Defizit in der Polizei Bremen ausgeglichen werden. Hinsichtlich der Ressourcensteuerung Bremerhaven ist darauf hinzuweisen, dass die Ortpolizeibehörde Bremerhaven nach Abschluss des Haushaltes ein Personalkostendefizit in Höhe von rd. 350 Tsd. Euro geltend gemacht hat. Eine abschließende Klärung hinsichtlich der Auslegung des Wortlautes des Finanzzuweisungsgesetzes steht noch aus, so dass eine Entscheidung über die Begleichung des reklamierten Defizits noch nicht getroffen werden konnte. Mittel stehen hierfür im Produktplan 07 im Übrigen auch in 2015 nicht zur Verfügung.</p> <p>Im Produktbereich 07.02 (Feuerwehr) konnte unter Einbeziehung der Nachbewilligung ebenfalls ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden.</p> <p>Der Produktbereich 07.03 (Öffentliche Ordnung, Statistiken, Wahlen) schließt im Saldo mit Mehrausgaben in Höhe von 367 Tsd. Euro ab. In der Produktgruppe 07.03.09 (Statistiken) sind Minderausgaben in Höhe von 48 Tsd. Euro entstanden, in der Produktgruppe 07.03.10 (Wahlen) sind</p>			

Produktplan: 07		Controlling 13/14																															
Inneres		06.02.2015																															
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 92	Seite 3																														
<p>Minderausgaben in Höhe von 237 Tsd. Euro entstanden. Letztere sind aufgrund entsprechender Senatsbeschlussfassung im Jahresabschluss zu streichen und stehen damit nicht zum Ausgleich zur Verfügung. Notwendige Mittel für die Bürgerschafts- und Beirätewahlen, von bis zu 466,3 Tsd. Euro sollen dann im Rahmen des Gesamthaushaltes 2015 bereitgestellt werden.</p> <p>In der Produktgruppe 07.03.01 (zentrale Angelegenheiten Stadtamt) sind Mehrausgaben in Höhe von 599 Tsd. Euro entstanden, in der Produktgruppe 07.03.02 (Verkehrsüberwachung/Ordnungswidrigkeiten) sind Mehrausgaben in Höhe von 137 Tsd. Euro entstanden. In den anderen Produktgruppen des Stadtamtes sind ausgeglichene bzw. leicht positive Ergebnisse entstanden, so dass im Saldo eine Ausgabenüberschreitung in Höhe von 652 Tsd. Euro verbleibt.</p> <p>Obwohl für die Produktgruppen des Stadtamtes mit Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses vom 12.12.2014 insgesamt 1.549 Tsd. Euro nachbewilligt wurden, konnte kein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden. Dieses wird begründet mit ausgebliebenen Einnahmeverfügungsmitteln sowie noch zu leistenden Zahlungen, die bei Ermittlung der Deckungslücke nicht in entsprechendem Umfang berücksichtigt wurden. Das entstandene Defizit wird auf Produktplanebene nicht ausgeglichen werden können, da weder Mehreinnahmen noch Minderausgaben in ausreichendem Umfang in den anderen Produktbereichen entstanden sind. Das Ressort wird in der Haushaltssteuerung 2015 ein besonderes Augenmerk auf die Haushaltsentwicklung in diesem Produktbereich legen, um eine solche Fehlentwicklung künftig auszuschließen.</p> <p>Investive Ausgaben Die investiven Ausgaben sind planmäßig verlaufen.</p> <p>Die Ausgaben für Zins- und Management-Leistungen der Polizei und Feuerwehr an das Sondervermögen für Immobilien und Technik liegen mit 34 Tsd. Euro deutlich unter dem Anschlag von 97 Tsd. Euro. Dieses ist darin begründet, dass der vom SVIT zu verwaltende Anteil der Fahrzeuge und Geräte deutlich abnimmt. Das Soll wurde unterjährig entsprechend korrigiert.</p> <p>Meldung zu investiven Minderausgaben Das Ressort meldet Fehlanzeige</p> <p>Personal Der PPL 07 schließt die Periode 13/2014 im Personalbereich vor Defizitausgleich mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -587 Tsd. Euro und einer Zielzahlüberschreitung im Kernbereich in Höhe von 95 VZE (20,6 VZE im Mittelwert) ab.</p> <p>Der Jahresfehlbetrag ist durch die hohe Überschreitung im Produktbereich 07.01 (Polizei) begründet, die produktplanintern durch Unterschreitungen in den Bereichen 07.02 (Feuerwehr), 07.03 (Öffentliche Ordnung, Statistiken, Wahlen) sowie 07.90 (Sonstiges Inneres) teilweise kompensiert werden konnte:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Produktbereich</th> <th>Ergebnis</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>07.01</td> <td>1.736.276,54</td> </tr> <tr> <td>07.02</td> <td>-604.655,90</td> </tr> <tr> <td>07.03</td> <td>-307.367,53</td> </tr> <tr> <td>07.90</td> <td>-237.679,39</td> </tr> <tr> <td>Summe PPL 07</td> <td>-586.573,72</td> </tr> </tbody> </table> <p>Die Überschreitung der Zielzahlen stellt sich wie folgt dar:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Produktbereich</th> <th>Ist 13. Monat</th> <th>Mittelwert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>07.01</td> <td>110,1</td> <td>49,1</td> </tr> <tr> <td>07.02</td> <td>-14,6</td> <td>-18,2</td> </tr> <tr> <td>07.03</td> <td>6,0</td> <td>-1,2</td> </tr> <tr> <td>07.90</td> <td>-6,1</td> <td>-9,2</td> </tr> <tr> <td>Summe PPL 07</td> <td>95,4</td> <td>20,6</td> </tr> </tbody> </table> <p>Mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 12. Dezember 2014 wurde die restliche Unterdeckung der Hauptgruppe 4 / Personal des PPL 07 durch Einsparungen im PPL "92" Allgemeine Finanzen" in Periode 13/2014 mittels Nachbewilligungen ausgeglichen.</p> <p>Die nach Ausgleich der Personalhaushalte verbleibende Einsparung in Höhe von rund 7 Tsd. Euro ist durch zu hohe Personalkostenerstattungen im Bereich der refinanzierten Vivento-Kräfte beim Stadtamt bedingt.</p> <p>Die hohe Überschreitung im Produktbereich 07.01 ist primär auf die vom Senat beschlossenen großen Einstellungsjahrgänge 2010 und 2011 zurückzuführen. Im Jahr 2014 wurden 100 Anwärtinnen und Anwärter in Periode 10/2014 aus der Ausbildung übernommen, was u.a. zu der hohen Zielzahlüberschreitung von rund 49 VZE (Mittelwert) im Jahr 2014 geführt hat. Weiterhin ist für den Bereich 07.01 ist ein strukturelles Defizit zu verzeichnen, das u.a. auf die gesetzliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit zurückzuführen ist. Dieses Defizit wird durch die Möglichkeiten der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit weiter verschärft. Im Jahr 2014 haben 29 Kolleginnen und Kollegen der Polizei die Verlängerung ihrer Lebensarbeitszeit um bis zu 2 Jahre beantragt. Die in der Produktgruppe 070101 (Polizeivollzug) enthaltende Sperre in Höhe von 2.054 Tsd. Euro wurde nach</p>				Produktbereich	Ergebnis	07.01	1.736.276,54	07.02	-604.655,90	07.03	-307.367,53	07.90	-237.679,39	Summe PPL 07	-586.573,72	Produktbereich	Ist 13. Monat	Mittelwert	07.01	110,1	49,1	07.02	-14,6	-18,2	07.03	6,0	-1,2	07.90	-6,1	-9,2	Summe PPL 07	95,4	20,6
Produktbereich	Ergebnis																																
07.01	1.736.276,54																																
07.02	-604.655,90																																
07.03	-307.367,53																																
07.90	-237.679,39																																
Summe PPL 07	-586.573,72																																
Produktbereich	Ist 13. Monat	Mittelwert																															
07.01	110,1	49,1																															
07.02	-14,6	-18,2																															
07.03	6,0	-1,2																															
07.90	-6,1	-9,2																															
Summe PPL 07	95,4	20,6																															

Produktplan: 07		Controlling 13/14	
Inneres		06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 92	Seite 4
<p>Beschluss des Senats vom 30.09.2014 aufgehoben.</p>			
<p>Im Bereich 07.02 (Feuerwehr) werden die Zielzahlen deutlich unterschritten, da die geplanten Einstellungen nicht realisiert werden konnten. Zukünftig soll die Unterschreitung der Zielzahlen u.a. mit einer Erhöhung der Ausbildungszahlen kompensiert werden.</p>			
<p>Für den Bereich 07.03 wurde zum Abbau des strukturellen Defizits im Stadtamt zwischen der Sff und dem SIS im Jahr 2013 ein Kontrakt geschlossen. Dieser schreibt fest, in welcher Höhe die Beschäftigungszielzahlen p.a. bis zum Jahr 2019 überschritten werden dürfen. Der im Kontrakt festgelegte Überschreitungskorridor wird in 2014 eingehalten.</p>			
<p>Im Bereich 07.90 sind die Unterschreitungen der veranschlagten Personalausgaben insbesondere durch die Unterschreitung der Sollzielzahlen im Bereich des Landesamtes für Verfassungsschutz begründet, da die geplanten Einstellungen noch nicht in Gänze vollzogen wurden.</p>			
<p>3.3 Finanzierungssaldo Der Finanzierungssaldo wird auf Basis der vorliegenden Zahlen unter Berücksichtigung produktplanübergreifender Verlagerungen um 1.413 Tsd. Euro überschritten. Dabei ist der Ausgleich der Mindereinnahmen im Rettungsdienst im Umfang von 2.038 Tsd. Euro berücksichtigt. Die Überschreitung des Saldos setzt sich zusammen aus den verbleibenden Mindereinnahmen im Umfang von 783 Tsd. Euro sowie einer Ausgabenüberschreitung im Umfang von 630 Tsd. Euro. Im Rahmen der Abrechnung der kamerale Haushalte wird im Landeshaushalt ein nicht ausgeglichener Betrag in Höhe von 187 Tsd. Euro verbleiben, im Stadthaushalt in Höhe von 1.164 Tsd. Euro. Der Verlustvortrag des Produktplans wird sich dementsprechend von 15.829 Tsd. Euro um insgesamt 1.351 Tsd. Euro auf 17.180 Tsd. Euro erhöhen.</p>			
<p>Weitere Anmerkungen: Optimierung der Verkehrsüberwachung Durch die Umsetzung des Konzeptes zur Optimierung der Verkehrsüberwachung erwartet das Ressort eine deutliche Verbesserung bei den Fallzahlen sowie in der Einnahmeentwicklung. Erste Maßnahmen sind umgesetzt, wie die Umstellung der Rotlichtkameras auf digitale Technik. Die Einstellung von weiteren Verkehrsüberwachern im Stadtamt ist erfolgt. Die Abstandsmessanlage der Polizei ist in Betrieb genommen. Eine Auswirkung auf die Einnahmesituation wird jedoch erst ab Anfang 2015 eintreten können. Entsprechend der Beschlussfassung des Haushalts- und Finanzausschusses wird im September 2015 ausführlich zu berichten sein.</p>			
<p>3.4 Leistungsdaten (zu Seite 1a "Strategische Leistungsdaten")</p>			
<p>3.4.1 Erreichen einer Aufklärungsquote von 50% (Polizei) Bedingt durch die Systemumstellung auf das neue Vorgangsbearbeitungssystem @rtus sind noch nicht alle Straftaten abschließend erfasst, was rechnerisch zu einer Reduzierung der Aufklärungsquote führt. Die Nacherfassung erfolgt im Laufe der nächsten Monate und wird bis zur Vorstellung der PKS im März 2015 abgeschlossen sein.</p>			
<p>3.4.2 Erreichung des 8-Minuten-Standards bei der Polizei Der Planwert von 80% wird mit 84,92% deutlich überschritten.</p>			
<p>3.4.3 Einhaltung der 10-Minuten-Fahrzeit im Lösch- und Hilfsdienst Der Planwert von 95% wurde erreicht. Allerdings beziehen sich diese 95 % auf das gesamte Stadtgebiet. Aufgrund der zum Teil erheblichen Unterschreitungen in einzelnen Ortsteilen erfolgt zurzeit eine Überarbeitung des Brandschutzkonzeptes.</p>			
<p>3.4.4 Wartezeit Damit Spontankunden die Wartezeit nicht im BSC verbringen müssen, erhalten Sie taggleich einen Termin. Der Zeitraum bis zum taggleichen Termin wird jedoch systembedingt als Wartezeit bei der Berechnung der Wartezeiten für Terminkunden berücksichtigt. Das führt dazu, dass sich der Anteil der Terminkunden, die weniger als 20 Minuten warten müssen, auf 27,5% reduziert hat. Der Anteil der Terminkunden konnte dagegen erheblich gesteigert werden. Dadurch wurde auch die Servicequalität erhöht, da die Spontankunden, die jetzt einen taggleichen Termin erhalten, keine langen Wartezeiten im Stadtamt verbringen müssen und über die Zwischenzeit selbst verfügen können.</p>			
<p>3.4.5 Wartezeit Der Planwert von 92% wurde nur knapp verfehlt.</p>			
<p>3.4.6 Anzahl legaler Waffen Die Anzahl der legalen Waffen konnte reduziert werden und liegt um 12,7% deutlich unter dem geplanten Höchstwert.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 08 Gleichberechtigung der Frau	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung									
		<table border="1"> <thead> <tr> <th>Nicht erreicht</th> <th>erreicht</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> </tbody> </table>	Nicht erreicht	erreicht	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Nicht erreicht	erreicht								
	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>									
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>									
Finanzen										
Personal:										
Leistungen:										
Kommentar:										
<p><u>Finanzdaten</u> Das Budget wurde eingehalten. Bei den rücklagefähigen Personalausgaben sollen 0,016 Mio. € der allgemeinen Budgetrücklage zugeführt werden. Die im konsumtiven Bereich entstanden Ausgabereste sollen i.H.v. 0,185 Mio. €, im investiven Bereich i.H.v. 0,011 Mio. € übertragen werden. Diese Restübertragung bzw. Rücklagenzuführung entspricht in der Höhe in etwa den Vorjahreswerten. Der bereinigte produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde um rd. 0,03 Mio. € unterschritten.</p> <p><u>Personaldaten</u> Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden eingehalten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2015 zu erwarten.</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Es gab deutliche Steigerungen bei den Veröffentlichungen und Veranstaltungen sowie bei der Anzahl der Arbeitskreise. Demgegenüber steht eine rückläufige Bewegung bei den Beratungen sowie bei den Fortbildungen.</p>										
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:										
Kein Handlungsbedarf.										

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: 08		Controlling 13/14	
Gleichberechtigung der Frau		06.02.2015	
Verantwortlich: Hauffe		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:		Einhaltung Personaldaten:	
			
Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:			
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	70	69	1	1,9	74	74	67	-7	69
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	157	157	0	0,3	157	157	157	0	157
Gesamteinnahmen	228	226	2	0,8	231	231	224	-7	226
Personalausgaben	774	794	-20	-2,5	794	794	774	-20	776
konsumtive Ausgaben	248	206	42	20,4	433	435	271	-164	207
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	6	4	2	43,9	17	15	4	-11	4
relevante Verrech./Erstatt.	1	0	1	0,0	1	0	0	0	0
Gesamtausgaben	1.028	1.004	24	2,4	1.245	1.244	1.049	-195	987
Saldo	-801	-778	-23	2,9	-1.014	-1.013	-825	188	-760

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	216	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	756	772	-16	756	772	-16
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	756	772	-16	756	772	-16
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	10	-10	18	22	-4	18	22	-4
Insgesamt	0	10	-10	774	794	-20	774	794	-20
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	10	-10	16	16	0	16	16	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	11,1	11,1	0,0	10,7	11,2	-0,5	10,7	11,2	-0,5
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	11,1	11,1	0,0	10,7	11,2	-0,5	10,7	11,2	-0,5
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,8	-	-	0,3	-	-	0,3	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	13,3	22,5	15,4
Beschäftigte über 55 Jahre	40,0	17,5	38,5
Frauenquote	100,0	50,0	100,0
Teilzeitquote	80,0	35,0	76,9
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

Produktplan: Gleichberechtigung der Frau 08	Controlling 01-13/2014
Verantwortlich: Hauffe	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele
<p>1. Anregung und Vorschläge zu Entwürfen sowie Prüfung von Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen des Senats sowie des Bundes, an denen der Senat mitwirkt, soweit diese Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Frau haben</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung Absicherung von Frauenbelangen durch die Begleitung der Landes- und Kommunalpolitik und des Bundesratsverfahrens z.B. durch das Verfassen von Stellungnahmen und Positionspapieren zu aktuellen Themen.</p>
<p>2. Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen des Bundes und der Länder.</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung U. a. Mitwirkung an der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz, Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zusammenarbeit mit den für Frauenpolitik zuständigen Landesministerien in Arbeitsgruppen.</p>
<p>3. Eigenständige Öffentlichkeitsarbeit, die die Gleichberechtigung der Frau fördert.</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung Erstellung von Broschüren, Ratgebern, Rundschreiben, Durchführung von Aktionen, Veranstaltungen und Vorträgen zu frauenrelevanten Themen in Bremen, sowie entsprechende Pressemitteilungen.</p>
<p>4. Unterstützung benachteiligter Frauen bei der Durchsetzung ihrer Interessen</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung Es haben Beratungen in allen relevanten Fachbereichen stattgefunden, um Frauen bei der Durchsetzung ihrer Rechte und Interessen zu unterstützen. Die ZGF ist Anlauf- und Beschwerdestelle für Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten und verschiedener Nationalitäten. Im Zentrum stehen rechtliche und finanzielle Fragen zur beruflichen und arbeitslosen Situation von Frauen sowie zum Bereich des Familienrechts, vor allem zu Trennungs- und Scheidungssituationen. Weiterhin fragen Frauen um Rat in Fällen von häuslicher Gewalt, sexuellen Übergriffen am Arbeitsplatz und Mobbing. Beraten wird, neben der persönlichen Einzelfallberatung, auch durch Ratgeber in Print- und Onlineversionen.</p> <p>Die ZGF berät ebenso die Frauenbeauftragten im öffentlichen Dienst und in den bremischen Mehrheitsgesellschaften in ihren vielfältigen rechtlichen Fragen bei ihrer Arbeit für betroffene Frauen und unterstützt in Konfliktfällen.</p>
<p>5. Bereitstellung von Expertinnenwissen</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung Das Expertinnenwissen wird in diversen Arbeitsgruppen, Positionspapieren, Beratungen, Veranstaltungen, Vorträgen und Fortbildungen zur Verfügung gestellt.</p>

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2015
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Beratungen	665	900	-235,00	-26%	900
Vorträge	67	50	17,00	34%	50
Veröffentlichungen	24	7	17,00	243%	7
Veranstaltungen	63	15	48,00	320%	15
Arbeitskreismitglieder	75	40	35,00	88%	40
Fortbildungen	4	10	-6,00	-60%	10
Arbeitskreise, leitend	20	7	13,00	186%	7

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Auch zum Jahresende verstetigte sich der sich bereits seit Mitte letzten Jahres andeutende Jahrestrend. Der Informationsbedarf von Institutionen/Dienst- und Beratungsstellen hat sich deutlich verstärkt. Dies wird durch die ZGF im Rahmen von Vorträgen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen und durch die verstärkte Teilnahme an Arbeitskreisen – auch und insbesondere in leitender Funktion - gedeckt. Einzelberatungen von Bürgerinnen wurden hingegen etwas weniger angefragt. Aus Sicht der ZGF auch eine Folge der guten Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit und der auf der ZGF-Internetseite und in Printformaten verfügbaren Informationsbroschüren.

Veröffentlicht wurden u.a. der 19. ZGF-Bericht und eine Postkarte gegen sexistische Werbung unter dem Titel „Ein dickes Ding“.

Vorträge wurden u.a. gehalten zu den Themen Pflegereform und Mammografie-Screening und auf dem Frauengesundheitskongress der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung des Bundesministeriums für Gesundheit zum Thema „Frauengesundheit 2014 – was ist zu tun?“. Ebenso ein Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung für Wiedereinsteigerinnen und beim Frauenrat in Cuxhaven zum Thema „Sexistische Werbung – nein danke“.

Es fanden mehrere Veranstaltungen zum Thema häusliche Beziehungsgewalt statt. Im Rahmen einer Kooperation eine Ausstellung mit dem Titel „Was sehen Sie Frau Lot?“ zu sexualisierter Gewalt gegen Mädchen, Jungen und Frauen und gegen den Täterschutz und eine Veranstaltung zum Gewalterleben gehörloser Frauen und Mädchen. Eine Fachveranstaltung zum Thema „Wenn eine Familie keine (mehr) ist“ im Haus der Bürgerschaft zu Sorgerecht und Umgangsregelungen bei Konflikten und Gewalt. Diese Veranstaltung mit Vortrag und Diskussion mit bundesweit anerkannten Expertinnen und Experten zum Thema – incl. einer umfangreichen Fach-Dokumentation – fand über die Landesgrenzen hinaus viel Anerkennung. Zum Thema Frauen und Gesundheit wurde die Jubiläumsveranstaltung zu „20 Jahre bremer forum frauengesundheit“ durchgeführt und zum Themenbereich Frauen in Arbeit und Wirtschaft der FrauenBerufsMarkt, eine Veranstaltung bei der Fischereihafenbetriebsgesellschaft und ein Frauenempfang in der Arbeitnehmerkammer. Es gab auch spezielle Angebote für junge Frauen und Mädchen, ein Hochschulschnupperstudium für Mädchen und ein Präventionsprojekt „Heiraten wen ich will“.

Durchgeführt wurden drei Fortbildungsveranstaltungen. Gemeinsam mit dem AK Gewalt gegen Frauen und Mädchen zum Thema „Gewalt gegen Frauen und Mädchen; wie sollte eine angemessene Frauen-, Sozial- und Gesundheitspolitik im Land Bremen im Feld „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ aussehen“ und in Kooperation mit dem LidiceHaus und dem Bremer Jungenbüro zum Thema „Gleich? Anders? Oder mehr – Auf dem Weg zur geschlechtergerechten Vielfalt in der Jugendarbeit; im Rahmen einer Diskussion zu Eckpunkten des neuen Bremer Jugendkonzepts. In Bremerhaven wurde ein „WenDo-Seminar“ für Pädagoginnen im Rahmen von „Stopp der Jugendgewalt“ durchgeführt.

Produktplan:	08	Controlling 13/14	
Gleichberechtigung der Frau		06.02.2015	
Verantwortlich:	Hauffe	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Konsumtive Einnahmen:			
Die konsumtiven Einnahmen entsprechen den Planwerten.			
Konsumtive Ausgaben:			
Im Berichtszeitraum ergibt sich eine Überschreitung des Planwertes der konsumtiven Ausgaben um 42 Tsd. Euro. Hierbei handelt es sich u.a. um den Mittelabfluss der Zuwendungen für das Projekt "Neue Wege" im Rahmen von niedrigschwelligen Angeboten zu häuslicher Beziehungsgewalt. Zur Deckung wurden Mittel in Höhe von 55 Tsd. Euro von den Haushalten Justiz, Soziales und Inneres in den Haushalt der ZGF nachbewilligt.			
Finanzierungssaldo:			
Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird eingehalten.			
Personalausgaben:			
Das Personalbudget und die Zielzahlen werden eingehalten.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 09 Staatsgerichtshof	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
		Nicht erreicht erreicht
	Finanzen	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	
Kommentar:		
<p><u>Finanzdaten</u></p> <p>Das Budget wurde eingehalten.</p> <p>Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde um 3.300 € unterschritten.</p> <p>Es soll eine Rücklage in Höhe von 2.430 € gebildet werden. Im HH-Soll von 61.670 € sind Haushaltsreste aus dem Vorjahr in Höhe von 7.720 € enthalten. Bei den konsumtiven Ausgaben soll in Höhe von 8.540 € eine Übertragung der Ausgabereste (Restebildung) erfolgen.</p> <p><u>Leistungsdaten</u></p> <p>Da es sich bei der Leistungskennzahl „VERFAH“ nicht eine um steuerungsrelevante Kennzahl handelt, erfolgt keine Kommentierung.</p>		
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:		
Kein Handlungsbedarf.		

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Staatsgerichtshof	09	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich: Frau Meyer		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR		
konsumtive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0
Personalausgaben	38	40	-2	-5,6	40	38	38	0
konsumtive Ausgaben	13	15	-2	-13,8	21	14	14	0
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	51	55	-4	-7,8	62	52	52	0
Saldo	-51	-55	4	-7,8	-62	-52	-52	0

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2014	2015	2016	2017	2018ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
Tsd. EUR	
10	0

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	38	40	-2	38	40	-2
Insgesamt	0	0	0	38	40	-2	38	40	-2
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

Produktplan: 09	Controlling 01-13/2014
Verantwortlich: Frau Meyer	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Die Aufgaben des Staatsgerichtshofs ergeben sich ausschließlich aus der in der Landesverfassung und in Landesgesetzen festgelegten Zuständigkeitsordnung. Danach ist der Staatsgerichtshof zuständig für die Entscheidung von Zweifelsfragen über die Auslegung der Verfassung und andere staatsrechtliche Fragen, die ihm der Senat, die Bürgerschaft oder ein Fünftel der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft des Landes Bremen vorlegt, sowie in den anderen durch Verfassung oder Gesetz vorgesehenen Fällen (Art. 140 BremLV).

Weitere strategische Leistungsziele sind nicht möglich.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Sachstand/Analyse/Bewertung

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
VERFAH	1	3	-2,00	-66,7	
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: Staatsgerichtshof	09	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Frau Meyer	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Finanzdaten			
Ausgaben			
Die Unterschreitung des Planwertes um 2 TEuro bei den konsumtiven Ausgaben wird ausschließlich von den Ausgaben für die "Tagung der Präsidentinnen und Präsidenten der Staats- bzw. Verfassungsgerichtshöfe" verursacht. Die Veranstaltung war kostengünstiger als veranschlagt wurde.			
Das Budget wurde eingehalten und das Ziel erreicht			
Personaldaten			
Der Planwert wird um 2 TEuro unterschritten, weil im lfd. Jahr keine zusätzlichen Personalkosten entstanden sind. Zusätzliche Personalkosten entstehen, wenn ein Mitglied des StGH an den Sitzungen nicht teilnehmen kann und ein Ersatzmitglied teilnimmt.			
Das Budget wurde eingehalten und das Ziel erreicht			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 11 Justiz	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Kommentar:

Finanzdaten

Das **Budget** wurde um 2,677 Mio. € unterschritten.

Der **Finanzierungssaldo** wird unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (rd. 0,249 Mio. €) um 2,663 Mio. € unterschritten.

Eine Übertragung der Ausgabereste (Restebildung) in Höhe von insgesamt 41.589,97 € ist erforderlich, da die noch benötigten Ausgabereste aus zweckgebundenen Drittmitteln für ein noch nicht abgeschlossenes Förderprojekt und aus zweckgebundenen Einnahmen (Spenden für Insassen) benötigt werden.

Durch Streichung rücklagefähiger Mehreinnahmen und der Reste können insgesamt 2.627.679,67 € zur Reduzierung des bestehenden Verlustvortrages (in Höhe von 7.512.041,10 €) herangezogen werden.

Personaldaten

Die Personalausgaben werden nach einem produktplaninternen Ausgleich eingehalten. Zum Jahresende werden die Zielzahlen um rd. 7,7 VZE überschritten, jahresdurchschnittlich lag die Überschreitung bei rd. 4,7 VZE.

Durch eine Absenkung der Einstellungen bei den Rechtsreferendaren um 7 VZE wurde bei der Ausbildung eine Unterschreitung der Planungen um 8 VZE erreicht.

Für das Jahr 2015 ist weiterhin ein konsequentes personalwirtschaftliches Handeln erforderlich.

Leistungsdaten

Die Leistungen entwickelten sich weitgehend plangemäß.

Deutlich niedrigere Erledigungszahlen in den Straf- und Bußgeldverfahren der Amtsgerichte Bremen und Bremerhaven korrespondieren mit geringeren Eingangszahlen und einer Unterschreitung des geplanten richterlichen Personaleinsatzes.

Beim Amtsgericht Bremen konnte der angestrebte Abbau von Verfahrensbeständen wegen außergewöhnlich großer Fluktuation im richterlichen Bereich nur teilweise realisiert werden konnte.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Ein konsequentes personalwirtschaftliches Handeln ist erforderlich.

Produktplan: Justiz	11	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	41.979	36.680	5.299	14,5	40.335	40.334	41.980	1.646	36.680
investive Einnahmen	2	0	2	0,0	0	0	2	2	0
relevante Verrech./Erstatt.	452	0	452	0,0	452	452	452	0	0
Gesamteinnahmen	42.432	36.680	5.752	15,7	40.786	40.786	42.434	1.648	36.680
Personalausgaben	67.206	67.383	-177	-0,3	67.383	67.385	67.207	-178	66.031
konsumtive Ausgaben	46.534	45.046	1.488	3,3	47.290	47.293	46.533	-760	45.045
Zinsausgaben	4	4	0	-0,8	4	4	4	0	4
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	7.589	7.368	221	3,0	7.679	7.680	7.589	-91	7.367
relevante Verrech./Erstatt.	1.707	1.659	48	2,9	1.707	1.707	1.707	0	1.659
Gesamtausgaben	123.040	121.460	1.580	1,3	124.063	124.069	123.040	-1.029	120.105
Saldo	-80.608	-84.780	4.172	-4,9	-83.277	-83.283	-80.606	2.677	-83.425

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	39	31	27	98	0	7.512
- investiv	0	5.069	4.565	3.223	1.266		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	3	3	2	2		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	334	-334	59.867	59.867	0	59.867	59.867	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	12	-12	2.285	2.285	0	2.285	2.285	0
Zwischensumme	0	346	-346	62.152	62.152	0	62.152	62.152	0
Refinanzierte	0	-41	41	678	693	-15	678	693	-15
Nebentitel	0	-736	736	4.375	4.538	-163	4.375	4.538	-163
Insgesamt	0	-431	431	67.205	67.383	-178	67.205	67.383	-178
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-382	382	1.848	1.848	0	1.848	1.848	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	1.229,2	1.221,5	7,7	1.235,4	1.230,7	4,7	1.235,4	1.230,7	4,7
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	152,0	160,0	-8,0	154,8	158,5	-3,7	154,8	158,5	-3,7
Zusammen	1.381,2	1.381,5	-0,3	1.390,2	1.389,2	1,0	1.390,2	1.389,2	1,0
Refinanzierte	11,8	-	-	11,4	-	-	11,4	-	-
Abwesende	55,2	-	-	62,1	-	-	62,1	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	17,1	22,5	17,1
Beschäftigte über 55 Jahre	22,3	17,5	20,6
Frauenquote	56,9	50,0	56,6
Teilzeitquote	26,9	35,0	26,1
Schwerbehindertenquote	5,4	6,0	5,4

Produktplan: 11 Justiz	Controlling 01-13/2014
Verantwortlich: Senator Günthner	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Sanierung der Justizvollzugsanstalt

Sachstand/Analyse/Bewertung

Haus 4

Der begonnene Innenausbau nach der Entkernung schreitet weiter voran. Die neuen Fensteranlagen (Lichtbögen) an den Stirnseiten sind eingebaut und verglast. Die Putzarbeiten im Ost- und Westflügel sind abgeschlossen. Die durch die JVA restaurierten Schächttüren sind zum Einbau fertiggestellt. Die Malarbeiten in Eigenleistung durch die JVA sind begonnen worden.

Bezüglich der im Vorbericht aufgeführten statischen Probleme und Defizite in der vorhandenen Bausubstanz ist inzwischen ist eine Musterzelle als Pilot nach den notwendigen Erfordernissen ausgebaut worden. Es zeichnet sich eine erheblich wirtschaftlichere Lösung ab als in den Vorplanungen diesbezüglich zunächst prognostiziert worden ist.

BHV 2. Bauphase

Ausschreibungen und Submissionen von ca. 80% der kalkulierten Bausumme sind erfolgt. Die Submissionsergebnisse haben weitestgehend den Erwartungen entsprochen. Teilweise konnten niedrigere Zuschlagsummen generiert werden, so dass aktuell davon ausgegangen wird, dass der zuletzt aufgestellte Kostenrahmen eingehalten werden kann.

Der geschlossene Vollzug ist per 01.01.2015 nach Bremen-Oslebshausen verlagert. Die Zellentakte sind komplett geräumt. Der Baubeginn der 2. Ausbauphase ist planmäßig erfolgt am 06.01.2015 (Einrichtung der Baustelle, Baufeldfreimachung, Schadstoffsanierung und Rückbauarbeiten/Abriss).

Die Maßnahme soll zum 31.12.2016 abgeschlossen sein.

Haus 1 und 2

Mit der Berücksichtigung von nunmehr in Bremen einsitzenden Langstrafigen und der Perspektive eines wohngruppennahen Vollzugs sind für Haus 1 und 2 unter vollzuglichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Altplanungen modifiziert und angepasst worden. Diese Umplanungen sind abgeschlossen und mit Ressort, JVA und dem planenden Architekturbüro abgestimmt.

Die Koordination des weiteren Vorgehens erfolgt in Zusammenarbeit mit SF und IB AöR.

Projekt Knastgewächse

Sachstand/Analyse/Bewertung

Mit der aus ESF-Bundesmitteln aus dem Programm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) sowie aus Landesmitteln finanzierten Maßnahme wurde ein Beschäftigungsprojekt zur beruflichen und sozialen Wiedereingliederung von Gefangenen und langzeitarbeitslosen Haftentlassenen auf dem Gelände der ehemaligen Jugendanstalt in Blockland umgesetzt. Das Projekt hatte eine Laufzeit vom 01.03.2012 bis zum 31.10.2014. Es wurde von dem Träger „Förderwerk Bremen GmbH“ in Kooperation mit dem Verein Hoppenbank und mit dem Senator für Justiz und Verfassung durchgeführt.

Nach dem Aufbau einer Infrastruktur durch die Renovierung der ehemaligen Gärtnerei, der Entfernung des Wildwuchses auf dem Gelände sowie diverser weiterer Maßnahmen konnte als zentrale gärtnerische Aufgabe der Gemüseanbau in den wieder hergestellten Gewächshäusern und Teilen des hergerichteten Außengeländes im Berichtszeitraum ausgebaut werden. Die Teilnehmer erhielten eine berufliche Qualifizierung im Bereich Garten- und Landschaftsbau und wurden u.a. in Anzucht und Aufzucht von Pflanzen und Gemüse geschult wie auch durch eine neue Kooperation mit einem Imkerverein im Bereich der Bienezucht. Aus zusätzlich eingeworbenen Mitteln aus dem Landes-Programm ‚Soziale Stadt‘ erfolgte zudem eine Erweiterung der Anbauflächen für Obst und Gemüse. Der Bereich für eine Streuobstwiese wurde vorbereitet, daneben wurde in einem anderen Bereich ein Teich angelegt. Das Obst, Gemüse und der Honig wurden gemeinnützigen Institutionen aus dem Stadtteil unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Zugleich wurden weitere Kooperationsmöglichkeiten im Stadtteil ausgebaut bzw. intensiviert. So erfolgt eine Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Institutionen wie Schulen (Schulgärten) und Vereinen (z.B. Kleingärtner- und Imkerverein, Mauern Öffnen).

Das Projekt wurde sowohl von den Teilnehmern als gerade auch seitens des Stadtteils sehr positiv angenommen. Der SJV begleitete und unterstützte die Kooperationsarbeit, um diesen Baustein des Übergangsmanagements mit seinen 20 Arbeitsplätzen und mit der Infrastruktur auf diesem Gelände und in diesem Rahmen längerfristig etablieren zu können. Eine Fortsetzung des Projekts in kleinerem Umfang ist bis Mitte nächsten Jahres gesichert. Der SJV und der Träger „Förderwerk Bremen GmbH“ sind daneben um die Einwerbung von neuen ESF-Bundesmitteln aus dem Programm BIWAQ III bemüht und haben sich an einem diesbezüglichen Interessenbekundungsverfahren beteiligt.

Projekt RESOWEST

Sachstand/Analyse/Bewertung

Mit dem aus dem Europäischen Strukturfonds (EFRE), der Städtebauförderung (Programm Soziale Stadt) sowie aus Landesmitteln finanzierten Verbundvorhaben ist bzw. wird die Infrastruktur für Maßnahmen der beruflichen und sozialen Wiedereingliederung von Gefangenen und langzeitarbeitslosen Haftentlassenen durch bauliche Vorhaben nachhaltig verbessert worden. Betroffen sind die JVA Oslebshausen (innerhalb und außerhalb der Mauern), der Stadtteil Gröpelingen sowie das Gelände der ehemaligen Jugendstrafanstalt Blockland. Mit den Infrastrukturmaßnahmen soll gleichzeitig ein positiver Beitrag zur Stadtteilentwicklung von Gröpelingen (Programmgebiet Soziale Stadt) geleistet sowie die Einbindung der JVA in den Stadtteil verbessert werden. Wesentliche Teilvorhaben sind:

In der JVA Oslebshausen (Teilprojekt 1):

- Herrichtung von Werkstätten und Schulungsräumen für den Jugendvollzug
- Umbau der alten Anstaltsküche für ergotherapeutische Maßnahmen im Rahmen der Sozialtherapie

JVA Oslebshausen vor den Mauern/Stadtteil (Teilprojekt 2):

- Herrichtung von Unterrichts-, Beratungs- und Aufenthaltsräumen im Bereich des KompetenzCentrums
- Künstlerische Gestaltung der Außenmauer im Rahmen eines Beschäftigungsprojektes
- Pflege von Kunstobjekten im öffentlichen Raum Gröpelingen

Blockland (Teilprojekt 3):

- Nutzbarmachung der ehemaligen Werkhalle für Maßnahmeangebote im Übergangsmanagement von Ex-Strafgefangenen/Straffälligen
- Erweiterung der Gartenbauflächen im Arbeitsfeld des Biwaq-Projektes „Knastgewächse“ (Anlage eines Lehrgartens, Blockland Gardening)

Die Abwicklungsorganisation sämtlicher Teilprojekte erfolgt über die Koordination beim Senator für Justiz und Verfassung, der auch für die Auftragserteilung und Mittelweitergabe verantwortlich ist. Für die erforderlichen Maßnahmen an allen drei Standorten sind entsprechende Leistungsbeschreibungen erstellt und Aufträge vergeben worden. Die Vorhaben befinden sich mit unterschiedlichem Fortschritt in der Ausführung. Im Berichtszeitraum wurden bereits abgeschlossen: Die künstlerische Gestaltung der Außenmauer, der Umbau der ehemaligen Anstaltsküche; die Erweiterung der Gartenbaufläche in Blockland (Blockland Gardening). Bei weiteren Teilprojekten (Herrichtung Unterrichtsraum im KompetenzCentrum, Umbauarbeiten in Sonne 3; Innenarbeiten in den Werkhallen) wird der Abschluss noch im Projektzeitraum, der bis zum 31.03.2015 verlängert wurde, erfolgen. Die verbesserte Infrastruktur soll durch weitere Projektvorhaben im Sinne der Programmvorgabe des Fördermittelgebers genutzt werden. Entsprechende Förderanträge für die Einwerbung europäischer Mittel sind aktuell in Arbeit.

Einrichtung einer sozialtherapeutischen Abteilung in der JVA Bremen

Sachstand/Analyse/Bewertung

Nach dem aktuellen Bauzeitenplan erfolgt die Fertigstellung Anfang 2015.

Die Übergabe an Justiz und Inbetriebnahme ist vorgesehen am 09. Februar 2015. Nach einem Probetrieb werden die ersten ca. 12-14 Gefangenen noch im Februar ihre Hafträume beziehen.

Das zwischen allen Beteiligten abgestimmte und dem Rechtsausschuss vorgestellte Konzept wird ab 01.03. umgesetzt. Die vorbereitenden Therapiemaßnahmen werden von dem im zweiten Halbjahr 2014 im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens ausgewählten Mitarbeitern seit November/Dezember 2014 durchgeführt, um eine möglichst gute Überleitung der Gefangenen in das sozialtherapeutische Setting und einen reibungslosen Start zu erreichen.

Projekt „e-justice“ – Einführung der elektronischen Akte in den Gerichten

Sachstand/Analyse/Bewertung

Mit dem sogenannten „e-justice“ Gesetz wird ab dem Jahr 2020 der elektronische Rechtsverkehr für Professionelle Einreicher (derzeit Rechtsanwälte und Behörden) verpflichtend eingeführt. Bereits ab dem Jahr 2018 müssen Gerichte den elektronischen Rechtsverkehr eröffnen. Künftig gehen Schriftsätze und Anträge überwiegend nur noch in elektronischer Form bei den Gerichten ein. Um diese elektronischen Eingänge elektronisch weiter verarbeiten zu können, muss mit der verpflichtenden Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs in der bremsischen Justiz auch die elektronische Akte und eine automatisierte Vorgangsbearbeitung eingeführt werden. Zur Bewältigung dieser Aufgabe ist das Land Bremen dem „Entwicklungs- und Pflegeverbund für die (Weiter-) Entwicklung und Pflege der für den elektronischen Rechtsverkehr und die elektronische Aktenführung erforderlichen Module“ („e2A-Verbund“), bestehend aus den Bundesländern Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Sachsen-Anhalt, beigetreten. Der Verbund entwickelt verschiedene Softwaremodule, die eine elektronische Bearbeitung von Gerichtsakten ermöglichen sollen. Ein integrierter Arbeitsplatz zeigt die Akte an und ermöglicht eine elektronische Vorgangsbearbeitung. Eine elektronische Poststelle organisiert den Ein- und Ausgang der elektronischen Dokumente. Eine Textverarbeitungskomponente unterstützt den Anwender in der inhaltlichen Bearbeitung der Akten. Die Softwarekomponenten sollen vor der flächendeckenden Einführung in Pilotgerichten getestet werden. Erste Tests sind im ersten Quartal 2015 im Landgericht Bonn in Nordrhein-Westfalen geplant. Dort soll der integrierte Computerarbeitsplatz mit elektronischer Aktenführung in besonderen Ordnungswidrigkeitenverfahren erstmals im Echtbetrieb in der Praxis genutzt werden. Auch in Bremen ist es geplant, Ende 2015/Anfang 2016 die elektronische Akte in einem Gericht zu Testzwecken einzuführen.

Bis zum 01.01.2018 werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichte über den Umsetzungsprozess laufend unterrichtet und in diesen eingebunden, um die nötige Akzeptanz der elektronischen Akte zu fördern. Allen Mitarbeitern wird die Möglichkeit gegeben, sich in einer Informationsveranstaltung über den Projektablauf und die Veränderungen ihres Arbeitsplatzes zu informieren. Entsprechende Informationsveranstaltungen sollen im Laufe des Projekts wiederholt werden. Es wird außerdem ein Praxisbeirat gegründet, dem Vertreter aus den Dienststellen, der Personalvertretungen und der Berufsverbände angehören. In regelmäßigen Sitzungen werden die besonderen Anforderungen aus den verschiedenen Arbeitsbereichen ermittelt und an den Entwicklungsverbund weitergegeben. Gleichzeitig werden die Mitarbeiter über den aktuellen Projektstand und letzte Entwicklungen informiert. Schließlich soll in regelmäßigen Newslettern der Projektfortschritt dargestellt werden. Die jeweiligen Auftaktveranstaltungen finden im März/April 2015 statt.

Im Jahr 2014 wurde das für die Durchführung des Projekts erforderliche Personal akquiriert und mit der Projektplanung begonnen. Der Senat ist mit den Entwicklungs- und Einführungskosten befasst worden. Erforderliche Verpflichtungsermächtigungen wurden vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen.

Projekt „Optimierung der Strukturen und Informationswege in den Werkbetrieben der JVA Bremen“

Sachstand/Analyse/Bewertung

Der organisatorische Zuschnitt wurde darauf ausgerichtet, effektive Arbeit für die Werkbetriebe zu gewährleisten. Dabei wurden die Betriebe je nach Ausrichtung ihrer Leistungserstellung den Referaten „Interne Dienstleistungen“ oder „Produktion und Versorgung“ zugeordnet.

Die Arbeitsabläufe wurden analysiert, um Effektivitätshemmnisse zu identifizieren und abzubauen.

Die Werkbetriebe der JVA Bremen und deren Entscheidungsträger werden in die Lage versetzt, die Wirtschaftlichkeit ihrer Leistungserstellung und die Erfüllung der Vollzugsziele anhand von selbst entwickelten Kennzahlen zu beurteilen und zu optimieren. Ähnlich einer Balanced Scorecard wurden acht Kennzahlen entwickelt, die die Perspektiven Wirtschaftlichkeit, Beschäftigung, Qualifizierung und Kundenzufriedenheit gleichermaßen berücksichtigen. Für die Nachvollziehbarkeit der Kennzahlen wurden jeweils Kennzahlensteckbriefe erstellt und hinterlegt. So können in einigen Betrieben auf dieser Grundlage schon erste Zielzahlen für z.B. das Arbeitsentgeltcontrolling und die Anzahl der durchgeführten Qualifizierungsbausteine vereinbart werden.

Sämtliche organisatorische Neuerungen und neu entwickelten Informationsquellen müssen jedoch in 2015 auf ihre Praxistauglichkeit überprüft, Erfahrungswerte gesammelt und bei Bedarf angepasst werden.

Projekt „Flächendeckende Nutzung des elektronischen Dokumentenmanagementsystems (VISkompakt)“

Sachstand/Analyse/Bewertung

Mit Beschluss des Senats vom 11.12.2012 ist die Senatorin für Finanzen gebeten worden, bis Ende 2016 gemeinsam mit den anderen Ressorts die organisatorischen, technischen und finanziellen Voraussetzungen für alle Dienststellen zu schaffen, ein elektronisches Dokumentenmanagementsystem (DMS) einzuführen. Ziel ist es, an Stelle der Papierakten und hybrider Aktenführung mit papierbasierten und elektronischen Bestandteilen zukünftig vollständig elektronische Akten zu führen und Zuschriften von Vorgängen mittels sogenannter Geschäftsgangverfügungen elektronisch zu bearbeiten. Damit soll auch in Zukunft eine ordnungsgemäße und arbeitsökonomische Aktenführung sichergestellt werden. Ausgenommen sind zunächst die Personalakten.

Die Einführung von VISkompakt wurde im Ressort Justiz und Verfassung im Jahre 2014 intensiv fortgesetzt. Die Projektleitung sowie die zur dienststellenübergreifenden Koordinierung eingerichtete Projektgruppe mit Vertretern der Dienststellen im Justizressort trifft sich in regelmäßigen Abständen, um Vereinbarungen zu Vorgehensweisen und einheitlichen Festlegungen bei der Arbeit mit VISkompakt zu treffen.

In den Verwaltungen aller nachgeordneten Dienststellen im Justizressort wurde die Führung und Bearbeitung von elektronischen Akten in VISkompakt stetig ausgeweitet. Ausgenommen ist und bleibt das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Zweigstelle Bremen, das nicht in das IT-Netz in Bremen eingebunden ist. Das per 31.12.2013 erstellte Rollout-Konzept als verbindlicher Zeitplan für die umfassende Nutzung des DMS wurde per 31.12.2014 fortgeschrieben; dieses wird weiter umgesetzt.

In der Dienststelle des Senators für Justiz und Verfassung wurde geplant – von wenigen Ausnahmen abgesehen - ab 01.01.2015 alle Eingänge in VISkompakt einzustellen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausschließlich über VISkompakt per Geschäftsgang zuzuschreiben. In einer Handlungsanweisung wurden die organisatorischen Regelungen dazu festgelegt. Die Umsetzung wurde vorbereitet und wird wie beabsichtigt erfolgen. Diesem Beispiel sind schon einige Dienststellen gefolgt und weitere werden folgen.

Im November 2014 ist das Update VIS 5.1 installiert worden. Die dadurch bedingten Funktions- und Performanceeinschränkungen müssen noch beseitigt werden. Der seit längerer Zeit angekündigte SmartClient soll demnächst zum Test bereitstehen. Das Justizressort wirkt an Verbesserungsmöglichkeiten für das System VISkompakt intensiv und kontinuierlich mit. Die endgültige und flächendeckend ausschließliche elektronische Aktenbearbeitung wird stetig weiter verfolgt.

Führungsleitlinien

Sachstand/Analyse/Bewertung

Eine aus Führungskräften der bremischen Justiz zusammengesetzte Arbeitsgruppe hat die wichtigsten gemeinsamen Werte und Grundsätze in Form von Führungsleitlinien herausgearbeitet und dazu die wesentlichen Führungsaufgaben sowie die Anforderungen an Führungskräfte in der Justiz dargestellt.

Herausgekommen ist eine Aufstellung der wichtigsten Führungsgrundsätze mit Erläuterungen, die sich einerseits an die aktuell amtierenden Führungskräfte richtet. Die Zusammenstellung gibt ihnen einen Orientierungsrahmen für ihr tägliches Handeln. Die Führungsleitlinien richten sich aber andererseits auch an diejenigen Personen, die sich für eine Führungsposition interessieren, sowie an alle Beschäftigten. Für sie soll deutlich werden, welches Grundverständnis von Führung in der bremischen Justiz zu erwarten ist.

Die Führungsleitlinien werden demnächst im Ressort veröffentlicht und sollen im Rahmen von Workshops mit den Führungskräften aller Laufbahngruppen reflektiert und „mit Leben gefüllt“ werden.

Umsetzung der Fortbildungsoffensive

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Verbesserung der Fortbildung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist ein Arbeitsschwerpunkt des Justizressorts. Die begonnenen Maßnahmen in den Bereichen

- Fortbildungsoffensive für die Service-Kräfte,
- Fortbildungskonzept für die Richterinnen und Richter auf Probe in der bremischen Justiz und
- Fortbildungskooperation mit Niedersachsen

wurde auch im Jahr 2014 fortgesetzt und weiterentwickelt.

(Schulungen der Führungskräfte: siehe „Systematische Führungskräfteentwicklung“).

Die notwendige gerichtsbarkheitsübergreifende Koordinierung der Maßnahmen wird weiterhin durch eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Gerichtsbarkheiten, der Staatsanwaltschaften und der Behörde des Senators für Justiz und Verfassung geleistet.

Das Fortbildungsangebot der bremischen Justiz wird im Rahmen der Kooperation mit Niedersachsen stetig erweitert. In 2014 wurden daneben die Angebote für Richter/innen und Staatsanwälte/innen im European Judicial Training Network der EU zunehmend genutzt. Bremen hat erstmals mit Niedersachsen am neuen Austauschprogramm „AIAKOS“ für dienstjunge Richter/innen und Staatsanwälte teilgenommen.

Seit Anfang 2013 läuft bereits zum zweiten Mal ein zweijähriger Kurs zur (Nach-)Schulung zum/zur Justizfachangestellten, der voraussichtlich im April 2015 endet. Die Qualifizierung der Mitarbeiter/innen in den Serviceeinheiten soll ab 2015 mit einem neuen Bausteinkonzept fortgesetzt werden.

Um der zunehmenden Bedeutung von Sicherheitsbelangen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften Rechnung zu tragen, werden dienstübergreifenden Schulungen zu den Themen „Umgang mit gewaltbereitem Publikum“ und „Selbstbehauptung“ durchgeführt.

Auf den Service-Seiten des Senators für Justiz und Verfassung unter www.justiz.bremen.de wird über das aktuelle Fortbildungsangebot informiert.

Systematische Führungskräfteentwicklung und Stärkung der Managementkompetenz bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur systematischen und vorausschauenden Führungskräfteentwicklung wurde ein Konzept für den Bereich der Dienststellen- und Geschäftsleiter/innen erstellt. Im November wurde eine zweitägige Fortbildung für Geschäftsleiter/innen zum Thema „Gesunde Führung“ durchgeführt.

Das Qualifizierungsprogramm für zukünftige Führungskräfte der Laufbahngruppe zwei, erstes Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) einschließlich der Hospitationen in unterschiedlichen Bereichen, darunter auch in anderen Dienststellen, wird seit Herbst 2013 mit einem zweiten Lehrgang mit 15 Teilnehmer/innen fortgesetzt.

Für die Führungskräfte der Laufbahngruppe 1.2. Einstiegsamt (ehemals mittlerer Dienst) wurde ab November erstmals eine Fortbildungsreihe zu verschiedenen Führungsthemen angeboten, an der 30 Führungskräfte aus allen Dienststellen teilnehmen.

Eine vermehrte Delegation von Führungs- und Personalverantwortung in Gerichten und Staatsanwaltschaften wird angestrebt, mit der insbesondere stellvertretende Behördenleiter, Vizepräsidenten, aufsichtführende Richter und Abteilungsleiter angesprochen werden sollen. Maßnahmen zur erweiterten Delegation von Verantwortlichkeiten auf aufsichtführende Richter sind bereits beim Amtsgericht Bremen umgesetzt worden, diese haben sich gut bewährt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Sachstand/Analyse/Bewertung

Im betrieblichen Gesundheitsmanagement liegt der Schwerpunkt 2014/15 auf dem Thema „Umgang mit psychischen Belastungen“.

Neben verschiedenen Fortbildungen und Workshops, die diese Thematik aufgreifen, wird im Justizressort eine Mitarbeiterbefragung zum generellen Umgang mit psychischen Belastungen durchgeführt. Die Befragung wird in den nachgeordneten Dienststellen individuell geplant und durchgeführt. Die Auswertung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst für Arbeitsschutz. Hierzu entwickelt die ressortweite Steuerungsgruppe eine Durchführungsanleitung mit Checkliste sowie einen justizspezifischen Fragebogen.

Weiterhin werden in den meisten Dienststellen des Justizressorts Arbeitsplatzgefährdungsanalysen durch den Fachdienst für Arbeitsschutz durchgeführt. Diese sollen in 2015 flächendeckend fortgesetzt werden.

B. Leistungskennzahlen						
Kennzahlen	Berichtszeitraum				01-13/2014	
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert	
			abs.	%		
Landgericht Bremen:						
Zivil- u. K.f.H.sachen (Erledig.) [ST]	3.011,000	2.910,000	101,000	3,5%	2.910,000	
Richter in Zivil- u. K.f.H.sachen [VK]	20,867	22,000	-1,133	-5,2%	22,000	
Strafsachen (Erledigungen) [ST]	386,000	410,000	-24,000	-5,9%	410,000	
Richter in Strafsachen [VK]	21,646	22,000	-0,354	-1,6%	22,000	
Amtsgerichte:						
Zivil- u. Familiensachen (Erledig.) [ST]	17.015,000	17.900,000	-885,000	-4,9%	17.900,000	
Richter in Zivil- u. Familiensachen [VK]	31,928	32,200	-0,272	-0,8%	32,200	
Straf- u. Bußgeldverf. (Erledig.) [ST]	12.202,000	14.450,000	-2.248,000	-15,6%	14.450,000	
Richter in Straf- u. Bußgeldverf. [VK]	25,466	27,300	-1,834	-6,7%	27,300	
Staatsanwaltschaft Bremen:						
Ermittlungsverf. - Js - (Erledig.) [ST]	55.306,000	56.300,000	-994,000	-1,8%	56.300,000	
Staats-/ Amtsanwält/innen [VK]	55,546	58,000	-2,454	-4,2%	58,000	
Justizvollzugsanstalt Bremen:						
Belegungs-/Auslastungsgrad [%]	74,17	82,60	-8,43	-	82,60	

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Produktplan: 11 Justiz	Controlling 13/14 06.02.2015
Verantwortlich: Senator Günthner	Version: 92 Seite 2
<p>3. Analyse/Bewertung</p> <p>3.1 Kamerale Finanzdaten</p> <p>3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen ---</p> <p>3.1.2 Weitere Anmerkungen</p> <p>Die Budgetvorgaben werden eingehalten. Im Saldo von</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mehreinnahmen: 1.648 Tsd. EUR, - Personalminderausgaben: 178 Tsd. EUR, - konsumtiven Minderausgaben: 760 Tsd. EUR, - investiven Minderausgaben: 91 Tsd. EUR. <p>errechnet sich eine Budgetunterschreitung von 2.677 Tsd. EUR.</p> <p>Gegenüber der Berichterstattung des 3. Quartals sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung der Mehreinnahmen um 336 Tsd. EUR, - Reduzierung der Personalminderausgaben um 266 Tsd. EUR, - Erhöhung der konsumtiven Minderausgaben um 702 Tsd. EUR, - Erhöhung der investiven Minderausgaben um 56 Tsd. EUR. <p>Die im Jahresergebnis erzielten Ist-Einnahmen haben sich gegenüber den Prognosen des 3. Quartals um rd. 0,8 Mio. EUR verbessert. Andererseits wurden weitere Mehreinnahmen von rd. 0,4 Mio. EUR zur Abdeckung von Nachbewilligungen bei den Auslagen in Rechtssachen des Amtsgerichts Bremen herangezogen.</p> <p>Die Veränderungen bei den Personalausgaben sind zum überwiegenden Teil durch die zum Jahresende erfolgten Verlagerungen (Abführung von Verbeamtungseffekten, Zuführungen an die Anstalt für Versorgungsvorsorge) verursacht.</p> <p>Die konsumtiven Ist-Ausgaben sind um 250 Tsd. EUR hinter den Prognosen des 3. Quartals zurückgeblieben. Zudem ergaben sich bei den Nachbewilligungsbedarfen im Bereich der Auslagen in Rechtssachen im 4. Quartal deutliche Verschiebungen. Bei einzelnen Produktgruppen waren weitere Nachbewilligungen erforderlich, während bei anderen Produktgruppen bereits genehmigte Nachbewilligungen nicht vollständig ausgeschöpft werden mussten, so dass zum Jahresende höhere Sollüberhänge verbleiben.</p> <p>Einhaltung des geplanten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos:</p> <p>Der eckwertrelevante Finanzierungssaldo wird eingehalten. Der Soll-/Ist-Vergleich (ohne Verrechnungen/Erstattungen) ergibt in der Jahresprognose ebenfalls eine Unterschreitung von 2.677 Tsd. EUR. Das der Berechnung zugrundeliegende voraussichtliche Haushalts-Soll basiert auf den HH-Anschlägen sowie auf</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausgaberesten aus dem Vorjahr von 22 Tsd. EUR, - produktplanübergreifenden Verlagerungen von -218 Tsd. EUR, einschließlich Verlagerungen zu den Verrechnungen und Erstattungen (Grp. 980 u. 984), - nicht veranschlagten Einnahmeverfügungsmitteln von 821 Tsd. EUR und - zweckgebundenen Drittmitteln von 501 Tsd. EUR, davon veranschlagt 12 Tsd. EUR. <p>Von den erwarteten Drittmitteln entfallen Fördermittel von zus. 452 Tsd. EUR auf die Projekte Chance IV und RESOWEST. Die Fördermittel werden in den Produktplänen des Arbeitsressorts (Förderung aus EFRE-Mitteln von zus. 379 Tsd. EUR) bzw. des Bauressorts (Projekt RESOWEST, Programm Soziale Stadt, 73 Tsd. EUR) vereinnahmt und über Verrechnungshaushaltsstellen an den Produktplan Justiz erstattet. Diese Mittel sind wie produktplanübergreifende Verlagerungen als zulässige Erhöhung des Finanzierungssaldos zu berücksichtigen. Die Einnahmeverfügungsmittel korrespondieren mit Mehreinnahmen des Produktplans. Nach den für den Haushaltsvollzug aufgestellten Grundsätzen können sie - ebenso wie die zweckgebundenen Drittmittel - für Mehrausgaben verwendet werden. Für die Resteinanspruchnahme bedarf es eines Ausgleichs durch veranschlagte anderweitige Minderausgaben oder Mehreinnahmen. Der um die Restmittel bereinigte Finanzierungssaldo wird demgemäß um 2.655 Tsd. EUR unterschritten (2.677 - 22 Tsd. EUR).</p> <p>Einnahmen:</p> <p>Die Einnahmen im Produktplan Justiz resultieren in der Hauptsache aus den Einnahmen der Gerichte und Staatsanwaltschaften aus Gerichtsgebühren und Geldstrafen. Die Einnahmen werden durch die Geschäftsentwicklung bestimmt und sind insoweit nicht steuerbar. Für den Bereich des Justizvollzugs sind die von den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalt erwirtschafteten Einnahmen prägend.</p> <p>Die in 2014 erzielten Einnahmen liegen mit insgesamt 42,4 Mio. EUR um 5,75 Mio. EUR bzw. 15,7 % über dem Planwert (Anschlag). Bereinigt um die Refinanzierungsmittel von rd. 1,3 Mio. EUR (vgl. oben: geplanter eckwertrelevanter Finanzierungssaldo, zweckgebundene Drittmittel und sonstige Einnahmeverfügungsmittel) verbleibt ein Einnahmeplus von rd. 4,4 Mio. EUR, das zum größten Teil in der ordentlichen Gerichtsbarkeit erzielt wurde.</p> <p>Die bereinigten Ist-Planwert-Abweichungen übersteigen das Ergebnis des Vorjahres um rd. 3,1 Mio. EUR. Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr - in 2013 waren bereinigte Planwertüberschreitungen in Höhe</p>	

Produktplan: 11 Justiz	Controlling 13/14 06.02.2015
Verantwortlich: Senator Günthner	Version: 92 Seite 3
<p>von rd. 1,3 Mio. EUR zu verzeichnen - sind auf Verbesserungen im Ist-Ergebnis in Höhe von rd. 3,0 Mio. EUR sowie im Übrigen auf Anschlagsabsenkungen in 2014 (rd. 0,1 Mio. EUR) zurückzuführen.</p> <p>Es ist davon auszugehen, dass ein Teil der Einnahmewüchse den Gebührenerhöhungen des zum 01.8.2013 in Kraft getretenen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes (2. KostRMoG) zuzuschreiben ist, wobei sich diese Effekte aus den verfügbaren Daten heraus aber nicht exakt beziffern lassen, sondern nur mittelbar über die Einnahmeentwicklung/ den Ausschluss anderer Faktoren nachgewiesen werden können. Der überwiegende Teil der Einnahmeverbesserungen ist jedoch auf andere Faktoren zurückzuführen. Außergewöhnlich hohe Einzelzahlungen konnten in Verfahren des Hanseatischen Oberlandesgerichts und des Landgerichts erzielt werden. Diese belaufen sich auf insgesamt 1,2 Mio. EUR. Das Amtsgericht Bremen berichtet über einzelne hohe Kostenrechnungen in Insolvenzverfahren, vermehrte Einnahmen im Seeschiffsregister mit hohen Gegenstandswerten, Einnahmewüchse aus Schiffsversteigerungen und aus Grundbucheintragungen mit höheren Immobilienwerten, die sich auf rd. 1,1 Mio. EUR summieren.</p> <p>Erzielte Mehreinnahmen wurden zum Teil zur Abdeckung von Nachbewilligungen bei den Auslagen in Rechtssachen herangezogen. Außerdem waren an die Ressorts Inneres und Soziales insgesamt 326,6 Tsd. EUR durch Nachbewilligungen zu Lasten der Einnahmen abzuführen, da die im Rahmen der Gewinnabschöpfung endgültig gesicherten Vermögenswerte aus Straftaten nach Ressortvereinbarung zwischen den Ressorts Justiz, Inneres und Soziales aufgeteilt werden. Im Soll-Ist-Vergleich verbleiben daher Mehreinnahmen von rd. 1,6 Mio. EUR.</p> <p>Konsumtive Ausgaben: Das Gros der konsumtiven Ausgaben des Produktplans Justiz entfällt auf die gesetzlichen Ausgaben für Auslagen in Rechtssachen. Hierzu zählen die in den gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren anfallenden Kosten (incl. Porto), die Ausgaben für die öffentliche Rechtsberatung sowie die an die Polizei Bremerhaven pauschal zu erstattenden Ermittlungskosten.</p> <p>Der Anteil der Auslagen in Rechtssachen an den konsumtiven Ausgaben des Produktplans Justiz ist in 2014 auf rd. 30,4 Mio. EUR bzw. 65,3 % angestiegen. Der Ausgabenzuwachs ggü. dem Vorjahr beträgt rd. 2,4 Mio. EUR. Ggü. den Prognosen des 3. Quartals schließen die Auslagen in Rechtssachen um rd. 0,16 Mio. EUR niedriger ab.</p> <p>Die im Jahresergebnis ausgewiesenen Ist-Planwert-Abweichungen betragen 1.488 Tsd. EUR. Wesentlich für die Abweichungen sind</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anschlagsüberschreitungen bei den Auslagen in Rechtssachen von rd. 3,0 Mio. EUR, - Anschlagsunterschreitungen bei den Ausgaben für die Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen von 0,9 Mio. EUR. <p>Weitere Einsparungen/ Planwertunterschreitungen sind u.a. bei den Ausgaben der JVA für den Bezug von Fernwärme sowie bei den an Niedersachsen zu erstattenden Kosten für das gemeinsame Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen erzielt worden.</p> <p>In 2013 waren bei den Auslagen in Rechtssachen Ausgabenüberschreitungen von rd. 2,3 Mio. EUR zu verzeichnen. In 2014 haben sich die Ist-Ausgaben um weitere 2,4 Mio. EUR erhöht. Unter Berücksichtigung von Anschlagsanhebungen von 1,7 Mio. EUR errechnen sich für 2014 die oben dargestellten Überschreitungen von 3,0 Mio. EUR. Ursachen für die Planwertüberschreitungen sind vor allem in der Anhebung der Vergütungs- und Entschädigungssätze durch das zum 01.8.2013 in Kraft getretene 2. KostRMoG zu sehen sowie in der weiter steigenden Zahl von Betreuungen, für die aufgrund fehlender Leistungsfähigkeit der Betreuten Vergütungen aus der Staatskasse zu zahlen sind, ferner in besonders kostenintensiven Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft.</p> <p>Von einem weiteren Ausgabenanstieg in den Folgejahren ist auszugehen, da sich die Auswirkungen des 2. KostRMoG erst nach und nach bemerkbar machen und die Zahl der Betreuungen stetig zunimmt. Für die Zukunft werden zudem höhere Ausgaben bei den nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsordnung (InsVV) an Insolvenzverwalter und Treuhänder zu leistenden Zahlungen erwartet. Betroffen sind hier die Verbraucherinsolvenzverfahren, da die Vergütung zum 01.07.2014 um rd. 50 % erhöht wurde. Mit den ersten höheren Vergütungszahlungen wird nach Festsetzung der Schlusstermine, beginnend im Frühjahr 2015 gerechnet.</p> <p>Investive Ausgaben: Von den investiven Mitteln in Höhe von rd. 7,7 Mio. EUR sind insgesamt 91 Tsd. EUR im abgelaufenen Jahr nicht verausgabt worden. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat mit Beschluss vom 24. April 2009 darum gebeten, im Rahmen des Controllings zum Produktgruppenhaushalt regelmäßig über den Liquiditätsabfluss im Zusammenhang mit der Sanierung der Justizvollzugsanstalt zu berichten: Sanierungsmittel in Höhe von 4,93 Mio. EUR sind entsprechend den Planungen in 2014 an das Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) abgeflossen. Weitere 100 Tsd. EUR waren bereits vorab in 2013 an das SVIT gezahlt worden, und zwar im Zuge der maßnahmenbezogenen Investitionssteuerung und im Tausch mit dem Projekt RESOWEST, bei dem sich der Mittelabfluss in 2013 verzögerte. In 2014 sind die 100 Tsd. EUR an das Projekt RESOWEST zurückverlagert worden. Hinsichtlich der prognostizierten Mehrkosten bei der Sanierung der Justizvollzugsanstalt Bremen in Höhe von 8,5 Mio. EUR hat der Senat in seiner Sitzung am 8. Juli 2014 beschlossen, diese in einem ersten Schritt durch die vorübergehende Aussetzung der Sanierung der Häuser 1 und 2 aufzufangen, um</p>	

Produktplan: Justiz	11	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 4
<p>das beschlossene Gesamtvolumen in Höhe von 50,8 Mio. EUR einzuhalten. Mehrausgaben sind daher in 2014 für die Sanierung der Justizvollzugsanstalt nicht anfallen.</p> <p>3.2 Personaldaten Das Jahresergebnis 2014 weist insgesamt eine rechnerische Überschreitung der Personalzielzahlen um 4,7 VZÄ aus. Nach Gegenrechnung der Entlastung durch Absenkung der Referendar-Einstellungen, die einen Umfang von 7 VZÄ ausmacht, werden die Zielzahlen für das Jahr 2014 sowie auch für den aktuellen Monat Dezember 2014 unterschritten bzw. eingehalten. Eine geringfügige Überschreitung der Ist-Zahlen resultiert i. Ü. daraus, dass die Umbuchung von 5 VZÄ in den zentralen Nachwuchspool nicht schon zum Jahresbeginn 2014, sondern erst zum 01.06.2014 erfolgte.</p> <p>3.3 Leistungskennzahlen Erledigungsleistung und Ressourceneinsatz entsprechen weitgehend den Vorgaben. Ist-Planwert-Abweichungen des Berichtszeitraums bewegen sich überwiegend im tolerablen Rahmen. Deutlich niedrigere Erledigungszahlen (-15,6 %) in den Straf- und Bußgeldverfahren der Amtsgerichte korrespondieren mit geringeren Eingangszahlen. Davon betroffen sind das Amtsgericht Bremerhaven und insbesondere das Amtsgericht Bremen. Der richterliche Personaleinsatz liegt um 6,2 % unter Plan. Das Amtsgericht Bremen berichtet dazu, dass der angestrebte Abbau von Verfahrensbeständen wegen außergewöhnlich großer Fluktuation im richterlichen Bereich (8 Richter) nur teilweise realisiert werden konnte. Die Belegung der Justizvollzugsanstalt Bremen ist im Berichtszeitraum um 8,43 Prozentpunkte hinter den Planungen zurückgeblieben. Das entspricht einer Durchschnittsbelegung von 537 Insassen ggü. geplanten 598 Insassen. Planwertunterschreitungen sind in allen Vollzugsbereichen zu verzeichnen, geschlossener Vollzug 47, offener Vollzug 7 und U-Haft 7 Insassen weniger.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 12 Sport	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung													
		<table border="1"> <tr> <td></td> <td>Nicht erreicht</td> <td>erreicht</td> </tr> <tr> <td>Finanzen</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>Personal:</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>Leistungen:</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> </table>		Nicht erreicht	erreicht	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
		Nicht erreicht	erreicht											
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>											
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>												
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>												
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>												
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>												
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>												
Kommentar:														
<p><u>Finanzdaten</u></p> <p>Das Jahresergebnis 2014 weist im Saldo aus Mindereinnahmen und Minderausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 0,422 Mio. € aus. Das Ressort beantragt im Rahmen des Jahresabschlusses in dieser Höhe eine Restestreichung zur Reduzierung des bestehenden Verlustvortrages in Höhe von derzeit 0,898 Mio. €.</p> <p>Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen eingehalten.</p> <p><u>Personaldaten</u></p> <p>Die Personalausgaben und die Personalzielzahl werden eingehalten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2015 zu erwarten.</p> <p><u>Leistungsdaten</u></p> <p>Die Leistungsziele wurden im Wesentlichen eingehalten. Im Bereich der Bäder wurde der Planwert der Besucher um 4,7% unterschritten, sodass sich der lfd. Zuschuss je Besuch entsprechend erhöht.</p>														
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:														
Kein Handlungsbedarf.														

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Sport	12	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	359	404	-45	-11,1	487	487	359	-128	404
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	104	45	59	131,1	104	104	104	0	45
Gesamteinnahmen	463	449	14	3,2	591	591	463	-128	449
Personalausgaben	1.104	1.114	-10	-0,9	1.114	1.114	1.105	-9	1.085
konsumtive Ausgaben	11.585	11.666	-81	-0,7	11.585	11.585	11.585	0	11.666
Zinsausgaben	29	29	0	0,2	29	29	29	0	29
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.625	6.129	-4.504	-73,5	2.166	2.166	1.625	-541	6.129
relevante Verrech./Erstatt.	11	0	11	0,0	11	11	11	0	0
Gesamtausgaben	14.354	18.938	-4.584	-24,2	14.905	14.905	14.355	-550	18.909
Saldo	-13.891	-18.489	4.598	-24,9	-14.314	-14.314	-13.892	422	-18.460

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	393	393	393	7.559	0	898
- investiv	0	82	83	87	302		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	26	24	21	43		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	1	-1	1.091	1.100	-9	1.091	1.100	-9
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	1	-1	1.091	1.100	-9	1.091	1.100	-9
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	2	-2	14	14	0	14	14	0
Insgesamt	0	3	-3	1.105	1.114	-9	1.105	1.114	-9
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	3	-3	14	14	0	14	14	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	18,8	20,9	-2,1	19,8	21,1	-1,3	19,8	21,1	-1,3
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	18,8	20,9	-2,1	19,8	21,1	-1,3	19,8	21,1	-1,3
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,9	-	-	0,8	-	-	0,8	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	4,8	22,5	9,1
Beschäftigte über 55 Jahre	38,1	17,5	45,5
Frauenquote	38,1	50,0	36,4
Teilzeitquote	14,3	35,0	13,6
Schwerbehindertenquote	20,0	6,0	19,1

Produktplan: 12 Sport	Controlling 01-13/2014 27.01.2015
Verantwortlich: Senator Mäurer	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Sachstand/Analyse/Bewertung

Sport ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft in der Stadt Bremen. Der Sport in Bremen fördert als ein wichtiges Element im Leben insbesondere das gesellschaftliche Engagement und das demokratische Verhalten der Bürgerinnen und Bürger, deren Gesundheit und Bildung, die soziale Integration besonders von Kindern und Jugendlichen und nicht zuletzt auch das Ansehen von Bremen.

Eine wichtige Aufgabe der Stadt im Sportbereich ist die Sportförderung. Dazu gehört die Unterstützung des Breitensports in der gesamten Stadt ebenso wie die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Sportstättenangebots im Interesse der bremischen Bevölkerung. Hauptzielsetzung der städtischen Sportförderung ist es, allen Bremerinnen und Bremern die Ausübung vielfältiger Sportarten auf Dauer zu ermöglichen und für die sportlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, der Vereine und Verbände Sorge zu tragen. Ziel ist dabei die Schaffung vielfältig nutzbarer, attraktiver, flexibler und am lokalen Sportbedarf orientierter Bewegungsräume für Menschen unterschiedlichster Interessen und jeden Alters unter geringstem möglichem finanziellem Einsatz der Sportverwaltung.

Zentrales Steuerungsinstrument der allgemeinen Sportförderung bildet dabei nach wie vor jedoch die Vergabe von Zuschüssen an die Bremer Sportvereine. Im Bereich der Sportinfrastruktur gibt es weiterhin große Herausforderungen. Ein Schwerpunkt ist die energetische und nachhaltige Sanierung und Modernisierung öffentlicher Sportstätten. Zu diesem Zweck führt der Senator für Inneres und Sport gemeinsam mit dem Landessportbund Bremen erstmals seit 10 Jahren wieder eine Sportentwicklungsplanung durch. Diese soll im Sinne einer gemeinsamen Perspektive für den Sport in Bremen eine verlässliche Planungs- und Handlungssicherheit für die nächsten 10 Jahre geben.

Weiter verfolgt die Sportverwaltung das Ziel, den Sport in Bremen zur Erfüllung des gemeinnützigen - in der Landesverfassung geregelten - Auftrages zu stärken und auszubauen. Hierzu sollen Möglichkeiten der Effizienzoptimierung ausgeschöpft und die Nachhaltigkeit durch Investitionen für Sanierungen sichergestellt werden.

Ergebnisse und Wirkungen

Rund 25 % aller Bremer Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bremen gehören in 330 Sportvereinen dem organisierten Sport an. Der Breitensport wird von ca. 130.000 Vereinsmitgliedern ausgeübt, die darin vor allem Unterhaltung sehen und oft auch ihre persönliche Fitness und Gesundheit verbessern wollen. Für die Infrastruktur, die für die Ausübung bereitgestellt werden muss, investiert die Stadt Bremen intensiv in die Modernisierung und Instandhaltung bestehender Sportanlagen.

Die Wirkungen kommunaler Sportförderung sind eng verbunden mit der Frage, mit welchen Zielen kommunale Sportförderung vorgenommen wird. Auch treten positive externe Effekte bei der Ausübung von Breitensport auf und umfassen darüber hinaus die Vermeidung externer Kosten durch die Prävention von Krankheiten und die Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustandes der Bürgerinnen und Bürger. Auch hat der Sport in Bremen die Zielstellung, die Aktivitäten der Sporttreibenden der Stadtgemeinde zu unterstützen. Dieses erfolgt insbesondere auch mit den themenbezogenen Zielkategorien wie z.B. Stärkung präventiver Jugendarbeit- und der Gesundheitsförderung. Die Unterstützung der Sportvereine hinsichtlich der eigenverantwortlichen Wahrnehmung ihrer Aufgaben ist dabei ebenfalls eines der Kernziele der Sportförderung. Wir unterstützen die Vereine, die einen Beitrag zur modernen und energetischen Sportstättenentwicklung und -anlagenstruktur leisten.

Zurzeit übernehmen 11 Vereine in Eigenregie die Pflege und Unterhaltung von 12 Sportanlagen. Bremen verfügt derzeit über insgesamt 43 Kunstrasenfelder. Davon sind 24 kommunal, 11 verpachtet, 3 vereinseigen sowie 5 Freizeit-/Minispielfelder sind an Schulen errichtet.

Das soziale Kapital, das der Sport in seinen Übungsleitern, Trainer, Helfern, Betreuern und Mitarbeitern hat, ist unersetzbar. Die Ausgaben je Übungs- und Organisationsleiter belaufen sich in dem Berichtszeitraum auf 1.100 Tsd. Euro und bleiben somit auf dem Niveau der Vorjahre

Erreichen des Kostendeckungsgrades:

Der Kostendeckungsgrad für das Jahr 2014 beträgt für den Bereich der Bremer Bäder 67,20 %.

Das Schwimmangebot der Bremer Bäder GmbH wurde durch die Bezuschussung von Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie der Bereitstellung eines Betriebskostenzuschusses gesichert. Das Bäderkonzept zur Entwicklung von wirtschaftlich sinnvollen Alternativen wurde am 16.12.2014 im Senat beschlossen.

Zur mittelfristigen Sicherstellung des Unibad-Betriebes erforderlichen Sofortmaßnahmen in Höhe von 440 Tsd. € soll in 2015 aus dem Produktplan 12 erfolgen. Der Senator für Inneres und Sport wird unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bis zum Beginn der Erneuerungsmaßnahmen den Betrieb des Westbades und des Horner Bades aufrechterhalten.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum			
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*	
			abs.	%
Beschreibung [Einheit]				
Geförderte Übungs- u. Organisationsleiter (Pers.)	2.500	2.500	0,00	0,00
Ausgaben je Übungs- u. Organisationsleiter (EUR)	440	440	0,00	0,00
Besucherzahl Bremer Bäder (Pers)	1.630.000	1.710.000	-80.000,00	-4,68
lfd. Zuschuss je Besucher der Bremer Bäder (EUR)	2,73	2,60	0,13	5,00

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Ergebnisse und Wirkungen:

Die Kosten des organisierten Sports sowohl für die Unterhaltung der laufenden Kosten als auch für die Sanierung werden für die Sporttreibenden der Stadtgemeinde mit einem Betrag in Höhe von insgesamt 13,43 Euro/je Einwohner gefördert.

Produktplan: Sport	12	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
3.1.1 Einnahmen			
Konsumtive Einnahmen			
In 2014 sind insgesamt 359 Tsd. Euro vereinnahmt worden. Davon wurden 83 Tsd. Euro als Einnahmeverfügungsmittel verbucht.			
Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus der Benutzung der Sportanlagen sowie aus der Verpachtung von Werbeflächen. In 2014 konnten lediglich 68 % der veranschlagten Einnahmen aus Nutzungsentgelten für Sportanlagen erzielt werden. Die Werbeeinnahmen blieben aufgrund des derzeitigen Diskussionsprozesses zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Deutschen Telekom AG gänzlich aus.			
Gegenüber dem Soll sind somit in 2014 Mindereinnahmen i.H.v. 128 Tsd. Euro entstanden. Die Mindereinnahmen konnten durch die Heranziehung von Minderausgaben komplett ausgeglichen werden.			
Investive Einnahmen			
-keine-			
Relevante Verrechnungen / Erstattungen			
Bei den Verrechnungen wurden 104 Tsd. Euro vereinnahmt. Davon waren 6 Tsd. Euro Mittel im Rahmen des Programms "Impulse für den Sozialen Zusammenhalt" für investive Maßnahmen geflossen. 53 Tsd. Euro waren Mittel im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes für das Sanierungsgebiet "Huckelriede/Sielhof" und wurden ebenfalls für investive Maßnahmen eingesetzt. Die restlichen 54 Tsd. Euro wurden zur Durchführung des Sporthallenmanagements vereinnahmt.			
3.1.2 Ausgaben			
Konsumtive Ausgaben			
In dem Berichtsjahr 2014 wurden insgesamt 11.585 Tsd. Euro verausgabt. Somit ist der Abschluss der konsumtiven Ausgaben absolut plangerecht.			
Investive Ausgaben			
Die investiven Ausgaben belaufen sich in 2014 auf insgesamt 1.625 Tsd. Euro. Gegenüber dem Soll ergaben sich 541 Tsd. Euro Minderausgaben. Der nicht liquide Anteil für Investitionen zur Sanierung des Unibades an die Bremer Bäder GmbH in Höhe von 413 Tsd. Euro wurden nicht verbraucht und nunmehr zur Abdeckung des Verlustvortrages herangezogen. Im weiteren wurden bei der PGR 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten) für 114 Tsd. Euro keine Investitionen getätigt und zur Deckung der Mindereinnahmen herangezogen. Die restlichen 4 Tsd. Euro zur Deckung der Mindereinnahmen wurden bei der PGR 12.01.02 (Bremer Bäder) eingespart.			
3.1.3 Erlöse aus Vermögensveräußerungen			
-Keine-			
3.1.4 Personalausgaben			
Bei den Personalausgaben wurden 2014 1.104 Tsd. Euro verausgabt. Gegenüber dem Soll konnten Minderausgaben i.H.v. 9 Tsd. Euro erzielt werden. Die Minderausgaben werden zur Deckung von Mindereinnahmen herangezogen.			
3.2 Weitere Anmerkungen			
PGR 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten)			
In 2014 sind folgende Sportförderanträge gefördert worden:			
- 14 Sportförderanträge mit einem Volumen von 69 Tsd. Euro gefördert			
- 13 Anträge auf Energieförderung mit einem Volumen von 61 Tsd. Euro			
- 11 wiederkehrende Sportförderanträge mit einem Volumen von 362.150			
Für die Sanierung von Sportanlagen wurden weitere 908 Tsd. Euro verausgabt.			

Produktplan: Sport	12	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 92	Seite 3
<p>PGR 12.01.02 (Bremer Bäder)</p> <p>Der in der AR-Sitzung am 25.11.2013 beschlossene Wirtschaftsplan für 2014 weist ein positives Ergebnis von 88 Tsd. Euro aus. Die Bädergesellschaft hat eine aktualisierte Prognose abgegeben. Statt der geplanten +88 Tsd. Euro wird nun ein Ergebnis von -32 Tsd. Euro prognostiziert. Gründe für die Planabweichung sind wetterbedingte Mindereinnahmen sowohl bei den Freibädern als auch in den Kombibädern, Abmietung von Bahnzeiten durch den Landesschwimmverband, Einnahmeeinbußen beim Kursgeschäft, im Saunabereich, im Paradise und im Vital-Training. Die Umsatzeinbußen konnten z.T. durch einen geringeren Materialaufwand kompensiert werden.</p> <p>3.3 Leistungskennzahlen</p> <p>PGR 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten)</p> <p>Konsumtive und investive Ausgaben je Einwohner (ohne Bäder)</p> <p>Die konsumtiven Ausgaben je Einwohner betragen 10,97 Euro und sind minimal unter dem Jahresplanwert. Die investiven Ausgaben je Einwohner lagen im Berichtsjahr bei 2,46 Euro. Die Planwertunterschreitung i.H.v. 1,10 Euro begründet sich durch die Erbringung von investiven Minderausgaben zur Deckung von Mindereinnahmen.</p> <p>Ausgaben für Übungs- und Organisationsleiter</p> <p>Der Zuschuss für die Übungs- und Organisationsleiter i.H.v. 1.100 Tsd. Euro ist in voller Höhe geflossen. Damit wurden insgesamt 2.500 Übungs- und Organisationsleiter gefördert.</p> <p>Anzahl der Kunstrasenplätze</p> <p>Anzahl der Kunstrasenplätze lag 2014 bei 24 (21 Groß- und 3 Kleinspielfelder). Die Jahresplanzahl wurde mit der Fertigstellung des Kunstrasenplatzes auf der Bezirkssportanlage Süd im Mai 2014 erreicht.</p> <p>Pflege und Unterhaltung durch die Vereine</p> <p>Die Pflege und Unterhaltung der Sportanlagen wurde 2014 von 11 Vereinen (für 12 Sportanlagen) in Eigenregie übernommen.</p> <p>PGR 12.01.02 (Bremer Bäder)</p> <p>Besucherzahl der Bremer Bäder</p> <p>Im Berichtszeitraum wurden 1.630.000 Besucherinnen und Besucher in den Bremer Bädern (ohne Paradise) gezählt.</p> <p>Lfd. Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH</p> <p>Der lfd. Zuschuss an die Bädergesellschaft ist in voller Höhe (4.447 Tsd. Euro) geflossen und entspricht voll dem Jahresplanwert.</p> <p>Lfd. Zuschuss je Besucher</p> <p>Der laufende Zuschuss je Besucher betrug 2014 2,73 Euro.</p> <p>Kostendeckungsgrad</p> <p>Der Kostendeckungsgrad belief sich im Berichtsjahr 2014 auf 67,2%.</p> <p>3.4 Finanzierungssaldo</p> <p>Es ist ein Finanzierungssaldo i.H.v. 18.505 Tsd. Euro veranschlagt. Durch die Produktplanverlagerungen i.H.v. 4.510 Tsd. Euro vermindert sich der zulässige Finanzierungssaldo auf 13.995 Tsd. Euro. Das voraussichtliche IST beläuft sich auf 13.985. Das Finanzierungssaldo wird somit um 10 Tsd. Euro unterschritten.</p> <p>3.5 Verlustvortrag</p> <p>Der Verlustvortrag i.H.v. 898 wird durch die Heranziehung der nicht verausgabten Haushaltsreste bei der PGR 12.01.02 (Bremer Bäder) i.H.v. 413 Tsd. Euro sowie der Minderausgaben bei der PGR 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten) i.H.v. 10 Tsd. Euro reduziert.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 21 Bildung	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Kommentar:			
<p><u>Finanzdaten</u> Unter Einbeziehung aller produktplanübergreifenden Verlagerungen wird der Finanzierungssaldo eingehalten, das Budget wird auch bei Einbeziehung der Mindereinnahmen unterschritten. Der Ausgleich dieser Mindereinnahmen (2,2 Mio. €) soll durch Restestreichungen erfolgen. Zweckgebundene bzw. gebundene Mittel sollen wie folgt übertragen werden: 1,99 Mio. € konsumtiv bzw. 1,87 Mio. € investiv, für Schulbudgets 0,5 Mio. € für Bundes- bzw. ESF-Projekte bzw. 0,1 Mio. € investiv sowie 0,54 Mio. € für Personalausgaben.</p> <p><u>Personaldaten</u> Der Produktplan schließt das Jahr mit Minderausgaben und einer Unterschreitung der Zielzahlen in Höhe von 16,5 VZE ab. Die Unterschreitung der Zielzahlen ist durch nicht zeitgenau realisierte Neueinstellungen bzw. deren verspätete Verbuchung zu erklären. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2015 zu erwarten.</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Die Leistungsziele werden in allen Produktbereichen eingehalten. Durch die notwendige Einrichtung von Vorkursen ergeben sich im PBER 21.02, Öffentl. Schulen der Stadtgemeinde Bremerhaven, größere Abweichungen (+ 17%). Auffällig ist im PBER 21.05, Schülerbezogene Förderungen, bei den Fällen nach SGB VIII die Abweichung i.H.v. 1.700 %. Da bei Aufstellung der Haushalte hier noch kein Planwert gebildet werden konnte, wurde nur der Platzhalter „1“ gesetzt.</p>			
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Kein Handlungsbedarf.			

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Bildung	21	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Sen. Quante-Brandt	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	15.813	16.490	-677	-4,1	18.047	18.046	15.812	-2.234	16.488
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	7.526	6.272	1.254	20,0	7.526	7.526	7.526	0	6.272
Gesamteinnahmen	23.339	22.762	577	2,5	25.573	25.572	23.338	-2.234	22.760
Personalausgaben	295.615	296.237	-622	-0,2	296.237	296.237	295.616	-621	299.253
konsumtive Ausgaben	271.113	257.893	13.220	5,1	275.669	275.670	271.113	-4.557	257.893
Zinsausgaben	837	837	0	-0,0	837	837	837	0	837
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	26.076	24.614	1.462	5,9	28.232	28.233	26.076	-2.157	24.615
relevante Verrech./Erstatt.	60	60	0	0,4	62	62	61	-1	60
Gesamtausgaben	593.701	579.641	14.060	2,4	601.037	601.039	593.703	-7.336	582.658
Saldo	-570.362	-556.879	-13.483	2,4	-575.464	-575.467	-570.365	5.102	-559.897

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	0	0
- investiv	0	3.758	5.300	3.732	1.729		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-328	328	278.778	278.861	-83	278.778	278.861	-83
Personalverstärkung	0	0	0	21	21	0	21	21	0
Ausbildung	0	323	-323	7.106	7.106	0	7.106	7.106	0
Zwischensumme	0	-5	5	285.905	285.988	-83	285.905	285.988	-83
Refinanzierte	0	32	-32	1.072	1.593	-521	1.072	1.593	-521
Nebentitel	0	-2.665	2.665	8.639	8.656	-17	8.639	8.656	-17
Insgesamt	0	-2.638	2.638	295.616	296.237	-621	295.616	296.237	-621
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-2.583	2.583	8.182	8.182	0	8.182	8.182	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	4.947,5	4.964,0	-16,5	4.928,1	4.966,5	-38,4	4.928,1	4.966,5	-38,4
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,7	0,0	0,7	0,7	0,0	0,7
Ausbildung	422,0	450,0	-28,0	441,4	450,0	-8,6	441,4	450,0	-8,6
Zusammen	5.369,5	5.414,0	-44,5	5.370,2	5.416,5	-46,3	5.370,2	5.416,5	-46,3
Refinanzierte	13,6	-	-	21,4	-	-	21,4	-	-
Abwesende	302,1	-	-	287,2	-	-	287,2	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	17,6	22,5	16,7
Beschäftigte über 55 Jahre	27,4	17,5	30,7
Frauenquote	69,3	50,0	68,6
Teilzeitquote	43,4	35,0	44,6
Schwerbehindertenquote	4,4	6,0	4,4

Produktplan: 21 Bildung	Controlling 31-12-2014
Verantwortlich: Sen. Quante-Brandt	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Maßgebliche Zielvorgaben sind für den Bereich:

-Recht auf gemeinsamen Unterricht

Das BremSchulG nimmt in § 22 den inklusiven Unterrichtsauftrag durch die Gründung von Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP) auf, die in die Schulen eingegliedert sind. Die Deputation für Bildung hat beschlossen, ab dem Schuljahr 2012/13 eine flächendeckende inklusive Beschulung durchzuführen. Hiermit werden der inklusive Unterrichtsauftrag umgesetzt und gleichzeitig die Doppelkosten für die Fortführung der bestehenden Förderzentren reduziert.

-Weiterer Ausbau von Ganztagschulen

Im Land Bremen sind derzeit von 147 Schulen 71 mit Ganztagsangeboten ausgestattet (Schuljahr 2014/15). Das ist ein Anteil von 48 Prozent. Knapp die Hälfte aller Bremer und Bremerhavener Schulen bieten damit ganztägig Lernangebote für Kinder und Jugendliche.

Zurzeit sind in Bremen fast 50% aller Schulen in Ganztagschulen:

Schulstufe	Schulen	Ganztags- schulen	Anteil in %
Grundschule	90	39	43,33%
Sek I Schulen	57	32	56,14%
Gesamt	147	71	48,30%

-Fortführung der qualitativen Umgestaltung des Schulsystems

Insbesondere für die Oberschulen sind eine Reihe von schulinternen Änderungen umgesetzt worden, um die heterogene Schülerschaft zu möglichst guten Abschlüssen zu führen und sie angemessen auf den weiteren Bildungsweg – schulisch oder auf den Wechsel in eine Ausbildung – vorzubereiten. Die qualitative Umgestaltung bezieht sich u. a. auf folgende Maßnahmen:

- die Oberschule in Jahrgangsteams organisiert wird mit einer Jahrgangsledung – hier werden curriculare und pädagogische Entscheidungen getroffen;
- in den Kernfächern (ab Jahrgangsstufe 7 bzw. 8) und den Naturwissenschaften (ab Jahrgangsstufe 9) der Unterricht auf zwei Niveaus erteilt und in der Regel in niveaudifferenzierten Kursen unterrichtet wird.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung		Planwert
			abs.	%	
Personalausgaben je Schüler/in	4.980	4.700	280,00	0	4.600
Sachausgaben je Schüler/in	700	700	0,00	0	700
Schüler/innen je Lehrkraft an allg.bildenden Schulen*)	13,7	13,5	0,20	0	13,6
Schüler/innen je Lehrkraft an beruflichen Schulen *)	23,5	23,6	-0,10	0	23,6
Abgänger/innen der allgemein bildenden Schulen *) ohne Hauptschulabschluss: Anteil an der altersgleichen Bevölkerung	6,80%	6,90%	-0,10		6,90%

Produktplan: Bildung	21	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Sen. Quante-Brandt	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
Im Produktplan ergibt sich folgendes Jahresergebnis:			
Es entstanden Mindereinnahmen in Höhe von rd. 2,2 Mio.Euro. Im Landeshaushalt: bei den BAfÖG-Mitteln (1,2 Mio.Euro, beim Gastschulgeld (0,2 Mio.Euro) und 0,1 Mio. Euro Sonstige Einnahmen. Im städtischen Haushalt insgesamt rd.0,7 Mio. Euro.			
Es ist beabsichtigt, die Mindereinnahmen durch Restestreichung auszugleichen.			
Nach Ausgleich der Mindereinnahmen müssen konsumtive Reste in Höhe von rd. 2,49 Mio. Euro gebildet werden, diese sind zweckgebunden und beziehen sich auf folgende Ausgabebereiche:			
1,99 Mio. Euro für die Rücklagen der Schulen der Stadtgemeinde Bremen			
0,5 Mio. Euro für Bundes - und ESF-Projekte und für andere zweckgebundene Mittel (Spenden, Ortsämter, Elternbeiträge, etc.)			
Die Reste im investiven Bereich in Höhe von rd. 1,97 Mio. Euro beziehen sich in Höhe von 1,87 Mio. Euro auf die investive Rücklage der Schulen, 0,1 Mio. Euro beziehen sich auf ein Drittmittelprojekt.			
Die übertragbaren Reste im Personalbereich von rd. 0,54 Mio.Euro resultieren aus zweckgebundenen Personalausgaben im Rahmen von ESF-Projekten.			
Insgesamt ergibt sich über alle Ausgabe -und Einnahmebereiche ein positives Ergebnis. Der Finanzierungssaldo und das Budget wurden eingehalten.			
3.2 Personaldaten			
Die Zielzahlen wurden insgesamt eingehalten. Die Unterschreitung der Sollzielzahl liegt daran, dass nicht alle Einstellungen zeitgenau realisiert werden konnten, außerdem konnten nicht alle Einstellungen aus dem November buchungsrelevant umgesetzt werden.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 22 Kultur	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung													
		<table border="1"> <tr> <td></td> <td>Nicht erreicht</td> <td>erreicht</td> </tr> <tr> <td>Finanzen</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>Personal:</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td>Leistungen:</td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> </table>		Nicht erreicht	erreicht	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
		Nicht erreicht	erreicht											
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>											
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>												
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>												

Kommentar:

Finanzdaten

Das Jahresergebnis 2014 weist im Saldo aus Mindereinnahmen und Minderausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 5,113 Mio. € aus. Die Haushaltsverbesserung resultiert - nach Abzug einer im Rahmen der investiven Liquiditätssteuerung vorgenommenen Mittelverwendung in Höhe von 0,617 Mio. € - überwiegend aus nicht abgeflossenen Mitteln für die Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums (4,767 Mio. €).

Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen unterschritten.

Personaldaten

Die Personalausgaben werden eingehalten. Die Personalzielzahl wurde um 1,4 VZE überschritten. Jahresdurchschnittlich lag eine Unterschreitung von 0,7 VZE vor.

Für das Jahr 2015 wird ein konsequentes personalwirtschaftliches Handeln erforderlich sein.

Leistungsdaten

Im Bereich **Kulturelle Bildung** haben die Bürgerhäuser den Planwert der Besucher mit 5,9% übertroffen und somit den Zuschuss je Besuch um 20% verringert. Dagegen hat sich der Zuschuss je Besuch bei den Kultur- und Veranstaltungszentren um 31% erhöht, weil die Besucherwartung nicht erreicht werden konnte.

Im Bereich der Belegungen und Veranstaltungen konnte die Volkshochschule ihre Planwerte zum Jahresende nicht erreichen. Integrationskurse, die derzeit den Schwerpunkt der VHS-Arbeit bilden, haben zu einer höheren Anzahl von Unterrichtsstunden (8%) geführt. Die Musikschule konnte durch neue Projektangebote ihre Planwerte der SchülerInnen und Belegungen um 5% bis 7% steigern.

Im Bereich **Theater und Musik** konnte das Bremer Theater in der 2. Spielzeit 2014 den positiven Trend der Besuchszahlen aus der vorherigen Spielzeit fortsetzen und die Planwerte steigern. Die Orchester haben den Planwert der Besuche um insgesamt 32,2% übertroffen, so dass sich der Zuschuss je Besuch entsprechend auf 68,45 € reduziert.

Im Bereich der **Museen** liegen die Besuchszahlen zum Jahresende mit 3,5% unter dem Planwert. Das Übersee-Museum hat trotz der noch erfolgreich laufenden Mao-Ausstellung, einen Besucherrückgang von 18,4% ggü. der Planung. Auch das Focke-Museum verzeichnet einen Rückgang der Besucher von 37,9%. Dieses entspricht der Besucherzahl, die in 2013 trotz geschlossener Dauerausstellung des Haupthauses wegen Sanierungsmaßnahmen (11 Monate) erreicht wurde.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 03.02.2015

Dagegen konnte die Kunsthalle, obwohl die Picasso-Ausstellung den Besuchererwartungen nicht entsprach, den Planwert der Besuche um 37% steigern.

Im Bereich der **Bildenden Kunst** wurde der bereits ggü. 2013 angepasste Planwert (-12%) der Kinobesuche um rd. 11% unterschritten, so dass sich der Zuschuss je Besuch auf 10 € erhöht hat.

Bei den großen Einrichtungen haben sich für das Jahr 2014 ggü. 2013 folgende **Zuschüsse pro Besuch** ergeben:

	<u>2014</u>	<u>2013</u>
Bremer Theater	162,28 €	163,88 €
Shakespeare Company	33,68 €	27,10 €
Orchester	68,45 €	60,71 €
Deutsches Schiffahrtsmuseum	19,57 €	19,49 €
Focke-Museum	69,96 €	66,49 €
Übersee-Museum	51,88 €	47,35 €
Kunstverein	18,98 €	19,13 €
Neues Museum Weserburg	29,24 €	35,65 €

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Kultur	22	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Böhrsen	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	2.132	436	1.696	388,9	2.129	2.128	2.131	3	436
investive Einnahmen	63	733	-670	-91,4	796	796	63	-733	733
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	2.195	1.169	1.026	87,8	2.925	2.924	2.194	-730	1.169
Personalausgaben	4.381	4.409	-28	-0,6	4.409	4.409	4.381	-28	4.264
konsumtive Ausgaben	74.663	70.942	3.721	5,3	74.919	74.918	74.663	-255	70.942
Zinsausgaben	26	26	0	0,5	26	26	26	0	26
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	3.566	8.676	-5.110	-58,9	9.126	9.126	3.566	-5.560	8.676
relevante Verrech./Erstatt.	12	1	11	1.090,0	12	12	12	0	1
Gesamtausgaben	82.648	84.054	-1.406	-1,7	88.492	88.491	82.648	-5.843	83.909
Saldo	-80.453	-82.885	2.432	-2,9	-85.567	-85.567	-80.454	5.113	-82.740

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	26.861	26.311	14.907	0	0	0
- investiv	0	2.573	2.897	499	233		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	22	18	14	15		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	4.051	4.073	-22	4.051	4.073	-22
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	9	9	0	9	9	0
Zwischensumme	0	0	0	4.060	4.082	-22	4.060	4.082	-22
Refinanzierte	0	0	0	201	206	-5	201	206	-5
Nebentitel	0	-11	11	120	121	-1	120	121	-1
Insgesamt	0	-11	11	4.381	4.409	-28	4.381	4.409	-28
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-12	12	67	67	0	67	67	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	66,8	65,4	1,4	65,4	66,1	-0,7	65,4	66,1	-0,7
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,8	0,0	0,8	0,8	0,0	0,8
Zusammen	66,8	65,4	1,4	66,2	66,1	0,1	66,2	66,1	0,1
Refinanzierte	2,7	-	-	2,7	-	-	2,7	-	-
Abwesende	1,8	-	-	2,4	-	-	2,4	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	11,3	22,5	7,2
Beschäftigte über 55 Jahre	36,3	17,5	41,0
Frauenquote	53,8	50,0	55,4
Teilzeitquote	28,8	35,0	28,9
Schwerbehindertenquote	6,7	6,0	6,6

Produktplan: 22	Controlling 13-12/2014
Kultur	2.02.2015
Verantwortlich: Senator Böhrnsen	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Bremen als Kulturstadt

Sachstand/Analyse/Bewertung

Im Sinne der Landesverfassung ist es das Ziel bremischer Kulturförderung, für die Bürgerinnen und Bürger als auch für Gäste und Touristen, ein impulsgebendes Kulturangebot in Bremen zu pflegen, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck wird eine Strategie des „Erneuerns im Bestand“ verfolgt, die es auch unter wirtschaftlich engen Rahmenbedingungen erlaubt, programmatische Schwerpunkte zu setzen. Ein attraktives und innovatives Kulturangebot verstärkt zudem die Bindungskräfte und erhöht somit Bremens Anziehungskraft als touristische Destination wie auch für potentielle Neubürgerinnen und Neubürger. Zu nennen sind in diesem Kontext die beispielhaften Aktivitäten des Theater Bremen, der beiden großen Klangkörper oder der Kunsthalle. Vor diesem Hintergrund werden die Einnahmen aus der City-Tax gezielt für Einrichtungen und Projekte verwandt, die Bremen regional wie überregional profitieren. Darüber hinaus ist auf die Projekte „umsonst und draußen“ wie die Breminale und La Strada hinzuweisen, die beide mit hohen Besucherzahlen aufwarten können und für die nun auch für 2015 Planungssicherheit hergestellt wurde. Das DSM hat die Evaluation durch die Leibniz-Gemeinschaft positiv abgeschlossen und beginnt mit der Umsetzung der notwendigen nächsten Schritte.

Kooperationen und Netzwerke

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die eingeleiteten Aktivitäten zur Kooperation und Vernetzung bremischer Kultureinrichtungen werden fortgeführt und intensiviert. Zu nennen sind hier zum Beispiel Aktivitäten, die ohne Eintrittspreis für alle Menschen offen sind. So gelingt es zum Beispiel der Breminale, La Strada oder den Feuerspuren Jahr für Jahr, unterschiedliche Kultur- bzw. Sozialnetze miteinander zu verbinden und somit ein breites Spektrum anzusprechen, das über den engen Spezialistenkreis hinausgeht. So kann die Breminale bei ihrem Programm sich auf vielfältige Kooperationen mit bremischen Kultureinrichtungen stützen. Darüber hinaus fungiert das Festival als Forum für bremische Nachwuchsbands und treibt zudem über Stage Europe Network den internationalen Austausch voran.

Einen weiteren Impuls für die Netzwerkbildung bremischer Kultureinrichtungen wird durch die von der Deputation im Sommer 2014 beschlossene Neukonzeption der „Langen Nacht der Museen“ erwartet, die sich ab 2015 verstärkt anderen Kulturträgern öffnen und spartenübergreifend arbeiten wird. Eine Kooperation von Filmbüro und nordmedia mit dem Projektstipendium „Filmstar“ ist etabliert worden. Die GAK Gesellschaft für Aktuelle Kunst, das Künstlerhaus Bremen und das Zentrum für Künstlerpublikationen Bremen in der Weserburg planen ein zudem gemeinsames Ausstellungsprojekt mit künstlerischen Positionen seit den 1960er Jahren bis heute, die sich mit dem öffentlichen Raum und mit Öffentlichkeit auseinandersetzen. Diese gemeinsame Aktivität greift nicht nur ein gesellschaftlich relevantes Thema auf, sondern eröffnet zudem die Möglichkeit, neue Ansätze im Rahmen des Bremer Programms von Kunst im öffentlichen Raum gemeinsam zu entwickeln.

Darüber hinaus ist nur kurz auf die bereits in diesem Rahmen dargestellten Aktivitäten hinzuweisen, die fortgeführt werden: Die Kunsthalle und die Weserburg haben in einer gemeinsamen Absichtserklärung ihren Willen zur Zusammenarbeit bekräftigt und aktuell wird an einer zukunftssicheren Konzeption sowie allen notwendigen Prüfverfahren gearbeitet. Die AG „Bremer Literaturszene“ treibt gemeinsam Aktivitäten in ihrem Segment voran und das im Frühjahr nach großem Umbau neu eröffnete Bürgerhaus in Vegesack wird – insbesondere mit dem neuen Saal und der Studiobühne – zunehmend Ankerpunkt für die Kulturszene in Bremen-Nord.

Kulturelle Bildung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Auch im Bereich kultureller Bildung wird die Vernetzung weiter vorangetrieben. Durch Kooperationen zwischen Künstlerinnen und Künstlern mit Kultureinrichtungen, aber auch zwischen kleineren und größeren Einrichtungen, werden neue Qualitäten entwickelt, die auch in Schulen und Kindergärten hineinwirken. So hat es sich Quartier gGmbH, bereits vielfach für seine Arbeit ausgezeichnet, zum Ziel gesetzt, in einem Gemeinschaftsprojekt mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft und der Mercator-Stiftung die Kulturelle Bildung im Schulbereich zu verstetigen. Die ressortübergreifende Zusammenarbeit wird über einen Programmrat gesteuert. Im Sommer und Herbst 2014 starteten zudem sechs neue Projekte der Musikschule Bremen, die alle in Kooperationen mit Schulen und Kindergärten durchgeführt werden. Zu nennen sind darüber hinaus die beispielgebenden Aktivitäten von Kultur vor Ort, die Musikwerkstatt der Bremer Philharmoniker, das Zukunftslabor der Deutschen Kammerphilharmonie, das „Theater-Schule-Campus-Leibnizplatz“- Projekt der shakespeare company oder die museumspädagogische Arbeit der Kunsthalle.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2014
	Januar – Dezember				Planwert
	Ist	Planwert	Ist-Planwert- Abweichung		
Absol.			%		
Besuche Kultur- und Veranstaltungszentren	386.158	412.000	-25.842	-6,3	412.000
Besuche Stadtbibliothek	1.968.373	1.772.700	195.673	11,0	1.772.700
Besuche Volkshochschule	55.043	57.500	-2.457	-4,3	57.500
Schülerbelegung Musikschule	2.691	2.572	119	4,6	2.572
Besuche Bürgerhäuser	755.017	712.900	42.117	5,9	712.900
Besuche Theater Bremen	169.082	165.000	4.082	2,5	165.000
Besuche Orchester	92.348	69.880	22.468	32,2	69.880
Besuche Museen	456.615	473.000	-16.385	-3,5	473.000
Besuche Kommunales Kino	31.624	35.500	-3.876	-10,9	35.500

3. Analyse / Bewertung

Besuche Kultur- und Veranstaltungszentren

Die Besuchszahl der Veranstaltungszentren liegt leicht unterhalb der Erwartung (-6%). Die Besuchererwartungen beim Schlachthof (+9%) und Lagerhaus(+3%) konnten gesteigert werden, während beim Kultur Büro Bremen Nord die optimistische Planung aufgrund der Verschiebung der Wiedereröffnung nach der Umbauphase, nicht erfüllt werden konnte.

Besuche Stadtbibliothek

Bei der Stadtbibliothek Bremen liegen die Besuche und Entleihungen - vor allem aufgrund der steigenden virtuellen Zahlen - um 2% bis 11% besser als geplant. Die Zahl der Ausweisinhaber (BibCards) der Stadtbibliothek erfüllt die Erwartung. Der vorhergesagte Trend, dass es mehr Ausweisinhaberinnen als Ausweisinhaber gibt, bestätigt sich.

Besuche Volkshochschule

Die Konsolidierung Bremer Volkshochschule bezieht sich auch auf das Programmangebot, das ebenfalls im Jahr 2014 unter wirtschaftlichen und inhaltlichen Aspekten konsolidiert wurde, indem man Angebote in Programmclustern zusammengefasst hat, um zu ökonomischeren Ergebnissen zu kommen. Die Planwerte für Veranstaltungen und Belegungen konnten gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden, während die ursprünglich im Wirtschaftsplan angesetzten Planwerterwartungen 2014 für Veranstaltungen (-8%) und Belegungen (-4%) nicht ganz erreicht werden konnten. Die Tendenz, dass mehr Männer als Frauen die Angebote der Bremer Volkshochschule in Anspruch nehmen, setzt sich fort. Gegenüber dem Vorjahr konnten beide Werte jedoch leicht gesteigert werden. Insbesondere Integrationskurse mit langen Laufzeiten führen zu einer höheren Anzahl von Unterrichtsstunden (+8%), diese Kurse bildeten in 2014 einen Schwerpunkt der VHS-Arbeit.

Schülerbelegung Musikschule

Die Musikschule konnte ihre Schüler- und Belegungszahlen gegenüber der Planung um 5% bis 7% steigern, dies betrifft vor allem den Anteil der Kinder- und Jugendlichen, die durch die neuen Projektangebote ("kultur macht

stark") für die Angebote der Musikschule begeistert werden konnten. Es wurden mehr Belegungen mit Musikschülerinnen verzeichnet als mit Musikschülern als erwartet.

Besuche Bürgerhäuser

Insgesamt konnten die Besuchszahlen der Produktgruppe Bürgerhäuser um knapp 6% gesteigert werden. Innerhalb der Produktgruppe kommt es bei einzelnen Bürgerhäusern zu unterschiedlichen Abweichungen von den Planwerten. Auf die Bürgerhäuser Hemelingen (+21 %), Obervieland (+ 8%) und Weserterrassen (+6%) entfallen dabei die höchsten Steigerungsraten. Geringe Steigerungen oder gleichbleibende Besuchszahlen wurden bei den Bürgerhäusern Huchting, Oslebshausen, Helene Kaisen erreicht. Beim Bürgerzentrum Neue Vahr ist ein geringer allgemeiner Besuchsrückgang zu verzeichnen.

Besuche Theater Bremen

Im Theater Bremen setzt sich der positive Trend der vorherigen Spielzeit fort. Im zweiten Quartal der neuen Spielzeit 2014/2015, die am 1. August 2014 begonnen hat, wurden die geplanten Besuchszahlen gegenüber dem Wirtschaftsplan überschritten. Bezogen auf das hier berichtete Kalenderjahr 2014 wurden die Planzahlen daher erreicht. Insbesondere schlug sich diese Steigerung in 2014 in den Sparten Schauspiel und Kinder- und Jugendtheater nieder.

Besuche Orchester

Beide Orchester haben ihre Ziele erreicht und zum Teil übertroffen.

Während die Deutsche Kammerphilharmonie in Bremen ihren Besucherzuspruch konstant auf hohem Niveau halten konnte, hat die hohe Nachfrage nach Gastspielen unerwartet dazu geführt, dass die Zahl der Gastspiele deutlich erhöht werden konnte. Auf der Asientournee konnten 10 Konzerte gegeben werden und vier weitere Konzerte im Ausland konnten kurzfristig im Laufe des Jahres verkauft werden, die in den Planungen nicht enthalten waren.

Bei den Bremer Philharmonikern ist der Anstieg der Konzerte und damit verbundenen Besucherzahlen auf die Einführung neuer Formate wie die Konzertreihe "5nach6" oder die Familienkonzerte zurückzuführen. Die im Laufe der Spielzeit vereinbarten Gastspiele dienen neben der Positionierung des Orchesters außerhalb Bremens der zusätzlichen Kostendeckung und Gewinnmaximierung.

Besuche Museen

Die Besucher/innen-Zahlen haben sich bezüglich der hier berichteten Museen im Jahr 2014 stabilisiert. Die Plandaten stammen aus 2013/14 und haben sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen im Museumsbereich mehrheitlich als zu hoch erwiesen. Auch bundesweit wird die Stabilisierung der Zahlen als Erfolg gesehen. Gegenüber dem Planwert 2014 konnte die Kunsthalle die erwartete Besucher/innen-Zahl überschreiten. Mit der Provenienzforschung-Ausstellung und dem Start der Digitalisierung des Kupferstich-Kabinetts hat zudem die Kunsthalle wichtige Forschungsbereiche in Angriff genommen.

Das Übersee-Museum und die Kunsthalle gehören zu den 4,6 Prozent der meist besuchten Museen bundesweit. Die noch laufende Mao-Ausstellung ist qualitativ erfolgreich, die Besucher/innen-Zahlen liegen aber unter dem Plan.

Das Focke-Museum konnte gegenüber dem Vorjahr seine Besucher/innen-Zahlen annähernd halten, obwohl Haus Riensberg seit 2013 geschlossen ist. Mit „Auguste Papendieck“ läuft derzeit eine Ausstellung mit hohem Forschungsanteil.

Die Museen Böttcherstraße erreichten 2014 etwa 3000 Besucher/innen mehr gegenüber dem Vorjahr.

Das Deutsche Schiffahrtsmuseum und die Weserburg lagen annähernd bei den Vorjahresdaten.

Das Gerhard-Marcks-Haus konnte den Besucher/innen-Planwert 2014 überschreiten.

Die Wilhelm Wagenfeld Stiftung konnte ihre Besucher/innen-Planzahlen übertreffen.

Hinsichtlich der Leistungsdaten Sonderausstellungen und Publikationen konnten alle Museen die Plandaten erreichen bzw. überschreiten.

Besuche Kommunales Kino

Die Anzahl der Veranstaltungen des Kommunalkinos übersteigt weiterhin die Plandaten. Darüber hinaus konnten die Besucherzahlen im Vergleich zum Vorjahr um 2% gesteigert werden, bleiben aufgrund wetterbedingter Rückgänge in den Monaten Juli und September jedoch hinter den Planzahlen zurück.

Produktplan: Kultur	22	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Böhrsen	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
1. Abweichungen voraussichtliches HH-Soll- voraussichtliches Ist (Einhaltung des Budgets /Jahresplanung 2014)			
Das Kulturressort schließt das Jahr 2014 mit einer Ergebnisverbesserung in Höhe von +5.114 TEUR ab.			
Die Verbesserung resultiert insbesondere durch die nicht in Anspruch genommenen Mittel für die geplante Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums (DSM) in Höhe von 4.766 TEUR.			
Zu den Bereichen im Einzelnen.			
a) Investive Einnahmen (-733 TEUR): Die im Zusammenhang mit der Sanierung des DSM stehenden investiven Einnahmen wurden im Jahr 2014 nicht erzielt, da auch die investiven Ausgaben nicht in diesem Jahr angefallen sind. Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten wird die Rücklage für das DSM im gleichen Umfang nicht zusätzlich gebildet.			
c) Personalausgaben (- 28 TEUR) Die Mehrausgaben aufgrund der Überschreitung der Zielzahlen bei den zugeordneten kleinen Dienststellen: Landesamt für Denkmalpflege und Landesarchäologie Bremen wurde durch verzögerte Wiederbesetzungen und weitere Maßnahmen der senatorischen Behörde ausgeglichen. Ein geringer Rest wurde erwirtschaftet.			
d) Konsumtive Ausgaben (-255 TEUR) Die konsumtiven Ausgaben im Haushalt wurden eingehalten. Reste sind insbesondere durch folgende Themen entstanden: Zusätzliche Einnahmen aus Citytax (138 TEUR) sowie in 2015 weiterzuleitende Spenden (43 TEUR) bzw. Mittel der Stiftung Wohnliche Stadt (57 TEUR).			
e) Investive Ausgaben (-5.560 TEUR) Die Verbesserung resultiert mit einem Betrag in Höhe von -5.500 TEUR durch die nicht in diesem Jahr notwendigen Abflüsse für die geplante Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums (DSM). Ein Betrag von 733 TEUR wird im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten zur Deckung der investiven Mindereinnahmen eingesetzt(siehe a). Ferner gab es weiterzuleitende Mittel der Stiftung Wohnliche Stadt (60 TEUR).			
2. Einhaltung des Finanzierungssaldos (Anschlag - voraussichtliches Ist (Jahresplanung 2014))			
Für das Kulturressort ist ein Finanzierungssaldo von -82.740 TEUR veranschlagt.			
Es wurden zusätzliche Mittel i.H.v. -4.466 TEUR in den Kulturhaushalt verlagert. Hier bei handelt es sich insbesondere um eine Verlagerung von Mitteln im Rahmen der Liquiditätssteuerung 2013/2014 (2.733 TEUR), nachbewilligte Tarifmittel und Besoldungsmittel (1.024 TEUR), Citytaxmehreinnahmen (675 TEUR) und weiterer Änderungen (32 TEUR).			
Es erfolgte eine Abgabe von Mitteln i.H.v. +6.413 TEUR. Hier bei handelt es sich insbesondere um die Abgabe der investive Minderausgabe (3.264 TEUR), der Inanspruchnahme im Rahmen der investiven Liquiditätssteuerung (2.816 TEUR), der Erbringung der konsumtiven Umlage (300 TEUR) sowie weiterer Änderungen (32 TEUR).			
Im Saldo gab es Veränderungen i.H.v. +1.947 TEUR. Der zulässige Finanzierungssaldo beträgt damit -80.792 TEUR.			
Das Kulturressort hat einen Finanzierungssaldo i.H.v. -80.453 TEUR erzielt und damit einer Unterschreitung i.H.v. +339 TEUR dargestellt.			
3. Abweichung Januar - Dezember 2014 (Ist-Planwert-Abweichung).			
a) Konsumtive Einnahmen (+1.696 TEUR): Die konsumtiven Einnahmen liegen über Plan, da zusätzliche durchlaufende Einnahmen beim Musikfest erzielt wurden.			
b) Investive Einnahmen (-670 TEUR): Die investiven Einnahmen liegen unter Plan, da für das DSM auch in gleichem Umfang die investiven Ausgaben nicht angefallen sind.			
c) Konsumtive Ausgaben (+3.721 TEUR) Die konsumtiven Ausgaben liegen über Plan, da zusätzliche durchlaufende Einnahmen beim Musikfest erzielt wurden, zusätzliche Tarifmittel nachbewilligt wurden, die konsumtive Minderausgabe nicht erbracht werden konnte und durch eine investive Minderausgabe ausgeglichen wurde sowie zusätzliche Gelder aus Citytax verausgabt wurden.			

Produktplan: Kultur	22	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Böhrnsen	Version: 92	Seite 3
d) Investive Ausgaben (-5.110 TEUR) Die investiven Ausgaben liegen insbesondere wegen derzeit nicht notwendiger Abflüsse an das DSM unter Plan.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 24 Hochschulen und Forschung	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Kommentar:

Finanzdaten

Das Jahresergebnis 2014 weist für den PPL 24 eine rechnerische Haushaltsverbesserung i.H.v. rd. 4,0 Mio. € aus, die i.H.v. rd. 2,0 Mio. € als Ausgaberesult nach 2015 übertragen und i.H.v. rd. 2,0 Mio. € der allgemeinen bzw. investiven Budgetrücklage zugeführt werden soll. Die rechnerische Haushaltsverbesserung (rd. 4,0 Mio. €) setzt sich im Saldo aus Mindereinnahmen i.H.v. rd. 0,5 Mio. € und Minderausgaben i.H.v. rd. 4,5 Mio. € zusammen.

Im Bereich des im PPL 71 „Wirtschaft“ abrechnungstechnisch geführten EFRE-Förderprogramms sind für den PPL 24 Mindereinnahmen i.H.v. 1.121.000,00 € festzustellen. Diese Mindereinnahmen sollen zunächst durch Auflösung der im PPL 24 für diesen Zweck gebildeten Sonderrücklage i.H.v. 267.281,74 € teilweise ausgeglichen werden, so dass ein Betrag i.H.v. 853.718,26 € als Verlust vorzutragen ist.

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo (-323,7 Mio. €) wurde eingehalten.

Personaldaten

Die Überschreitung bei den Personalausgaben wurde innerhalb des Senatorinnenbudgets ausgeglichen.

Die Personalzielzahlen werden zum Jahresende um 3,4 VZE überschritten. Diese Überschreitung am Jahresende ist im Haushaltsjahr 2015 zusätzlich zu erwirtschaften, um den Aufbau eines dauerhaften Personalüberhanges zu vermeiden.

Leistungsdaten

Die Leistungsziele wurden größtenteils erreicht bzw. überschritten.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

Produktplan: Hochschulen und Forschung	24	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich: Sen. Quante-Brandt		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	50.042	40.133	9.909	24,7	49.684	49.684	50.042	358	40.133
investive Einnahmen	25.603	26.558	-955	-3,6	26.456	26.456	25.603	-853	26.558
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	75.645	66.691	8.954	13,4	76.140	76.140	75.645	-495	66.691
Personalausgaben	2.778	2.833	-55	-2,0	2.833	2.833	2.778	-55	2.219
konsumtive Ausgaben	336.058	320.260	15.798	4,9	338.100	338.100	336.058	-2.042	320.260
Zinsausgaben	1.518	1.518	0	0,0	1.518	1.518	1.518	0	1.518
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	58.950	60.702	-1.752	-2,9	61.320	61.319	58.950	-2.369	60.702
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	399.305	385.313	13.992	3,6	403.771	403.770	399.304	-4.466	384.700
Saldo	-323.659	-318.622	-5.037	1,6	-327.631	-327.630	-323.659	3.971	-318.009

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	1.081	5.217	4.159	2.649	100	571	0
- investiv	3.336	15.523	7.214	14.582	12.084		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	2.397	2.449	-52	2.397	2.449	-52
Personalverstärkung	0	0	0	158	158	0	158	158	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	2.555	2.607	-52	2.555	2.607	-52
Refinanzierte	0	0	0	156	160	-4	156	160	-4
Nebentitel	0	12	-12	66	66	0	66	66	0
Insgesamt	0	12	-12	2.777	2.833	-56	2.777	2.833	-56
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	12	-12	66	66	0	66	66	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	34,3	30,9	3,4	35,6	31,2	4,4	35,6	31,2	4,4
Personalverstärkung	2,5	2,4	0,1	2,4	2,4	0,0	2,4	2,4	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	36,8	33,3	3,5	38,0	33,6	4,4	38,0	33,6	4,4
Refinanzierte	1,5	-	-	1,8	-	-	1,8	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	2,2	22,5	2,1
Beschäftigte über 55 Jahre	44,4	17,5	48,9
Frauenquote	73,3	50,0	70,2
Teilzeitquote	42,2	35,0	36,2
Schwerbehindertenquote	3,9	6,0	3,8

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung	Controlling 01-13/2014
Verantwortlich: Sen. Quante-Brandt	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele
<p>Konsequente Förderung der Etablierung und des Ausbaus der international sichtbaren Wissenschaftsschwerpunkte sowie Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft durch Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte, Drittmittelerfolge, Wissenschaftstransfer und Innovation</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Effizienzsteigerung und Nutzung von Synergien durch die Intensivierung der Kooperationen der bremischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen miteinander und mit außerbremischen Institutionen ▪ Steigerung der überregionalen Sichtbarkeit der Wissenschaftsschwerpunkte des Landes und Stärkung der Innovationskraft der regionalen Wirtschaftskraft durch Ausbau der Wirtschaftskooperationen und Transferleistungen sowie Bündelung innerbremischer Ressourcen (Erhöhung der regionalwirtschaftlichen Effekte durch ressortübergreifenden Aufbau von thematischen Clustern) ▪ Stabilisierung des hohen Drittmittelvolumens ▪ International sichtbare Positionierung und Exzellenz der Universität Bremen durch Beteiligung an allen drei Förderlinien der Exzellenzinitiative (hier insbesondere: Umsetzung des Zukunftskonzeptes)
<p>Ausbildung hochqualifizierter Nachwuchskräfte</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Steigerung der Attraktivität Bremens für hochqualifizierte Nachwuchskräfte durch die zunehmende Förderung von strukturierten Programmen der Graduiertenförderung durch Drittmittel; dadurch auch Förderung der Internationalität und wissenschaftlichen Exzellenz des Landes ▪ Gewährleistung einer hohen Qualität von Lehre und Studium durch Weiterentwicklung der hochschulinternen Qualitätssicherungssysteme ▪ Stabilisierung der Absolventenzahlen der Hochschulen und der Anzahl der Studienanfänger/-innen (1. Hochschulsemester) auf hohem Niveau durch Beteiligung am Hochschulpakt und Bereitstellung einer hohen Anzahl von Studienplätzen
<p>Verbesserung des Arbeitskräftepotentials und Gewinnung neuer Einwohner/innen</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Steigerung der Attraktivität des Standorts für auswärtige und ausländische Studierende, Wissenschaftler/innen und bereits graduierte Studienbewerber/innen durch Sonderprogramme für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Sprach- und Unterstützungsangebote und die Förderung der nationalen und internationalen Vernetzung in der Forschung ▪ Weiterentwicklung der innovativen wissenschaftlichen Kernbereiche mit starken Wachstums- und Beschäftigungseffekten ▪ In 2014 konnten 2.596 Neubürger/innen für Bremen angeworben werden.
<p>Weiterentwicklung der Chancengleichheit für Frauen und Männer und Erhöhung des Anteils von Frauen auf allen Karrierestufen im wissenschaftlichen Bereich, insbesondere bei Professuren</p> <p>Sachstand/Analyse/Bewertung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kontinuierliche Steigerung des Frauenanteils an den Professuren, dessen Wert regelmäßig über dem Bundesdurchschnitt liegt.

B. Leistungskennzahlen					
Kennzahlen	Berichtszeitraum				2014
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Hochschulen					
- Absolventen	5.363	4.990	373	7,5	4.990
- Studienanfänger	5.554	5.303	251	4,7	5.303
- Drittmittelanteil an Gesamtfinanzierung	27,3%	27,0%	0,3		27,0%
Außeruniversitäre Forschung (Bremer Institute)					
- Zuschussanteil an Gesamtfinanzierung	26,47%	25,24%	1,23		25,24%

* Bei Einheit „%“ in Prozentpunkten

Analyse und Bewertung der Leistungskennzahlen:

Hochschulen

Lehre und Studium gehören zu den zentralen Aufgaben der Hochschulen.

- Qualität der Lehre
Seit 2008 wird die Verbesserung der Lehrqualität durch Schwerpunktmittel gefördert, die ab 2010 integraler Bestandteil des Wissenschaftsbudgets geworden sind. Die Stabilisierung der Absolventenzahlen auf hohem Niveau in den letzten Jahren (2010: 5.294, 2011: 5.430, 2012: 5.443, 2013: 5.110, 2014 5.363) zeigt den Erfolg dieses Programms.
- Die bremischen Hochschulen haben sich erfolgreich am Hochschulpakt beteiligt. Die Zahl der Studienanfänger/innen im 1. Hochschulsesemester liegt in 2014 wie auch in den vorangegangenen Jahren über dem Planwert.

Die Qualität der Hochschulforschung, insbesondere die der Universität, findet ihren Ausweis in dem erzielten Drittmittelvolumen. Mit einem Drittmittelanteil von mehr als 27 % an der Gesamtfinanzierung konnte dieser auf hohem Niveau gehalten werden. Damit liegt Bremen auch weiterhin bundesweit im Spitzenbereich.

Außeruniversitäre Forschung

Die Bremer Forschungsinstitute haben trotz gleich bleibender Grundfinanzierung und ohne Ausgleich der Tarifsteigerungen ihren Drittmittelanteil in etwa halten können.

Produktplan: 24 Hochschulen und Forschung	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich: Sen. Quante-Brandt	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung		
Finanzdaten:		
A) Einnahmen		
Insbesondere durch die deutlich höher als erwartet angefallenen Zuweisungen des Bundes für den Hochschulpakt wurde der konsumtive Einnahmeanschlag um rd. 9,9 Mio. Euro überschritten.		
B) Ausgaben		
Das Budget wurde unter Einbeziehung diverser Sollveränderungen und konsumtiver Mehreinnahmen eingehalten.		
C) Finanzierungssaldo		
Die Anschläge ergeben einen Finanzierungssaldo von -318.009 Tsd. Euro. Dieser Saldo wurde durch Nachbewilligungen (-) bzw. Einsparungen (+) i.H.v. -4.186 Tsd. Euro auf -322.195 Tsd. Euro erhöht. Nach den Ist-Ergebnissen ist ein Finanzierungssaldo von -323.659 Tsd. Euro entstanden. Die dann noch verbleibende Überschreitung 1.464 Tsd. Euro wird durch die Inanspruchnahme nicht ausgegebener Anschlagsmittel im Produktplan 22 "Kultur" (DSM-Sanierung) i.H.v. 1.466 Tsd. Euro kompensiert. Damit wurde der zulässige Finanzierungssaldo eingehalten.		
Leistungsziele:		
Die Leistungsziele wurden überwiegend eingehalten oder übertroffen.		

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 31 Arbeit	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Kommentar:**Finanzdaten**

Das Ressort schließt zum Jahresende unter Berücksichtigung der aus dem Jahr 2013 übertragenen Ausgaberesten von 24,3 Mio. € seinen Haushalt im Saldo aus Mehreinnahmen/Minderausgaben im Sach- und Personalhaushalt mit einem positiven Ergebnis in Höhe von rd. 30,6 Mio. € ab.

Dies resultiert im Wesentlichen aus Mehreinnahmen in Höhe von rd. 8,7 Mio. € aus Zahlungseingängen von der EU und Minderausgaben in Höhe von rd. 21,8 Mio. € aufgrund von Resten die zur Einhaltung des Finanzierungssaldos nicht verausgabt werden konnten. Das Ressort beabsichtigt, rd. 21,3 Mio. € an Ausgaberesten zu übertragen und rd. 0,33 Mio. € der allgemeinen bzw. investiven Budgetrücklage zuzuführen.

Im Produktbereich 31.01 „Beschäftigungspolitisches Aktionsprog. wurden 2014 folgende Mehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen erzielt

Programm	Betrag €
Von der EU für ESF „Stärken vor Ort 2007-2013 „	11.347,93
Von der EU für das ESF-Ziel 3 Progr. (2000-2006)	11.815.192,88
Von der EU für das ESF-Programm (2007-2013)	1.855.440,18
Von der EU für das ESF-Progr. (2014-2020)	-5.384.082,80
Gesamte Mehreinnahmen im Saldo	8.297.898,19

Die erzielten Mehreinnahmen dienen der Reduzierung bzw. vollständigen Abdeckung folgender noch valutierender Verlustvorträge

Bezeichnung	von €	um €	auf €
EU-Förderphase 2000-2006 ESF	4.361.461,28	4.361.461,28	0
EU-Förderphase 2007-2013 ESF	26.214.725,97	1.866.788,11	24.347.937,86
EU-Förderphase 2007-2013 EFRE	9.590.918,81	0	9.590.912,81

In der neuen EU-Förderphase 2014-2020 ESF kam es 2014 zu Mindereinnahmen in Höhe von 5.384.082,80 € für die ein neuer Verlustvortrag gebildet werden muss.

Der Finanzierungssaldo wird eingehalten.

Die teilweise Nutzung der Liquidität aus den erzielten Mehreinnahmen hat das Ressort für eigene Zwecke genutzt. Da nicht alle Ausgabeermächtigungen genutzt wurden, konnte der Finanzierungssaldo um rd. 2,9 Mio. € unterschritten werden.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.02.2015

Personaldaten

Bei Personalausgaben und den Personalzielzahlen wurden die Sollwerte jeweils leicht unterschritten.

Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2015 zu erwarten.

Leistungsdaten

Die Zahl der geförderten Beschäftigten im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms liegt deutlich über dem Planwert und auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Beschäftigungsmaßnahmen liegt erheblich über dem Planwert. Eine Kommentierung des Ressorts ist nicht erfolgt.

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Arbeit	31	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschatz	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	28.612	17.435	11.177	64,1	19.905	19.905	28.611	8.706	17.435
investive Einnahmen	23	0	23	0,0	23	23	23	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	28.634	17.435	11.199	64,2	19.928	19.928	28.634	8.706	17.435
Personalausgaben	8.765	9.164	-399	-4,4	9.164	9.165	8.765	-400	8.867
konsumtive Ausgaben	31.370	26.620	4.750	17,8	52.866	52.866	31.370	-21.496	26.620
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.701	1.891	-190	-10,0	1.790	1.791	1.701	-90	1.891
relevante Verrech./Erstatt.	1.654	6	1.648	27.464,8	1.514	1.512	1.652	140	6
Gesamtausgaben	43.489	37.681	5.808	15,4	65.334	65.334	43.488	-21.846	37.383
Saldo	-14.855	-20.246	5.391	-26,6	-45.406	-45.406	-14.854	30.552	-19.948

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvotr .
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	576	3.111	117	92	264	138	40.167
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	92	-92	8.189	8.371	-182	8.189	8.371	-182
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	92	-92	8.189	8.371	-182	8.189	8.371	-182
Refinanzierte	0	10	-10	473	645	-172	473	645	-172
Nebentitel	0	-140	140	102	148	-46	102	148	-46
Insgesamt	0	-38	38	8.764	9.164	-400	8.764	9.164	-400
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-139	139	99	99	0	99	99	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	144,8	147,9	-3,1	145,8	149,2	-3,4	145,8	149,2	-3,4
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	144,8	147,9	-3,1	145,8	149,2	-3,4	145,8	149,2	-3,4
Refinanzierte	8,2	-	-	6,9	-	-	6,9	-	-
Abwesende	11,7	-	-	11,5	-	-	11,5	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,7	22,5	6,9
Beschäftigte über 55 Jahre	27,7	17,5	29,3
Frauenquote	69,7	50,0	70,2
Teilzeitquote	36,9	35,0	37,2
Schwerbehindertenquote	16,2	6,0	19,1

Produktplan: 31	Controlling 01-12/2014
Arbeit	10.02.2015
Verantwortlich:	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Im Produktplan Arbeit steht die Gestaltung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik, das Arbeitsrecht, die Aufgaben des Schwerbehindertenrechts und des sozialen Entschädigungsrechts im Vordergrund.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die strategischen Zielvorgaben zur Arbeitsmarktpolitik sind im Produktgruppenhaushalt formuliert. Im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) sind die arbeitsmarktpolitischen Handlungsfelder des Landes Bremen zusammengeführt. Hier werden durch vielfältige Angebote und Projekte im Land Bremen der Strukturwandel flankiert, die Kompetenzen der Menschen gefördert, die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft und die Integration schwerbehinderter Menschen unterstützt. Für diese Zwecke werden entsprechende Mittel für die Umsetzung des BAP zur Verfügung gestellt. Damit wird eine positive Erreichung der strategischen Zielvorgaben angestrebt.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Gemessen an den neu gebildeten Planwerten kann eine positive Bilanz der Erfüllung der Leistungsziele im Bereich des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) festgestellt werden. Die Planwerte für Beratungen, Förder-, Weiterbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen wurden zum größten Teil überschritten. Die Handlungsfelder des BAP in der Förderperiode 2007-2013 waren auf die Zielgruppen Beschäftigte, Arbeitslose, Auszubildende und Existenzgründer/innen ausgerichtet. Entsprechend der Schwerpunktsetzung des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms stellten die größten Zielgruppen Arbeitslose, insb. Langzeitarbeitslose, und Beschäftigte dar. Durch von der Deputation beschlossene veränderte Prioritätensetzungen in Bezug auf Programme und Projekte sowie Entwicklungen in den Projekt- und Programmabläufen sind Abweichungen unvermeidbar.

Sachstand/Analyse/Bewertung

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				01.-12.2014
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	2014
Zu 31.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm			0,00		
Geförderte Beschäftigte	2.551	900	1.651,00	183%	900
Weitergebildete Arbeitslose	944	400	544,00	136%	400
Langzeitarbeitslose in Beschäftigungsmaßnahmen	1.976	900	1.076,00	120%	900
Beratene Personen in Beratungsprozessen	8.750	2.200	6.550,00	298%	2.200
Beratene potentielle Existenz-Gründer	518	250	268,00	107%	250
Beratene Betriebe (BAP gesamt)	376	300	76,00	25%	300
Zu 31.02 Soziale Sicherheit					
Feststellungsverfahren (Schwerbehinderte)	14.523	15.000	-477,00	-3%	15.000
Bestandsfälle (Schwerbehinderte)	101.102	99.700	1.402,00	1%	99.700
Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben	800	1.800	-1.000,00	-56%	1.800

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen:

Zu 31.01 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm

Gemessen an den neu gebildeten Planwerten kann eine positive Bilanz der Erfüllung der Leistungsziele im Bereich des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) festgestellt werden. Durch veränderte Projekt- und Programmläufe sind Abweichungen naturgemäß.

Die hohe Zahl geförderter Beschäftigter ergibt sich aus verlängerten Laufzeiten für Qualifizierungsprojekte im Rahmen des BAP.

Gleiches gilt für die Weiterbildung Arbeitsloser.

Die hohe Zahl von erreichten Langzeitarbeitslosen in Beschäftigungsmaßnahmen resultiert aus Veränderungen der Förderinstrumente durch den Bundesgesetzgeber.

Die hohe Zahl von Personen in Beratungsprozessen entspricht der veränderten Ausrichtung der Beratungsförderung.

Die hohe Zahl von Beratungen potentieller Existenzgründerinnen und -gründer resultiert aus der veränderten Förderpraxis von Agentur und Jobcentern.

Zu 31.02. Soziale Sicherheit

Die Unterschreitung der Planzahl im Bereich Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben liegt an einer lt. AVIB ursprünglich zu hoch angesetzten Planzahl.

Produktplan: Arbeit	31	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Kamerale Finanzdaten			
Einnahmen			
Zum Jahresende sind Mehreinnahmen von 8,7 Mio. Euro entstanden.			
Für das ESF-Programm 2007-2013 (PGR 31.01.01) wurde ein Zahlungsantrag über rd. 2,5 Mio. Euro gestellt und von der Kommission angenommen.			
Für das neue ESF-Programm 2014-2020 wurde ein Vorschuss von 0,7 Mio. Euro gezahlt.			
Die Schlusszahlung für das ESF-Programm 2000-2006 über rd. 11,8 Mio. Euro wurde überwiesen.			
Dem gegenüber stehen Anschläge von rd. 6,7 Mio. Euro. Die Mehreinnahmen von rd. 8,3 Mio. Euro werden größtenteils bestehende Verlustvorträge reduzieren. Die Liquidität fließt dem Gesamthaushalt zu.			
Für das EFRE-Programm 2007-2013 sind aus Verfahrensgründen in diesem Jahr keine Einnahmen (per Verrechnung) entstanden.			
Für ESF-Bundesprogramme entstanden Mehreinnahmen von rd. 0,4 Mio. Euro.			
Personalausgaben			
Im Bereich der Personalausgaben entstanden 0,4 Mio. Euro Minderausgaben. Hierin enthalten sind übertragbare Reste von 0,2 Mio. Euro für das ESF-Programm 2007-2013.			
konsumtive und investive Ausgaben			
Zum Jahresende sind Minderausgaben von rd. 21,5 Mio. Euro entstanden.			
Diese Differenz ergibt sich hauptsächlich durch Minderausgaben im Bereich der EU-Programme (PGR 31.01.01). Hier sind in den Vorjahren rd. 24 Mio. Euro Reste entstanden, die in diesem Jahr noch nicht vollständig zur Auszahlung kommen.			
Für das ESF Programm (2007-2013) wurden inklusive Verrechnungen Ausgaben von rd. 9,5 Mio. Euro getätigt, gegenüber einem Soll von 17,6 Mio. Euro. Die Überschreitung im Bereich der Verrechnungen ist hier entstanden, 0,4 Mio. Euro auf Produktbereichsebene und 0,1 Mio. Euro auf Planebene. Ein Ausgleich im Deckungskreis steht zur Verfügung, wurde nur technisch nicht umgesetzt.			
Für EFRE (2007-2013) entstanden inklusive Verrechnungen Ausgaben von rd. 3,4 Mio. Euro gegenüber einem Soll von rd. 5,8 Mio. Euro.			
Für das neue ESF Programm (2014-2020) sind Ausgaben unter 0,1 Mio. Euro getätigt worden. Das Soll beläuft sich auf 6,1 Mio. Euro.			
Auch für das Programm "Stärken vor Ort" wurde das Soll von rd. 1 Mio. Euro kaum benötigt.			
Im Bereich der EU-Mittel sind insgesamt Minderausgaben von rd. 17,7 Mio. Euro entstanden. Die Liquidität für die benötigten Reste wird aus dem Gesamthaushalt zur Verfügung gestellt.			
Im Bereich der BAP-Landesmittel (PGR 31.01.01) sind Minderausgaben in Höhe von rd. 2,8 Mio. Euro entstanden. Diese werden als Rest übertragen und sollen in den kommenden Jahren verausgabt werden.			
Im Bereich der Ausgleichsabgabe (PGR 31.02.01) sind Minderausgaben von rd. 0,2 Mio. Euro entstanden, die der Sonderrücklage "Ausgleichsabgabe" zugeführt werden.			
Im Bereich der Kriegsofferfürsorge (PGR 31.02.01) sind Minderausgaben von rd. 0,1 Mio. Euro entstanden die der Sonderrücklage "Kriegsofferfürsorge" zugeführt werden.			
Minderausgaben beim AVIB (PB 31.02) von rd. 0,1 Mio. Euro sind größtenteils dadurch entstanden, dass der für 2014 geplante Umzug erst 2015 stattfinden wird.			
Produktplanbezogener Finanzierungssaldo			
Der Finanzierungssaldo des PPL 31 wird eingehalten.			
Im Folgenden werden die prägenden Liquiditätsbedarfe und -deckungen dargelegt.			
Finanzierungssaldo Anschlag:			
19,9 Mio. Euro			
Veränderungen:			
-1,4 Mio. Euro umgesetzte Nachbewilligungen und Einsparungen			
+0,7 Mio. Euro von SF für Landesmindestlohn			
-2,0 Mio. Euro Resteinanspruchnahme EU-Mittel aus dem Gesamthaushalt und EU-Mehreinnahmen an den Gesamthaushalt			
-1,8 Mio. Euro produktplanübergreifende Verrechnungen			
Aktueller Finanzierungssaldo:			
15,4 Mio. Euro			
Das aktuelle Ist beläuft sich auf 13,2 Mio. Euro und liegt damit rd. 2,2 Mio. Euro unterhalb des Finanzierungssaldos.			

Produktplan: Arbeit	31	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 3
<p>Größtenteils begründet ist die Unterschreitung durch Minderausgaben im Bereich der BAP-Landesmittel (PB 31.01), für die in den nächsten Jahren Liquidität benötigt wird.</p> <p>Verlustvortrag Der Verlustvortrag hat sich in den Vorjahren aus nicht realisierten Einnahmen bei den EU-Einnahmen ergeben. Ein Ausgleich erfolgt im Rahmen der Programmlaufzeit. In diesem Jahr werden Mehreinnahmen von rd. 8,3 Mio. Euro die bestehenden Verlustvorträge reduzieren.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 41 Jugend und Soziales	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Kommentar:

Finanzdaten

Sozialleistungen

In 2014 wurden Mehreinnahmen in Höhe von rd. 12,2 Mio. € ggü. dem Anschlag erzielt. Verursacht im Wesentlichen durch die ausgabeabhängigen Bundesbeteiligungen im Produktbereich 41.05 sowie durch Erstattungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Die Sozialleistungsausgaben des Sozialressorts beliefen sich in 2014 auf 815,6 Mio. € und liegen damit um 46,3 Mio. € über dem Anschlag. Die Mehreinnahmen und Mehrausgaben entsprachen i.W. der Schätzung. Die Mehrbedarfe wurden durch das Lösungskonzept für die Haushaltsrisiken 2014 gedeckt.

Auch in 2015 wird in den Sitzungen der Staatsräte-AG Sozialleistungen über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Hilfearten der Sozialleistungen berichtet und ggf. Steuerungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Außerhalb von Sozialleistungen

Die konsumtiven Mehrausgaben ggü. dem Anschlag in Höhe von 6,4 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus dem Bereich der Kindertagesbetreuung (5,2 Mio. €). Im Zuge des Lösungskonzeptes wurden die Risiken abgedeckt.

Zum Jahresabschluss

Das **Budget** wurde über alle Einnahmen und Ausgaben gesehen um 0,5 Mio. € unterschritten.

Der **Finanzierungssaldo** wird unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (42,5 Mio. €) um rd. 0,6 Mio. € unterschritten

Im Jahresabschluss sind bei den konsumtiven Ausgaben Reste in Höhe von insgesamt 7.364,65 € aus zweckgebundenen Mitteln zu übertragen.

Im Bereich des refinanzierten Personals wurde aufgrund fehlender Zahlungseingänge in 2014 ein Fehlbetrag von insgesamt 198.693,11 Euro festgestellt. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 ist unter Berücksichtigung von 84.906,81 € (Minderausgaben) ein festgestellter Fehlbetrag von 113.445,91 € dem Verlustvortrag zuzuführen. Der Verlustvortrag ist in 2015 auszugleichen.

Das Fachressort hat in 2014 zur Steuerung seiner Ausgaben eine ressortinterne Haushaltssperre verhängt und diese mit Schreiben vom 11.12.2014 auch für das Haushaltsjahr 2015 übernommen.

Personaldaten

Der Produktplan schließt das Jahr mit Mehrausgaben im refinanzierten Bereich in Höhe

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.02.2015

von rd. 200 Tsd. € ab.

Die Personalzielzahlen im Kernbereich wurden um 15,5 VZE unterschritten, bei den temporären Personalmitteln (Eigenbeitrag Kontrakt) liegt eine Überschreitung von 11,2 VZE vor, insgesamt also eine leichte Unterschreitung in Höhe von 4,3 VZE. Der Eigenbeitrag aus dem Kontrakt zur Integration von Flüchtlingen ist erbracht worden.

Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2015 zu erwarten.

Leistungsdaten

Die Leistungen entwickelten sich weitgehend plangemäß. Insbesondere im Bereich „Asyl“ sind jedoch steigende Fall- und Personenzahlen zu verzeichnen.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Jugend und Soziales	41	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich: Sen. Stahmann		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	220.955	207.718	13.237	6,4	221.024	221.023	220.956	-67	207.718
investive Einnahmen	2.558	2.091	467	22,3	2.558	2.558	2.558	0	2.091
relevante Verrech./Erstatt.	582	0	582	0,0	582	583	583	0	0
Gesamteinnahmen	224.095	209.809	14.286	6,8	224.164	224.164	224.097	-67	209.809
Personalausgaben	60.463	60.266	197	0,3	60.267	60.267	60.463	196	58.751
konsumtive Ausgaben	1.008.614	955.915	52.699	5,5	1.009.368	1.009.369	1.008.613	-756	955.915
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	21.222	19.950	1.272	6,4	21.291	21.291	21.220	-71	19.950
relevante Verrech./Erstatt.	6.829	6.777	52	0,8	6.829	6.830	6.830	0	6.777
Gesamtausgaben	1.097.128	1.042.908	54.220	5,2	1.097.754	1.097.757	1.097.126	-631	1.041.394
Saldo	-873.033	-833.099	-39.934	4,8	-873.590	-873.593	-873.029	564	-831.584

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	104	3.581	386	0	0	0	3.719
- investiv	0	4.900	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	420	-420	43.053	43.054	-1	43.053	43.054	-1
Personalverstärkung	0	15	-15	526	526	0	526	526	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	435	-435	43.579	43.580	-1	43.579	43.580	-1
Refinanzierte	0	-358	358	16.012	15.812	200	16.012	15.812	200
Nebentitel	0	-143	143	872	874	-2	872	874	-2
Insgesamt	0	-66	66	60.463	60.266	197	60.463	60.266	197
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-66	66	604	604	0	604	604	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	751,6	767,1	-15,5	758,9	773,2	-14,3	758,9	773,2	-14,3
Personalverstärkung	11,2	0,0	11,2	8,6	0,0	8,6	8,6	0,0	8,6
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	762,8	767,1	-4,3	767,5	773,2	-5,7	767,5	773,2	-5,7
Refinanzierte	321,4	-	-	323,5	-	-	323,5	-	-
Abwesende	87,3	-	-	74,9	-	-	74,9	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	18,4	22,5	17,2
Beschäftigte über 55 Jahre	29,7	17,5	29,3
Frauenquote	68,7	50,0	67,3
Teilzeitquote	33,8	35,0	33,3
Schwerbehindertenquote	7,9	6,0	8,2

Produktplan: 41 Jugend und Soziales Verantwortlich: Sen. Stahmann	Controlling 01-13/2014 30.01.2015 Seite 1a
--	---

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Im Produktplan Jugend und Soziales werden die Hilfen und Leistungen für Menschen und Familien in den verschiedensten Lebenslagen in Bremen und Bremerhaven dargestellt.

Der Produktplan nimmt insgesamt gesehen seine sich aus i. W. verschiedenen Sozialgesetzbüchern, anderen Gesetzen und politischen Beschlusslagen ergebenden Versorgungsaufträge, wie z. B. Kindertagesbetreuung, Kindeswohlsicherung und Gewährung von Hilfen zur Existenzsicherung und bei besonderen Lebenslagen für viele betroffenen Menschen, wahr.

Dabei kommt u. a. den drei folgenden Punkten besondere Bedeutung zu:

Den sozialen Zusammenhalt stärken

Sachstand/Analyse/Bewertung

Der Senatsbericht „Lebenslagen im Land Bremen 2009“ zeigt, dass im Land Bremen im Städte- und Ländervergleich eine hohe Armutsrisikoquote zu verzeichnen ist. Der Senat hat auch daher die Förderung des sozialen Zusammenhalts zu einem vorrangigen Ziel erklärt. Die Maßnahmen im Produktplan 41 dienen diesem Ziel, indem sie

- in Form von Transferleistungen eine menschenwürdige Existenz absichern helfen,
- durch die Finanzierung von Einrichtungen, Diensten, Maßnahmen und Beratungsangeboten die soziale Sicherung, Versorgung, Integration und Teilhabe verbessern und
- durch präventive Maßnahmen sowie der Förderung von Selbsthilfe und Bürgerengagement den sozialen Zusammenhalt stärken.

Hinsichtlich der konkreten Entwicklung der Finanzdaten wird auf den Produktbereichscontrollingbericht und den Bericht Sozialleistungen verwiesen.

Sicherstellung eines nachfragegerechten Tagesbetreuungsangebotes

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Kindertagesbetreuung ist und bleibt ein Handlungsschwerpunkt des Senats. Das Ziel der Sicherstellung eines nachfragegerechten Angebots im Elementarbereich sowie des Ausbaus zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf Betreuung für Kinder unter 3 Jahren wurde in 2013 schrittweise erreicht und 2014 weiter entwickelt. Weitere Ausbauschritte werden jedoch ggf. durch die kontinuierlich steigende Nachfrageentwicklung danach notwendig sein.

Das Ressort berichtet kontinuierlich den Gremien zur Kindertagesbetreuung.

Stärkung von frühkindlichen Bildungsangeboten für alle Kinder

Sachstand/Analyse/Bewertung

Finanziert aus Mitteln, die vom Senat für die frühkindliche Bildung zur Verfügung gestellt wurden, wird ein entsprechendes Programm durchgeführt. Der Schwerpunkt liegt u. a. in der Sprachförderung von Kindern, bei denen ein entsprechender Sprachförderbedarf festgestellt wurde. Darüber hinaus werden modellhaft Projekte, Fortbildungsveranstaltungen und Fachveranstaltungen durchgeführt und Instrumente für die pädagogische Arbeit entwickelt (z. B. Handbuch zum Übergang Kita – Schule, individuelle Lern- und Entwicklungsdokumentation, Handbuch Sprachförderung u. a.). Die etablierten und erprobten Maßnahmen werden fortgeführt und weiter qualifiziert.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2014
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Jugend					
1.1 Tagesbetreuung für Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren	14.207	14.078	129	1%	14.078
1.2 Tagesbetreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren	6.225	6.168	57	1%	6.168
Soziales					
1.3 Fallzahl Stationäres Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	1.393	1.441	-48	-3%	1.441
1.4 Fallzahl Betreutes Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	453	384	69	18%	384
1.5 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Werkstätten (Land)	1.638	1.685	-47	-3%	1.685
1.6 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Tagesförderstätten (Land)	454	567	-113	-20%	567
2.1 Personen im Leistungsbezug nach dem AsylbLG (Stadt HB)	4.356	3.750	606	16%	3.750
3.1 Anzahl Personen mit stationären Pflegeleistungen (Land)	2.849	2.820	29	1%	2.820
3.2 Anzahl Personen mit ambulanten Pflegeleistungen (Land)	1.682	1.655	27	2%	1.655
3.3 Anzahl Personen mit Landespflegegeld (Land)	667	680	-13	-2%	680
4.1 Anzahl Personen mit Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt (Stadt Bremen)	12.878	12.926	-48	0%	12.926
4.2 Fälle mit Leistungen nach SGB II	39.861	38.924	937	2%	38.924
4.3 Durchschnittlich anerkannte Unterkunftskosten pro Monat und Leistungsempfänger in Euro (Stadt Bremen)	231	212	19	9%	212
5.1 Anzahl der Krankenhilfeberechtigten nach dem SGB XII (Land)	1.448	1.565	-117	-7%	1.565

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung/Anmerkung zu den Leistungskennzahlen

Jugend:

Dargestellt sind die nach dem Beginn des neuen Kindergartenjahres erhobenen Platzzahlen.

Soziales:

Im Berichtszeitraum sind im Bereich Soziales Zu- und Abnahmen meistens im Bereich der üblichen Schwankungsbreiten zu verzeichnen. Auf die Leistungsdaten insgesamt wirken verschiedene fachliche und demographische Entwicklungen. In manchen Fällen sind Brüche und Untererfassungen (in Teilbereichen) durch die Umstellung von Zählweisen (manuell/automatisiert) festzustellen. Bei den Leistungskennzahlen zum SGB II (Nrn. 4.2 und 4.3) werden aus technisch-inhaltlichen Gründen die Ist-Werte des Vorquartals angegeben. Die durchschnittlichen Unterkunftskosten (Nr. 4.3) sind durch überdurchschnittliche Werte im Januar verzerrt. Bei den Leistungskennzahlen zum AsylbLG ist aufgrund der hohen Zugangszahlen eine relevante Steigerung zu verzeichnen, die sich auch weiter fortsetzen wird. Es wird allgemein auf die Erläuterungen im SAP-Bericht zum Produktplan sowie ggf. zu den Produktbereichen sowie die Berichterstattung zu den Sozialleistungen verwiesen.

Produktplan: Jugend und Soziales	41	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Sen. Stahmann	Version: 92	Seite 2

3. Analyse/Bewertung

Sozialleistungen im PPL 41:

Einnahmen:

Im Betrachtungszeitraum liegen Mehreinnahmen ggü. dem Planwert von rd. 12,2 Mio. Euro gegenüber dem Planwert vor. Die Mehreinnahmen werden i. W. durch die ausgabeabhängigen Bundesbeteiligungen im Produktbereich 41.05 (rd. 8,1 Mio. Euro) und durch Erstattungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung (rd. 3,1 Mio. Euro) verursacht. Eingeschätzt wurden im Rahmen der Hochschätzung rd. 11,8 Mio. Euro. Die Einnahmeziele wurden somit erreicht und minimal überschritten. Die Mehreinnahmen wurden als Deckungsbeiträge für Mehrausgaben benötigt.

Ausgaben:

Im Betrachtungszeitraum liegen Mehrausgaben ggü. dem Planwert von rd. 46 ,3 Mio. Euro gegenüber dem Planwert vor. Die Vorjahreswerte und Planwerte wurden überschritten, wobei die aktuellen Mehrausgaben sich zu unterschiedlichen Anteilen auf grds. alle Produktgruppen verteilen. Die Ausgabenentwicklung stellt Bremen vor erhebliche Probleme: Sie gestaltet sich in vielen Bereichen deutlich dynamischer, als angenommen wurde. Es wurde gem. Hochschätzung mit Mehrausgaben ggü. den Anschlägen von rd. 46 ,6 Mio. Euro gerechnet. Ursächlich waren insbesondere die nachfolgenden Faktoren bzw. in vier Produktgruppen:

in Mio. Euro/Mehrbedarfe 2014:

Hilfen zur Erziehung/PGrpn. 41.03.01 und 04:	26,3
Sonstiger Jugendbereich/Pgrp. 41.01.06:	7,2
Produktgruppe "Asyl", 41.03.01:	12,4

Auch in den übrigen Leistungsbereichen/Produktgruppen wie der Eingliederungshilfe, Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II (i. W. Kosten der Unterkunft) und SGB XII (Grundsicherung im Alter), Hilfe zur Pflege sowie bei den Sozialpsychiatrischen Leistungen sowie die damit teilweise verbundene Kostenübernahme als überörtlicher Träger für die Stadtgemeinde Bremerhaven sind weitere, wenn auch vergleichsweise geringere Mehrausgaben aufgrund von Ausgaben- und Fallzahlsteigerungen etc. zu verzeichnen. Den Ausgabensteigerungen bei Hilfeleistungen nach SGB II und SGB XII stehen jedoch aufgrund der Bundesbeteiligung M ehreinnahmen gegenüber (33,5%-Bundesbeteiligung SGB II und 100%-ige Kostenübernahme bei der Grundsicherung im Alter).

Gesamtbetrachtung in Mio. Euro:

	Anschlag	Schätzung	IST
Einnahmen	186,8	198,7	199,0
Ausgaben	769,3	816,0	815,6

Die Hochschätzung wurde eingehalten bzw. minimal verbessert. Der im Rahmen der Schätzung bestehende Nettomehrbedarf von rd. 33,8 Mio. Euro wurde durch die Senatorin für Finanzen nach entsprechenden Beschlussfassungen nachbewilligt. Über die gesamten Budgets hinweg wurden wie in jedem Jahr im 13. Monat die Budgets ausgeglichen. Ggü. den bereinigten Budgets verbleibt ein positiver Saldo von 0,624 Mio. Euro, der im Jahresabschluss gestrichen wird bzw. zum rechnerischen Ausgleich herangezogen wird.

Außerhalb Sozialleistungen:

Konsumtiver Bereich:

Die Mehrausgaben im Betrachtungszeitraum ggü. dem Planwert von 6,4 Mio. Euro resultieren i.H.v. 5,2 Mio. Euro aus dem Produktbereich 41.01 für Zwecke der Kindertagesbetreuung. Wesentlicher Grund ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie abgedeckte Mehrbedarfe aufgrund von Tarifeffekten.

Investitionen (Einnahmen und Ausgaben):

Die Abweichungen resultieren aus den investiven Bedarfen im Bereich Flüchtlinge. Dazu erfolgt laufend eine separate Berichterstattung.

Im Zuge der investiven Liquiditätssteuerung wurden durch die Senatorin für Finanzen rd. 2,45 Mio. Euro an investiven Mittel im Bereich Flüchtlinge auf 2015 übertragen, da die Zweckbindung fort gilt - aber in 2014 kein Mittelabfluss mehr realisiert werden kann.

Verrechnungen und Erstattungen:

Die Abweichungen bei den Verrechnungen und Erstattungen beruhen auf zweckgebundenen Zahlungen i.W. des Baurechts (WIN, Soziale Stadt) u.ä., die nicht im Anschlag hinterlegt waren. Diese Abweichungen sind haushaltsneutral.

Produktplan: Jugend und Soziales	41	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Sen. Stahmann	Version: 92	Seite 3
<p>Personaldaten:</p> <p>Im Rahmen des Kontraktes zur Finanzierung der Ressort(mehr-)bedarfe anlässlich der Integration von Flüchtlingen war es erforderlich, zusätzlich zu der "normalen" Sparquote von 13,27 Vollzeiteinheiten (VZE) noch 13,2 VZE aus dem Budget zu finanzieren. Dies ist annähernd gelungen. Allerdings kam es zu einer Unterdeckung von rd. 0,2 Mio. Euro im Bereich des refinanzierten Personals, da in Rechnung gestellte Mittel nicht im Jahr 2014 vereinnahmt werden konnten. Das Ressort beabsichtigt, den Fehlbetrag im Rahmen der Jahresabrechnung 2014 auszugleichen.</p> <p>Jahresabschluss / 13. Monat:</p> <p>Als Mehrbedarfsträger können im Produktplan 41 keine Reste- und Rücklagen gebildet werden. Nach dem Ausgleich von Mindereinnahmen werden sämtliche verbleibenden Reste gestrichen. Eine Ausnahme bilden gem. § 19 LHO zweckgebundene Mittel i.H.v. rd. 0 ,007 Mio. Euro aus Spenden u.a., die zur Übertragung angemeldet worden sind.</p> <p>Formale Feststellungen:</p> <p>Der vorgegebene Finanzierungsaldo wird unter Einbeziehung aller Mehreinnahmen, sonstigen Veränderungen und zentralen Deckungen eingehalten. Er hat sich zum Ende des 13. Monat um rd. 0,6 Mio. Euro verbessert. Der Verlustvortrag aus Vorjahren im Bereich der Sozialleistungen kann 2014 nicht reduziert werden. Für den PPL 41 wurde 2014 eine interne Haushaltssperre erlassen.</p> <p>Gesamtbetrachtung:</p> <p>Die Haushaltsentwicklung seit der letzten Berichterstattung verlief i. W. wie erwartet. Im Zuge des Lösungskonzeptes des Senats wurden die Risiken der Sozialleistungen und der Kindertagesbetreuung abgedeckt und die Budgets insgesamt eingehalten.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 51 Gesundheit	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Kommentar:			
<p><u>Finanzdaten</u> Das Budget wurde eingehalten. Ausgabereste entstanden hauptsächlich im Landeshaushalt. Mindereinnahmen (Land) wurden durch Minderausgaben (Land) ausgeglichen. Verblieben sind im Landeshaushalt Ausgabenreste i.H.v. 423.321,57 € konsumtiv, 15.509,83 € Personal sowie 106.400,00 € investiv, die übertragen werden sollen. Rücklagefähige Personalausgaben i.H.v. 759.343,60 € (Land) sollen der allgemeinen Budgetrücklage zugeführt werden. Die Resteübertragung im Stadthaushalt ist deutlich geringer. Unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen wurde der Finanzierungssaldo um rd. 0,78 Mio. € unterschritten.</p> <p><u>Personaldaten</u> Bei Personalausgaben wurden Minderausgaben in Höhe von rd. 0,913 Mio. € erzielt. Diese Minderausgaben resultieren aus einer jahresdurchschnittlichen Unterschreitung der Zielzahlen um rd. 19,1 VZE im Kernbereich und den temporären Personalmitteln. Als Grund für diese Unterschreitung gibt das Ressort Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachpersonal an. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2015 zu erwarten.</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Die Planwerte wurden im Wesentlichen eingehalten. Im Bereich der Außendienstgeschäfte auf Baustellen führt die rege Bautätigkeit in Bremen zu einem Anstieg der Leistungsdaten. Zudem spiegelt die auffällige Steigerung bei der Untersuchung und Behandlung ausländischer Zuwanderer die weiterhin steigende Zuwanderung nach Bremen.</p>			
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Kein Handlungsbedarf.			

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Gesundheit	51	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Dr. Schulte-Sasse	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	12.464	12.228	236	1,9	12.584	12.584	12.465	-119	12.228
investive Einnahmen	3	0	3	0,0	0	0	3	3	0
relevante Verrech./Erstatt.	403	188	215	114,5	403	404	404	0	188
Gesamteinnahmen	12.870	12.416	454	3,7	12.987	12.988	12.872	-116	12.416
Personalausgaben	23.275	24.210	-935	-3,9	24.210	24.210	23.275	-935	24.352
konsumtive Ausgaben	14.367	13.719	648	4,7	14.805	14.807	14.368	-439	13.719
Zinsausgaben	157	157	0	0,2	157	157	157	0	157
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	36.784	36.869	-85	-0,2	36.932	36.933	36.785	-148	36.868
relevante Verrech./Erstatt.	15	17	-2	-11,8	21	20	15	-5	17
Gesamtausgaben	74.598	74.972	-374	-0,5	76.125	76.127	74.600	-1.527	75.114
Saldo	-61.729	-62.556	827	-1,3	-63.138	-63.139	-61.728	1.411	-62.698

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2014	2015	2016	2017	2018ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	50	50	0	0
- investiv	0	737	737	737	6.437
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	147	135	123	570

Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
Tsd. EUR	
831	0

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-165	165	16.592	16.971	-379	16.592	16.971	-379
Personalverstärkung	0	0	0	890	1.137	-247	890	1.137	-247
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	-165	165	17.482	18.108	-626	17.482	18.108	-626
Refinanzierte	0	104	-104	3.562	3.862	-300	3.562	3.862	-300
Nebentitel	0	-207	207	2.230	2.240	-10	2.230	2.240	-10
Insgesamt	0	-268	268	23.274	24.210	-936	23.274	24.210	-936
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-69	69	129	129	0	129	129	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	258,8	276,2	-17,4	260,7	278,4	-17,7	260,7	278,4	-17,7
Personalverstärkung	16,6	17,3	-0,7	15,9	17,3	-1,4	15,9	17,3	-1,4
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	275,4	293,5	-18,1	276,6	295,7	-19,1	276,6	295,7	-19,1
Refinanzierte	64,6	-	-	63,9	-	-	63,9	-	-
Abwesende	20,9	-	-	17,4	-	-	17,4	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	9,2	22,5	7,6
Beschäftigte über 55 Jahre	28,6	17,5	28,3
Frauenquote	65,7	50,0	64,9
Teilzeitquote	43,7	35,0	43,2
Schwerbehindertenquote	11,6	6,0	9,3

Produktplan: 51	Controlling 01-13/2014
Gesundheit	28.01.2015
Verantwortlich: Sen. Dr. Schulte-Sasse	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Krankenhausversorgung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur Sicherstellung der stationären Versorgung hat die Bremische Bürgerschaft im Jahr 2011 ein neues Krankenhausgesetz für das Land Bremen verabschiedet. Neben einer erhöhten Flexibilität für Krankenhäuser bei der Investitionsplanung stehen abgesicherte Patientenrechte und die Gewährleistung guter Qualität der Bremer Krankenhäuser durch verbindliche Regelungen im Vordergrund. Die über die Haushaltsbeschlüsse zur Verfügung gestellten Krankenhausfördermittel werden über Pauschalen für kurz-, mittel- und langfristige Anlagegüter sowie Mieten und Zins und Tilgung in voller Höhe ausbezahlt.

Gesundheitliches Kindeswohl

Sachstand/Analyse/Bewertung

Zur Verbesserung des Kindeswohls hat die Bremische Bürgerschaft 2011 ein verändertes Obduktionsrecht beschlossen, mit dem insbesondere zum Geschwisterwohl ungeklärte Todesursachen von Kindern unter 6 Jahren aufgeklärt werden sollen. Die verpflichtende Evaluation der Wirksamkeit des Gesetzes sollte bis Ende 2013 erfolgen. Sie konnte bisher jedoch wegen fehlender Anwendungsfälle nicht durchgeführt werden. Daher wurde die Pflicht zur Evaluation bis 31.12.2018 verlängert.

Psychiatrische Versorgung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Gegenwärtig werden Maßnahmen zur Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung in Bremen erörtert. Ziel ist es, zu einer weitergehenden Ambulantisierung der Hilfen und Leistungen beizutragen. In diesem Zusammenhang wird insbesondere zu erörtern sein, inwieweit im Bereich der krankenhausbefugten Psychiatrie die Behandlungsangebote entsprechend umzugestalten und dabei sowohl die Regionalbezüge neu zu bewerten sind als auch zu einer Stärkung der sozialpsychiatrischen ambulanten Leistungen sowie zu einer umsetzbaren Regelung zu den Begutachtungsaufgaben zu gelangen.

Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einführung einer risikoorientierten Kontroll- und Überwachungstätigkeit im Bereich des Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzes wurde weiter vorangetrieben.

Im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wird es eine Revision des einschlägigen Gemeinschaftsrechts geben. Neben dem risikoorientierten Kontrollansatz zeichnet sich eine Intensivierung interdisziplinärer Kontrollen ab. In Bezug auf die Gebührenregelungen wird es künftig möglicherweise keine EU-weite Regelung von Mindestgebühren geben, sondern lediglich eine Rahmenvorgabe für die Ermittlung kostendeckender Gebühren. Letzteres könnte negative Auswirkungen im Bereich der Einfuhrkontrollen in Bremen und Bremerhaven haben und zu einem deutlichen Einnahmerückgang führen. Die Beratungen auf EU-Ebene sind aber noch nicht abgeschlossen.

Bremen hat sich während seiner Vorsitzzeit im Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (2010-2012) für eine länderübergreifend einheitliche Überwachung und eine Vertiefung der Kooperation mit den Unfallversicherungsträgern im Sinne der Philosophie der deutschen Arbeitsschutzstrategie eingesetzt. Zudem hat Bremen maßgeblich zu entsprechenden Beschlüssen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz bezüglich der risikoorientierten Überwachungstätigkeit beigetragen. Die Ziele und Programmatik sind insbesondere im Rahmen der Fortschreibung und Umsetzung der GDA weiterzuentwickeln und zu operationalisieren. Dies erfolgt auf der Ebene von LASI/ASMK, gemeinsamer landesbezogener Stelle der norddeutschen Länder, über die fachliche Steuerung der Gewerbeaufsicht und im Rahmen des LAK gleichermaßen. Inhaltlich steht u.a. die zielgerichtete Allokation knapper werdender personeller Ressourcen für den Arbeitsschutz sowohl auf Bundesebene als auch in Bremen im Fokus, wie auch die weitere Standardisierung von Kernprozessen des Arbeitsschutzes.

Gesundheitswirtschaft

Sachstand/Analyse/Bewertung

Für die Jahre 2008 - 2013 ist der Förderschwerpunkt im Bereich Gesundheitswirtschaft mit dem Thema „Das Zuhause als Gesundheitsstandort“ festgelegt worden, um ein langes Leben zuhause zu befördern. Das Konzept verknüpft die Themen Wohnen und Gesundheit innovativ miteinander und geht über die engere Wohnthematik insofern hinaus, als es den Unternehmen der Gesundheitswirtschaft, HandwerkerInnen, SoftwaregestalterInnen, DesignerInnen für sogenannte „altersgerechte“ Produkte, Institutionen und Wissenschaft vielfältige Anknüpfungspunkte zur Entwicklung von Prozess- und Produktinnovationen bietet. Die Projekte wurden in 2014 abgewickelt bzw. konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Für den Bereich Gesundheitswirtschaft stehen für die nächste Förderphase keine weiteren EFRE Mittel zur Verfügung.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum 1-13				2014
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung		Planwert
			abs.	%	
Kontrollen i. d. amtlichen Lebensmittelüberwachung	6.994	8.000	-1.006	-12,6 %	8.000
Planbetten im Land Bremen gesamt	5.564	5.639	-75	-1,33 %	5.639

Eine unterjährige Ermittlung der Planbetten erfolgt nicht.

Produktplan: Gesundheit	51	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Dr. Schulte-Sasse	Version: 92	Seite 2

3. Analyse/Bewertung

Kamerale Finanzdaten:

Der PPL 51 schließt mit einem Überschuss von 1.411 T. Euro ab. Es handelt sich überwiegend um personelle Minderausgaben (s. hierzu Personaldaten) aufgrund der Nichtbesetzung von freigewordenen Planstellen.

Konsumtive Einnahmen:

Zum Jahresabschluss 2014 ergeben sich Mindereinnahmen von 116 T. Euro. Die Mindereinnahmen sind überwiegend beim LMTVet entstanden. Sie resultieren insbesondere aufgrund des weiterhin geringeren Sendungsaufkommen an den Grenzkontrollstellen. Durch die Minderausgaben konnten die Mindereinnahmen ausgeglichen werden.

Konsumtive Ausgaben:

Zum Jahresabschluss sind konsumtive Minderausgaben in Höhe von 439 T. Euro entstanden.

Personaldaten:

Der Produktplan Gesundheit wurde mit Personalminderausgaben in Höhe von rd. 935 Tsd. Euro positiv abgeschlossen. Die Minderausgaben resultieren im Wesentlichen aus der jahresdurchschnittlichen Unterschreitung der Beschäftigungszielzahlen von rd. 17,7 VZE im Kernbereich sowie weiteren 1,4 VZE im Bereich der temporären Personalmittel.

Diese Minderausgaben ergeben sich u. a. durch Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachpersonal, die es zurzeit insbesondere bei Arzt- und Apothekerstellen gibt. Diese Stellen wurden zum Teil mehrfach ausgeschrieben, in nicht wenigen Fällen stehen die Besetzungen noch aus.

Investitionen:

Im Ergebnis sind 148 T. Euro an Minderausgaben entstanden. Die Minderausgaben sind in unterschiedlicher Höhe in der senatorischen Behörde und den Ämtern entstanden.

Einhaltung des Finanzierungssaldos:

Der aktuelle Finanzierungssaldo beläuft sich auf -62.117 Tsd. Euro. Der bereinigte Finanzierungssaldo (incl. Budgetveränderungen von insg. -29 Tsd. Euro) in Höhe von -62.897 Tsd. Euro wird somit um 780 Tsd. Euro unterschritten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 68 Umwelt, Bau und Verkehr	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Kommentar:

Finanzdaten

Das Ressort schließt den Haushalt unter Berücksichtigung der aus 2013 übertragenen Ausgabereste im Saldo mit einem positiven Ergebnis von rd. 19,2 Mio. € ab. Bestimmt wird dieses Ergebnis maßgeblich durch die konsumtiven Mindereinnahmen von rd. 2,6 Mio. € (insbesondere aus Werberechten), konsumtiven Minderausgaben von rd. 12,7 Mio. € sowie Minderausgaben bei den Investitionen von rd. 8,8 Mio. €.

In Höhe der festgestellten Minderausgaben beantragt das Ressort die Übertragung von Ausgaberesten auf das Haushaltsjahr 2015.

Dagegen betragen die Resteübertragungen von 2013 nach 2014 bei den konsumtiven Ausgaben rd. 9,4 Mio. € und bei den Investitionen rd. 7,6 Mio. €.

Auf Grund von festgestellten Mindereinnahmen in Höhe von 0,05 Mio. € bei EFRE-Mitteln soll der entsprechende Verlustvortrag in diesem Maße erhöht werden.

Unter Berücksichtigung eines Verlustvortrages in Höhe der saldierten verbleibenden Mindereinnahmen aus den Werberechten (rd. 2,5 Mio. €) bei entsprechendem Liquiditätsausgleich durch den Gesamthaushalt sieht das Ressort eine Zuführung an die allgemeine Budgetrücklage von insgesamt rd. 0,3 Mio. € vor.

Der Finanzierungssaldo wird um rd. 4,4 Mio. € überschritten.

Personaldaten

Der Produktplan hat das Jahr 2014 mit Minderausgaben in Höhe von rd. 270 Tsd. € und einer jahresdurchschnittlichen Unterschreitung der Beschäftigungszielzahlen um rd. 10,9 VZE abgeschlossen.

Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2015 zu erwarten.

Leistungsdaten

Die Leistungsdaten werden überwiegend eingehalten oder überschritten.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

Produktplan: Umwelt, Bau und Verkehr	68	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich: Senator Dr. Lohse		Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	39.061	38.642	419	1,1	41.632	41.633	39.061	-2.572	38.642
investive Einnahmen	39.857	35.065	4.792	13,7	39.857	39.856	39.856	0	35.065
relevante Verrech./Erstatt.	11.585	3.068	8.517	277,6	11.585	11.585	11.585	0	3.068
Gesamteinnahmen	90.502	76.775	13.727	17,9	93.073	93.074	90.502	-2.572	76.775
Personalausgaben	49.786	50.064	-278	-0,6	50.063	50.062	49.786	-276	47.436
konsumtive Ausgaben	108.357	108.402	-45	-0,0	121.078	121.080	108.358	-12.722	150.783
Zinsausgaben	577	2.374	-1.797	-75,7	577	577	577	0	2.374
Tilgungsausgaben	8.999	4.925	4.074	82,7	8.999	8.999	8.999	0	4.925
investive Ausgaben	97.806	79.770	18.036	22,6	106.587	106.587	97.806	-8.781	91.502
relevante Verrech./Erstatt.	56.507	54.114	2.393	4,4	56.520	56.519	56.506	-13	0
Gesamtausgaben	322.032	299.649	22.383	7,5	343.824	343.824	322.032	-21.792	297.020
Saldo	-231.531	-222.874	-8.657	3,9	-250.751	-250.750	-231.530	19.220	-220.245

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	32.151	10.402	8.293	7.487	98.469	2.090	7.699
- investiv	36.251	50.327	50.588	30.054	116.764		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	155	-155	43.502	43.527	-25	43.502	43.527	-25
Personalverstärkung	0	0	0	28	29	-1	28	29	-1
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	155	-155	43.530	43.556	-26	43.530	43.556	-26
Refinanzierte	-435	-357	-78	5.546	5.715	-169	5.546	5.715	-169
Nebentitel	0	-161	161	711	793	-82	711	793	-82
Insgesamt	-435	-363	-72	49.787	50.064	-277	49.787	50.064	-277
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-161	161	572	572	0	572	572	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	686,4	704,2	-17,8	699,9	710,8	-10,9	699,9	710,8	-10,9
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	686,4	704,2	-17,8	699,9	710,8	-10,9	699,9	710,8	-10,9
Refinanzierte	105,2	-	-	109,0	-	-	109,0	-	-
Abwesende	36,6	-	-	36,3	-	-	36,3	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,1	22,5	6,6
Beschäftigte über 55 Jahre	29,6	17,5	29,4
Frauenquote	45,7	50,0	45,2
Teilzeitquote	26,4	35,0	25,0
Schwerbehindertenquote	10,3	6,0	10,7

Produktplan: 68	Controlling 01-13/2014
Umwelt, Bau und Verkehr	31.12.2014
Verantwortlich: Senator Dr. Lohse	Seite 3

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

Leistungskennzahlen					
Kennzahlen	Berichtszeitraum				2014
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Anzahl beförderter Personen im VBN (Stk.)	139.000.000	140.000.000	-1.000.000	-0,7	140.000.000
Zu bearbeitende WiN-Anträge bewilligtes Volumen (€)	1.567.230	1.750.000	-182.770	-10,4	1.750.000
CO2-Reduktion durch energiepolitische Breitenförderungsprogramme (To)	78.200	100.000	-21.800	-21,8	100.000
Hochwasserschutz	55,00	55,00	0,00	0,0	55,00
Empfänger von Wohngeld (MZ+LZ)	8.174	7.300	874	12,0	7.300

Produktplan: Umwelt, Bau und Verkehr	68	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Dr. Lohse	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Dem Produktplan sind folgende Produktgruppen zugeordnet: 68.01.01 (ÖPNV / Konsumtive Finanzhilfen); 68.01.02 (Öffentliche Verkehrswege / Finanzhilfen) 68.02.05 (Stadtentwicklung/ -planung, Bauordnung); 68.02.06 (Städtebau / Stadtumbau / Wohnungswesen); 68.02.07 (Bauamt Bremen-Nord); 68.02.08 (Landesamt für GeoInformation) 68.03.01 (Umweltwirtschaft/ Energie/ Ressourcen); 68.03.03 (Natur / Wasser); 68.03.04 (Abwasserabgabe, Wasserentnahmegebühr) 68.90.01 (Senatorische Angelegenheiten)			
Konsumtive Einnahmen: Diese weisen im Jahresergebnis eine Abweichung von rd. EUR -2,6 Mio. zum Haushaltssoll auf, was im Wesentlichen auf Mindereinnahmen in PG 68.90.01 bei den Werberechtskonzessionen zurückzuführen ist. Diese Einnahmen konnten aufgrund eines offenen Rechtsstreits nicht gegen die Telekom durchgesetzt werden.			
Investive Einnahmen: Hier wird eine Mehreinnahme von rd. EUR 4,8 Mio. zum Anschlag ausgewiesen. Diese entsteht im Wesentlichen in PG 68.01.02. Hier kommt es zu einem höheren Anteil investiver Einnahmen vom Bund (rd. EUR 4,2 Mio.) für den SPNV-Betrieb der Bahnlinien (§10 BremÖPNVG).			
Relevante Verrechnungen/Erstattungen: Die Überschreitung des Anschlags i.H.v. rd. EUR 8,5 Mio. entsteht im Wesentlichen in PG 68.01.02 für nicht veranschlagte Verrechnungseinnahmen für die Baukosten Cherbourger Str. i.H.v. rd. EUR 8,3 Mio.			
Personalausgaben: Der Planwert sowie das Haushaltssoll der Personalausgaben werden um rd. EUR -0,3 Mio. unterschritten. Das liegt im Wesentlichen an Minderausgaben diverser zugeordneter PG aufgrund noch andauernder Stellenbesetzungsverfahren.			
Konsumtive Ausgaben: Diese weisen im Jahresergebnis eine Abweichung von rd. EUR -12,8 Mio. zum Haushaltssoll auf, was auf Minderausgaben in allen PG zurückzuführen ist. Insbesondere sind das PG 68.02.06 (Minderausgaben/Resten im Bereich Wohngeld (rd. EUR -5,6 Mio.), Soziale Stadt (rd. EUR -1,1 Mio.), PG 68.01.01 (Einsparungen für Fahrgeldausfälle nach § 148 SGB IX (rd. EUR -1,2 Mio.), Drittmittelaquisition (rd. EUR -0,8 Mio.) sowie Minderausgaben für das Projekt Viking (rd. EUR -0,5 Mio.)).			
Zinsausgaben: Die Zinsausgaben weisen eine Minderausgabe von rd. EUR -1,8 Mio. zum Anschlag aus. Diese resultieren aus geringeren Zinsausgaben an den Bund (rd. EUR -0,9 Mio.) aufgrund von erhöhten Sondertilgungen für Wohnraumförderdarlehen sowie Einsparungen i.H.v. rd. EUR -0,9 Mio in PG 68.02.06 .			
Tilgungsausgaben: Hier wird eine Mehrausgabe von rd. EUR 4,1 Mio. zum Anschlag ausgewiesen. Durch erhöhte Sondertilgungen für Wohnraumförderdarlehen in PG 68.02.06 sind erhöhte Tilgungsleistungen an den Bund abzuführen.			
Investive Ausgaben: Hier werden Mehrausgaben von rd. EUR 18,0 Mio. gegenüber dem Planwert ausgewiesen. Diese resultieren im Wesentlichen aus PG 68.01.02: - rd. EUR 9,3 Mio. Abweichung bei der Zuweisung zum Sondervermögen Infra/ASV, bedingt durch Zuweisungen im Rahmen der bremischen Liquiditätssteuerung -rd. EUR 8,3 Mio. Bau- u. Planungskosten Cherbourger Str. - rd. EUR 4,7 Mio. investiver Mehrausgaben für SPNV-Leistungen;_Zum Jahresende werden Minderausgaben von rd. EUR - 8,8 Mio. zum Haushaltssoll ausgewiesen. Diese resultieren im Wesentlichen aus in PG 68.01.02 durch Minderausgaben von rd. EUR -3,5 Mio. bei Kosten der A281 sowie Bau- und Planungskosten für die Cherbourger Str. i.H.v. rd. EUR -0,7 Mio, in PG 68.02.06 durch Minderausgaben im Bereich Städtebauförderung i.H.v. rd. EUR -1,9 Mio., WiN-Mitteln (rd. EUR - 0,7 Mio.) sowie in PG 68.03.03 durch nicht abgeflossenen Mittel im EFRE-Programm "Lebensader Weser" i.H.v. rd. EUR -1,3 Mio.			
Fazit: Der Saldo des aktuellen Ist beträgt rd. EUR -231,5 Mio. und überschreitet damit um rd. EUR 8,7 Mio. den Planwert von rd. EUR -222,9 Mio. Die Gesamteinnahmen liegen im Ist bei rd. EUR 90,5 Mio. und somit um rd. EUR 13,7 Mio. besser als der Planwert von rd. EUR 76,8 Mio. Die Gesamtausgaben liegen im Ist bei rd. EUR 322,0 Mio. und überschreiten somit um rd. EUR 22,4 Mio. den Planwert von rd. EUR 299,6 Mio. Die Zahlung im Rahmen der Liquiditätssteuerung 2014 ist in den Zahlen enthalten. Im Haushaltssoll betrug die Abweichung vom Saldo rd. EUR 19,2 Mio. und damit rd. EUR 3,0 Mio. über dem Vorjahr. Bei der so ermittelten Differenz handelt es sich im Wesentlichen um zweckgebundene Mittel.			
Finanzierungssaldo:			

Produktplan: Umwelt, Bau und Verkehr	68	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Dr. Lohse	Version: 92	Seite 3
<p>Der Finanzierungssaldo (Anschlag) wird um rd. EUR 4,4 Mio. überschritten. Dies ist unter Berücksichtigung der gesamtbremischen Werte mit der Senatorin für Finanzen abgestimmt.</p> <p>Im Rahmen der gesamtbremischen Steuerung des Finanzierungssaldos wurden seitens SUBV rd. EUR 13,1 Mio. Zahlungen aus dem Haushalt geleistet. Eine separate Aufstellung über die betroffenen Projekte wird der Deputation vorgelegt.</p> <p>Im Rahmen der bremischen Liquiditätssteuerung 2014 wurden von SUBV insgesamt EUR 13,1 Mio. aus PG 68.01.02 (Zuweisung an SV Infra) gezahlt. Im PPl 68 werden jedoch zwischen Plan- und Istwert lediglich rd. EUR 9,3 Mio. als Mehrausgabe ausgewiesen. Ohne die Zahlung zur Liquiditätssteuerung wäre diese Finanzposition mit einer Minderausgabe i.H.v. rd. EUR - 3,8 Mio. abgeschlossen worden.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 71 Wirtschaft	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Kommentar:		
<p><u>Finanzdaten</u> Das Budget wurde insgesamt eingehalten. Die dem Ressort zuzurechnenden EU-Mindereinnahmen wurden allerdings föko-verschlechternd unter Gegenrechnung der bestehenden Sonderrücklage im Haushaltsabschluss ausgeglichen. Die nicht dem Ressort zuzurechnenden EU-Mindereinnahmen wurden durch die betroffenen Ressorts (Wissenschaft und Bau) in deren Haushaltsabschlüssen berücksichtigt. Nach den o.g. Bereinigungen verbleiben rd. 0,6 Mio. € zu übertragende Haushaltsreste (Land und Stadt) sowie eine Zuführung in die allgemeine Budgetrücklage von rd. 0,021 Mio. € Investive Rücklagenzuführung erfolgt in ungefähr gleicher Höhe wie im Vorjahr in Höhe von rd. 13,2 Mio. €</p> <p><u>Personaldaten</u> Bei den Personalausgaben und den Personalzielzahlen wurden nach internem Ausgleich im Senatorenbudget die Sollwerte jeweils leicht unterschritten. In Anbetracht der derzeit vorliegenden Planungen des Produktplans für 2015 ist eine Einhaltung der Kontraktzielzahlen fraglich. Daher ist weiterhin ein konsequentes personalwirtschaftliches Handeln erforderlich. Zudem sollten bei sich abzeichnenden Problemen im Haushaltsvollzug 2015 bereits frühzeitig am Jahresanfang entsprechende interne Ausgleiche erfolgen.</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Insgesamt konnten die Planwerte z.T. deutlich übererfüllt werden aufgrund deutlich erhöhter Vermarktung von Gewerbestandteilen</p>		
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:		
Das Ressort muss weiterhin konsequent die per Kontrakt beschlossenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen umsetzen.		

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Wirtschaft	71	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	2.191	2.218	-27	-1,2	3.067	3.063	2.191	-872	2.218
investive Einnahmen	6.464	19.352	-12.888	-66,6	18.460	17.962	6.464	-11.498	19.352
relevante Verrech./Erstatt.	246	0	246	0,0	246	246	246	0	0
Gesamteinnahmen	8.901	21.570	-12.669	-58,7	21.772	21.271	8.901	-12.370	21.569
Personalausgaben	7.112	7.166	-54	-0,8	7.166	7.167	7.112	-55	6.205
konsumtive Ausgaben	33.194	28.638	4.556	15,9	33.736	33.732	33.194	-538	28.637
Zinsausgaben	644	1.315	-672	-51,1	1.315	644	644	0	1.315
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	77.579	76.179	1.400	1,8	91.241	90.744	77.579	-13.165	76.179
relevante Verrech./Erstatt.	399	0	399	0,0	399	399	399	0	0
Gesamtausgaben	118.928	113.298	5.630	5,0	133.857	132.686	118.928	-13.758	112.336
Saldo	-110.027	-91.728	-18.299	20,0	-112.085	-111.415	-110.027	1.388	-90.766

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	17.886	7.061	5.477	5.113	1.045	590	12.246
- investiv	55.042	37.433	25.141	22.776	35.296		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	705	556	423	404		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-78	78	5.989	5.989	0	5.989	5.989	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	-78	78	5.989	5.989	0	5.989	5.989	0
Refinanzierte	0	0	0	981	1.036	-55	981	1.036	-55
Nebentitel	0	75	-75	141	141	0	141	141	0
Insgesamt	0	-3	3	7.111	7.166	-55	7.111	7.166	-55
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	94	-94	138	138	0	138	138	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	90,7	91,9	-1,2	93,3	92,9	0,4	93,3	92,9	0,4
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	90,7	91,9	-1,2	93,3	92,9	0,4	93,3	92,9	0,4
Refinanzierte	16,5	-	-	15,7	-	-	15,7	-	-
Abwesende	6,7	-	-	6,7	-	-	6,7	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	3,7	22,5	2,9
Beschäftigte über 55 Jahre	25,4	17,5	27,9
Frauenquote	56,0	50,0	55,7
Teilzeitquote	31,3	35,0	29,3
Schwerbehindertenquote	4,6	6,0	5,8

Produktplan: 71 Wirtschaft	Controlling 01-12/2014
Verantwortlich: Senator Günthner	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Innovationsförderung in wachstumsorientierten Zukunftsfeldern (Forschung und Entwicklung; Wissens- u. Technologietransfer; Clusterpolitik) wie Luft- u. Raumfahrt, maritime Wirtschaft, Logistik u. Energiewirtschaft

Sachstand/Analyse/Bewertung

Der strategische Rahmen für die Innovationspolitik des Landes bilden die beschlossenen Programme „Innovationsprogramm 2020“ und „Clusterstrategie 2020“. Für die operative Umsetzung der Instrumente und Maßnahmen von der einzelbetrieblichen Förderung bis zu Infrastrukturmaßnahmen und Netzwerkarbeiten wurden den Gesellschaften WFB und BIS entsprechend Mittel zur Verfügung gestellt.

Das Land Bremen wird sich schwerpunktmäßig auf die Clusterentwicklung Luft- und Raumfahrt, Windenergie und Maritime Wirtschaft / Logistik fokussieren. Die Umsetzung erfolgt Ressort- und Politiken übergreifend und berührt damit auch Programmteile anderer Ressorts.

Die Luft- und Raumfahrt gilt für Bremen als industrieller Schlüsselsektor und ist dem zufolge im "Masterplan Industrie Bremen" als Leitbranche klassifiziert. Auf dieser Basis wurde die landesseitige Unterstützung dieses Wirtschaftsbereichs hinsichtlich seiner Produkt- und Prozessinnovationen zur Steigerung der standortbezogenen Wettbewerbsfähigkeit auch in 2014 seitens des Wirtschaftsressorts mit hoher Intensität fortgeführt. So wurde im Oktober 2014 der Bau des geplanten Forschungs- und Technologiezentrums EcoMaT (Center for Eco-efficient Materials & Technologies) beschlossen. Die Fertigstellung soll bis Ende 2017 erfolgen.

Des Weiteren hat sich SWAH zur substantziellen Unterstützung der Interessen der bremischen Raumfahrt-Akteure im Vorfeld der ESA-Ministerratskonferenz 2014 erneut an der Erarbeitung eines gemeinsamen Positionspapers der Raumfahrt-Länder Bremen, Bayern und Baden-Württemberg maßgeblich beteiligt.

Im Bereich der maritimen Wirtschaft wurden u.a. die Aktivitäten des Kompetenznetzwerks Maritime Sicherheit – MARISSA erfolgreich fortgeführt und seine bundesweite Positionierung durch die Einbindung in die Ausgestaltung und Fortschreibung des Nationalen Masterplans Maritime Technologien (NMMT) gestärkt. In diesem Zusammenhang hat die in Bremen in 2013 eingerichtete DLR-Forschungsstelle für Maritime Sicherheit einen hohen Stellenwert, die insbesondere darauf ausgerichtet ist, auf regionaler Ebene die Generierung neuer Satelliten gestützter Produkte und Dienstleistungen vornehmlich in den Bereichen maritime Sicherheit und Umwelt weiter voranzutreiben. Verstärkt wurden die maritimen Zulieferer im Bereich Spezialschiffbau, Meerestechnik und Tiefseetechnologien in der Clusterentwicklung adressiert.

Die Windenergiebranche wird im engen Schulterschluss mit den offshore-unterstützenden Maßnahmen in BHV weiter vorangetrieben. Dabei liegt in der Stadt Bremen ein besonderes Augenmerk auf dem Ausbau der Onshore Industrie mit dem Repowering sowie der Ansiedelung von Dienstleistern.

Im März 2015 wird das Branchenforum „Offshore-Windenergie“ im Rahmen der 9. Nationalen Maritimen Konferenz in Bremerhaven stattfinden.

Diversifizierung der Unternehmens- u. Branchenstruktur, Festigung des industriellen Bestandes, Stärkung des Dienstleistungsbereichs

Sachstand/Analyse/Bewertung

In 2014 wurde der länderübergreifende Austausch zur Industriepolitik mit dem Schwerpunkt „Industrie 4.0“ fortgesetzt.

Die im Zuge des "Masterplans Industrie Bremen"(2010) thematisierten Aktivitätsfelder "Profilierung Bremens als Industriestandort" sowie "Sicherung und Stärkung der industriellen Kerne" sind fortgeführt worden. Im Rahmen des Aufbaus des C-Klasse-Kompetenzzentrums bei Daimler werden Aktivitäten zur Stärkung der Zulieferindustrie durch SWAH begleitet. Im Sommer 2014 starteten die gemeinsamen Planungen von der WFB, IHK und Daimler ein Zulieferertag Anfang 2015 in Bremen zu organisieren.

In 2014 wurden ein Teil der Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremerhaven durch das Ressort abgeschlossen u.a. der Verkauf der Beteiligungen der WFB an der neuausgerichteten Lloyd Werft an die BLG Logistics Group AG & Co. KG und die Veräußerung des im Eigentum der WFB befindlichen und vermieteten Schwimmdocks (Dock IV). Ein für die Werft und den Standort Bremen wichtiges großes Projekt und dessen finanzielle Sicherstellung wurden in 2014 auch mit der Unterstützung von SWAH erfolgreich abgeschlossen. Das Vorhaben der Lloyd Werft, ein größeres Dock anzuschaffen, wird weiterhin durch SWAH begleitet.

Im Herbst 2014 wurde die Abstimmung zur ersten Fortschreibung des Masterplans Industrie Bremen abgeschlossen.

Darüber hinaus trugen die vielfältigen landesseitigen Maßnahmen in den Politikfeldern Gewerbeflächen, Technologie, Qualifikation, Umwelt / Energie etc. zur Sicherung und Stärkung der bremischen Industrie maßgeblich bei.

Stabilisierung und Weiterentwicklung der Innenstädte und Stadtteilzentren sowie Stärkung des Tourismus in Bremen und Bremerhaven

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Innenstädte von Bremen und Bremerhaven befinden sich im Wettbewerb mit den Städten sowie den Einkaufszentren im Einzugsgebiet (für Bremen knapp 60 km mit rd. 1,7 Mio. Einwohnern). Daher gilt es, Kaufkraft in die Städte zu ziehen, wobei die Innenstädte eine herausragende Rolle spielen.

Das Marktforschungsinstitut IPSOS CT aus Hamburg hat im Auftrag von Weser Kurier, Handelskammer Bremen, Unternehmensverband Einzelhandel Nordwest e.V., FHB und WFB insgesamt 1602 Personen im Wirtschaftsraum Bremen telefonisch befragt. Der Wirtschaftsraum Bremen wurde gebildet durch die Stadt Bremen, Hannover, Oldenburg, Delmenhorst und Hamburg sowie die Landkreise Wesermarsch, Osterholz, Rotenburg, Verden, Oldenburg und Diepholz).

Die Bremer Innenstadt ist danach das Shoppingziel Nummer 1, sowohl bei den Bremern als auch den Kunden aus dem Umland. Von den 993.000 Personen im Wirtschaftsraum Bremen haben innerhalb der letzten drei Monate 610.000 die Innenstadt besucht. 234.000 davon stammen aus dem Umland. Mit einer Gesamtbesucherzahl von 367.000 folgen der Weserpark und die Waterfront mit 346.000 erst in großem Abstand. Die Bremer City und die Waterfront weisen dabei jeweils ein Besucherverhältnis (aus dem Stadtgebiet/aus dem Umland) von 2:1 auf. Im Gegensatz dazu ist Dodenhof sehr stark auf das auswärtige Publikum angewiesen. Von den 257.000 Besuchern stammen dort nur 91.000 aus dem Bremer Stadtgebiet. Im Städtewettbewerb wird die hohe Attraktivität von Hamburg belegt durch rund 14 % der Bremer, die angaben, in den letzten drei Monaten auch in Hamburg gewesen zu sein. Bemerkenswert ist weiterhin, dass mit 74.000 mehr Bremer in Hamburg einkaufen als in Oldenburg (57.000) obwohl der Anfahrtsweg nach Hamburg deutlich länger ist. Für beide Ziele kann keine direkte Konkurrenz zur Bremer Innenstadt bestätigt werden. Mit 448.350 Stammkunden (Personen, welche die Einkaufsstätte mindestens einmal im Monat zum Einkaufen besuchen) ist die Bremer Innenstadt ebenfalls Nummer 1. Es folgen Waterfront und Weserpark auf den Plätzen zwei und drei, doch selbst zusammengerechnet erreichen sie weniger Stammkunden als die Bremer City allein. Auffällig ist, dass von den 121.000 Befragten, die Hamburg in den letzten 3 Monaten besucht haben, 18,3% dies taten, um in einer anderen Umgebung einzukaufen. Dieser Aspekt liegt dabei noch vor dem gezielten Wunsch zu bummeln/shoppen (16,2%). Der Einkauf dort hat weniger etwas damit zu tun, dass das Angebot an Einzelhändlern oder Marken in Bremen zu gering ist. Vielmehr hat der Einkauf dort Ausflugs beziehungsweise Eventcharakter. Hier hat die Bremer City weiterhin Nachholbedarf. Positiv hervorzuheben ist die hohe Verweildauer der Innenstadtbesucher, diese liegt mit 173 min. knapp vor Dodenhof. Bezogen auf das mittlere persönliche Einkommen liegt Dodenhof deutlich vor den übrigen Einkaufsorten. Auch hier zeigt sich ein Defizit in der Bremer Innenstadt, das im Rahmen der Realisierung des Vorhabens Ansgaritor zu beheben ist.

In Bremen ist Vegesack das zweitwichtigste Zentrum ebenfalls mit Kaufkraftzuflüssen aus der Region. Hier betreibt Vegesack Marketing unter Einbezug der Akteure vor Ort ein integriertes Marketing. Vegesack bietet zugleich mit der Maritimen Meile, den Veranstaltungen und Events und den Schiffsverbindungen Potentiale für Freizeit und Naherholung. Die Vermarktung ist in Kooperation zwischen WIR und WFB professionalisiert und auf die erreichbaren Zielgruppen zugeschnitten worden.

In den Stadtteilzentren zielen die Marketingaktivitäten in erster Linie auf die Bewohner im Stadtteil und dienen dazu, Identifikation zu stiften und Kaufkraft zu halten. Gröpelingen Marketing e.V. hat in 2014 wieder Veranstaltungen gemeinsam mit Kultur Vor Ort e.V. umgesetzt. Erfolgreich verlaufen ist ein Testlauf für einen saisonalen Fährverkehr (Mai bis September) mit dem Schiff „Pusdorp“. Der Betrieb erfolgte jeweils sonntags und an Feiertagen und verlief mit insgesamt ca. 12.000 Fahrgästen außerordentlich erfolgreich. Angeboten wurde eine wesenstige Verbindung Innenstadt – Überseestadt – Woltmershausen – Gröpelingen und zurück. Die beiden Organisationen bringen sich intensiv in den Entwicklungsprozess „Bremer Westen“ ein.

Die vier jahreszeitbezogenen Hauptevents von Neustadt Marketing e.V. ((Neustadt bewegt Dich -Frühjahr-, Summer Sounds -Sommer-, Piepe-Leuchten -Herbst- und Adventskalender -Winter-), werden gut angenommen und weiterhin intensiv von der örtlichen Wirtschaft unterstützt. Für das kommende Jahr sollen Möglichkeiten der Einrichtung von BIDs in der Neustadt geprüft werden.

Mit Stichtag 01.01.2013 konnte im Stadtteil Hemelingen eine neue, arbeitsfähige Trägerstruktur erreicht werden („Stadtteilmarketing Hemelingen e.V.“). Die Stadtteilmanagerin ist seit Anfang 2014 im Verein tätig und zeigt überdurchschnittliches Engagement. Der Verein wird erfolgreich Veranstaltungen wie die Gewerbeschau etc. weiterführen. Aktuell sind 87 Mitglieder aus allen fünf Ortsteilen dabei. Das Handlungskonzept für das Stadtteilmarketing Hemelingen ist im November 2013 fertiggestellt worden und wird erstmals in 2014 umgesetzt und 2015 fortgesetzt.

Ein integriertes Marketing für Bremen-Besucher aus Nordwestdeutschland wird insbesondere von der CityInitiative Bremen Werbung e.V. und dem Standortmarketing der WFB betrieben. Zentrale Projekte waren in Kooperation mit den Einzelhändlern der Innenstadt die City-Kampagne, die Wissenswelten (19 wissensvermittelnde Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven).

Das Marketing für den Wissenschaftsstandort wurde fortgesetzt: Die in 2012 mit dem Preis des Stifterverbandes der deutschen Wissenschaft prämierten „Science Clips“ hat die WFB in Zusammenarbeit mit dem Klub Dialog e.V. und dem Verein Haus der Wissenschaft fortgeführt mit dem Ziel, internetfähige Videos zum Land Bremen

erstellen zu lassen, in denen wissenschaftliche Fragestellungen fachlich, fundiert, kreativ und unterhaltsam bearbeitet und dargestellt werden. Gemeinsam mit einer Tochtergesellschaft des Zeit-Verlages hat die WFB das Magazin „H 2 B-studieren, forschen, leben in Bremen und Bremerhaven“ erneut an den Markt gebracht. Mit dieser Beilage wird für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) im Land Bremen geworben.

Der Tourismus hat sich im Bundesland Bremen weiter zu einem wichtigen Wirtschaftszweig entwickelt und wies mit rd 2,0 Mio. Übernachtungen im 2014 weiterhin ein stetiges Wachstum auf. Zusätzlich kamen rund 45 Mio. Tagesbesucher nach Bremen und Bremerhaven. Oberstes Ziel bleibt es, in den kommenden Jahren die Zahl der Ankünfte, der Übernachtungen und der Tagesbesucher weiter zu steigern (Tourismuskonzept für das Land Bremen 2015). Der Anteil der ausländischen Gäste (aktuell 20 bis 25 %) soll hierbei weiter erhöht werden. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Förderung liegen weiterhin in den Bereichen Wissens- und Erlebniswelten vermarkten (s.o.) weiterentwickeln und ausbauen (Entscheidung Erneuerung Universum Science Center);

Bremen und Bremerhaven als Städte am Fluss und am Meer profilieren (s.o.);

Großveranstaltungen und Ausstellungen mit nationaler und internationaler Reichweite durchführen;

Messe-, Kongress- und Tagungswesen ausbauen herausragend in 2014 z.B. der Germany Travel Mart 2014 sowie nationales und internationales Marketing absichern liegen. Private Investoren sehen die Entwicklung positiv und eröffnen neue Hotels in beiden Städten (z.B. Steigenberger, GOP-Varietee in Bremen, Best Westerns Comfort Hotel in Bremerhaven)..

Die Stärkung des Tourismus in Bremerhaven ist mit einem umfassenden Infrastrukturausbau verbunden (Erweiterungsbau Deutsches Auswandererhaus, Erweiterung des Zoo am Meer durch ein Aquarium, Parkplatzsituation für Reisebusse, Schaufenster Fischereihafen; Umbau Forum Fischbahnhof). Auch hier ziehen private Investitionen nach). Zudem konnte auch in 2014 mit den Verstärkungsmitteln für das Standortmarketing der WFB ein ergänzendes Tourismus-Marketing betrieben werden.

BTZ und Erlebnis Bremerhaven haben die Angebote der beiden Städte gegenüber Endkunden (ibs, Service-Center, News-Letter, persönliche Betreuung, in der Tourist-Information sowie Geschäftskunden (ibs, Messen im In- und Ausland, Workshops, Verkaufshandbücher in digitaler Form) erfolgreich vermarktet.

Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Bremerhavens

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Bremerhavens wurde durch eine Reihe von Projekten vorangetrieben. Hierzu zählen insbesondere der weitere Ausbau des Windenergieclusters Bremerhaven durch Beschlüsse zur Realisierung des Offshore-Terminal Bremerhaven als wesentliche Voraussetzung zur Expansion der regionalen Windenergieindustrie. Die landseitige Erschließung wurde im Süden Bremerhavens durch Beginn des Baus der südlichen Umgehung des Gewerbegebietes Luneort, die weitere Flächenerschließung Luneort sowie die Schwerlast geeignete Herrichtung vorhandener Trassen weitergeführt. Auch konnten erste Erschließungsmaßnahmen auf dem Regionalflugplatz Bremerhaven eingeleitet werden, der nach Schließung als Gewerbefläche zur Verfügung stehen wird.

Nach der Umsetzung von vorerst letzten Erschließungsmaßnahmen auf dem Carl-Schurz-Gelände in 2013 wurde in 2014 mit den Baumaßnahmen für die Umsiedlung der US-Amerikaner begonnen.

Im Bereich der FuE-Meile wurden nach der erfolgreichen Umsetzung von Maßnahmen zur stärkeren Fokussierung der Offshore-Windenergiebranche und der Aquakulturforschung aktuell die Herrichtung des Gebäudes Bussestrasse 27 beschlossen, da die Räumlichkeiten der Bussestrasse 26 nicht mehr auskömmlich waren. Darüber hinaus wurden in 2014 die anliegenden Kajen saniert und Freiflächen hergestellt, um insgesamt das Areal der F&E Meile attraktiv zu gestalten und eine Verbindung zum angrenzenden Stadtteil Geestemünde zu schaffen.

Im Fischereihafen konnten wesentliche Bereiche der Infrastruktur und Immobilien ertragskraftsteigernd und mit starkem Bezug auf die Fischwirtschaft instandgehalten bzw. saniert und neu vermarktet werden. Durch den insbesondere durch den Ausbau des BILB, der in 2014 abgeschlossen werden konnte, wird der Technologie- und Wissenstransfer im Bereich der Bremerhavener Lebensmittelindustrie weiter gestärkt.

Insgesamt konnten die wesentlichen strukturpolitischen Ziele mit den skizzierten Maßnahmen erreicht werden.

Verstärkung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die bremische Wirtschaft und Bremen als Standort insgesamt stehen in der globalisierten Weltwirtschaft in einem nationalen und internationalen Wettbewerb. Die aus der Globalisierung erwachsenden Chancen müssen für den Standort genutzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit Bremens zu verbessern, nachhaltige und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und Bremens Handlungsfähigkeit als eigenständiges Bundesland zu erhalten. Der wirtschaftspolitische Rahmen hierfür wird durch das Strukturkonzept 2015 2015 bzw. das im Jahr 2014 beschlossene Strukturkonzept 2020 des Senats gesetzt, in dem „Innovationsorientierung und Internationalisierung des Standortes fördern“ als ein strukturpolitisches Leitthema benannt ist.

Zur Verstärkung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit kommt insgesamt ein breites Maßnahmenbündel zum Einsatz. Zu nennen sind hier u.a. die in 2010 begonnene Neuausrichtung der bremischen Wirtschaftsförderung, die Optimierung der Beratungsangebote für bremische Unternehmen, die Konzentration auf die eigenen Stärken in der Innovationspolitik v.a. auf die Innovationscluster Erneuerbare Energien/Windenergie, Maritime Wirtschaft/Logistik, Luft- und Raumfahrt sowie zusätzlich den Bereich Automotive und deren Spiegelung im nationalen und internationalen Standortmarketing inkl. der zielgerichteten Teilnahme an relevanten Messen, die gezielte Organisation von Delegationsreisen insbesondere in den wichtigen Clustern und/oder den bearbeiteten Schwerpunktländern (v.a. USA, China, Türkei) zur Erschließung neuer Märkte für bremische Unternehmen und auch zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades des Wirtschaftsstandortes Bremen die Förderung außenwirtschaftlicher Aktivitäten kleiner Unternehmen oder die Pflege und der Ausbau bremischer und internationaler Netzwerke.

Die z.T. von unterschiedlichen Institutionen (bremische Beteiligungsgesellschaften, Handelskammer, Handwerkskammer usw.) getragenen Maßnahmen wurden auch im Jahr 2014 weiter fortgesetzt und optimiert. Die weiterhin positive Anzahl und Qualität nationaler und internationaler Unternehmensakquisitionen in den letzten Jahren können als ein Indiz für die positive Wirkung der eingeleiteten Maßnahmen herangezogen werden.

Förderung der Landwirtschaft und Verbraucherberatung

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Landwirtschaft befindet sich in einem tiefen Umbruch. Erfolge in der Produktivitätssteigerung stehen u.a. Betriebsaufgaben, Preisdumping sowie ökologische Probleme gegenüber. Die Förderung der Bremischen Landwirtschaft entsprechend den Vorgaben der EU-Kommission stellt einen wichtigen Beitrag zur Einkommenssicherung, zur einzelbetrieblichen Risikoabsicherung gegen extreme Marktpreisschwankungen und zur pauschalen Entlohnung von nicht am Markt honorierten gesellschaftlichen Leistungen dar. Sichergestellt werden eine leistungsfähige Nahrungsmittelproduktion, die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und die ausgewogene Entwicklung der ländlichen Räume.

Das Wirtschaftsleben wird durch die Vielzahl an Produkten, Dienstleistungen, Tarifen und Vertragsbedingungen zunehmend komplexer und unübersichtlicher. Der wirtschaftliche Verbraucherschutz muss durch Information, Beratung und Kontrollmechanismen einen Interessenausgleich zwischen Anbietern und privaten Verbrauchern herstellen. Verbraucherberatung wird in Deutschland nicht von staatlichen Stellen, sondern durch ein Netz von privatrechtlichen Organisationen angeboten Um die Beratung und Interessenvertretung der Verbraucher im Lande Bremen zu gewährleisten, wird die Beratungstätigkeit auf den Gebieten Verbraucherrecht, Ernährung, Finanzdienstleistungen/Bauen und Energie mit einem Landeszuschuss abgesichert, um eine unabhängige Interessenvertretung und bezahlbare Beratung zu ermöglichen

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum 01-12/2014				2014
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Neuschaffung von Arbeitsplätzen (Land)	526	530	-4	-1%	530
a) Investitionsförderung (GA/LIP) *	115	100	15	15%	100
b) Existenzgründungen *	411	430	-19	-4%	430
Investitionsförd. gesicherte AP (GA/LIP)	526	300	226	75%	300
Erschließung neuer Gew.Flächen (HB)	25	22	3	14%	22
Vermarktung von Gewerbeflächen (HB)	32	20	12	60%	20
Arbeitsplätze aufgrund Vermarktung (HB)	3.204	1.085	2.119	195%	1.085
Erschließung neuer Gew.Flächen (BHV)	10	10	0	0%	10
Vermarktung von Gewerbeflächen (BHV)	7	3	4	133%	3
Arbeitsplätze aufgrund Vermarktung (BHV)	21	75	-54	-72%	75

Investitionsförderung - neue und gesicherte Arbeitsplätze (GRW/LIP):

Aufgrund anhaltender konjunktureller Unsicherheiten zeigten sich die Unternehmen im Jahr 2013 bei Investitionsvorhaben zurückhaltend. Die erwarteten Antragszahlen konnten erst Ende des Jahres 2013 erreicht werden. Durch die späte Antragstellung wurden viele Anträge erst im 1. Halbjahr 2014 beschieden. Ein Teil der Steigerung ist daher dem Jahr 2013 zuzurechnen.

Erschließung neuer Gewerbeflächen (HB):

Teilflächen in der Überseestadt und im Bremer Industrie-Park, wurden im 3. Quartal fertiggestellt. Des Weiteren konnten die Erschließungsmaßnahmen im Technologie-Park (Süd und Süd-Ost) sowie die Erschließung weiterer Flächen im Gewerbegebiet BWK im 4. Quartal 2014 bis auf Restarbeiten abgeschlossen werden. Die erschlossenen Flächen liegen mit 25 ha damit leicht über dem Plan (22 ha).

Vermarktung von Gewerbeflächen (HB):

Erfreulicherweise konnten auch im 4. Quartal noch eine Reihe von Grundstücksgeschäften erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Damit ist die Planzahl, über das ganze Jahr gesehen, deutlich nach oben überschritten worden.

Arbeitsplätze aufgrund Vermarktung (HB):

Die ebenfalls höhere Zahl bei den Arbeitsplätzen korrespondiert mit der guten Vermarktungsleistung.

Vermarktung von Gewerbeflächen und Arbeitsplätze aufgrund Vermarktung (BHV):

Im Jahr 2014 konnten überplanmäßig Gewerbegrundstücksfläche vermarktet werden. Die Zahl der geplanten neuen Arbeitsplätze blieb hinter den gesicherten Arbeitsplätzen zurück und wurde aufgrund der Art der Grundstücksgeschäfte somit nicht erzielt.

Produktplan: Wirtschaft	71	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Erläuterungen zum Bereich 'Jahresplanung 2014' (endgültiger Haushaltsabschluss)			
Einnahmen:			
- EU-Programme EFRE 2007-2014 und 2014-2020			
Neben den Einnahmen zu den EU-Programmen EFRE für den Bereich Wirtschaft wurden auch die Einnahmen für andere Ressorts zentral im Bereich 71.01 veranschlagt. Entstehende Mehr- oder Mindereinnahmen bei den EU-Programmen werden im Haushalt des Bereiches Wirtschaft bzw. den Haushalten der anderen Ressorts im Rahmen des Jahresabschlusses als Rücklage oder Verlustvortrag gebucht.			
Aufgrund noch nicht abgeschlossener Vorhabenprüfungen bei dem laufenden EU-Programm EFRE 2007-2013 wurden in diesem Jahr keine Einnahmen erzielt, für das Gesamtprogramm gehen dadurch aber keine Einnahmen verloren.			
Es haben sich die nachfolgenden Mindereinnahmen ergeben:			
Bereich Wirtschaft 10,8 Mio. Euro (inv.),			
Ressort Bildung und Wissenschaft 1,121 Mio. Euro (kons. u. inv.).			
Für das neue EU-Programm 2014-2020 wurde für das Jahr 2014 eine Vorschusszahlung zugesagt. Der Betrag geht jedoch erst Anfang 2015 ein, so dass bei dem Programm in 2014 folgende Mindereinnahmen entstanden sind:			
Bereich Wirtschaft 0,42 Mio. Euro (kons.),			
Ressort Umwelt, Bau und Verkehr: 0,05 Mio. Euro (kons.).			
Ein Ausgleich der Mindereinnahmen im laufenden Haushalt war nicht möglich.			
- Konsumtive Einnahmen			
Die konsumtiven Einnahmen liegen im Ergebnis unter dem Haushaltssoll und dem Anschlag. Dies resultiert einerseits aus nicht eingegangenen Einnahmen (0,9 Mio. Euro) bei den EFRE-Programmen 2007-2013 und 2014-2020 (s.o.).			
Andererseits wurden Mehreinnahmen erzielt, insbesondere Einnahmen für den 'Europäischen Tag der Meere 2014' i.H.v. 0,25 Mio. Euro (Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Zahlungen des Bundes). Weitere zweckgebundene Mehreinnahmen i.H.v. 0,34 Mio. Euro ergeben sich aus Einnahmen für die BID-Innovationsbereiche.			
- Investive Einnahmen			
Der nicht erreichte Einnahmeanschlag begründet sich vor allem darin, dass die Einnahmen bei den EU-Programmen EFRRE 2007-2013 und 2014-2020 i.H.v. insgesamt 11,5 Mio. Euro nicht realisiert wurden (s.o.).			
Weitere Mindereinnahmen i.H.v. 0,5 Mio. Euro haben sich bei dem Fischereiprogramm EFF ergeben. Diese wurden durch entsprechende Minderausgaben ausgeglichen.			
Bei den Programmen GRW und GAK liegen die Einnahmen insgesamt 0,8 Mio. Euro unter dem Anschlag, was zu entsprechend niedrigeren Ausgaben geführt hat.			
Personalausgaben:			
In der Hochrechnung des Ressorts wird bis zum Jahresende insgesamt mit Minderausgaben in Höhe von rd. 0,055 Mio. Euro gerechnet. Die Minderausgaben resultieren aus nicht in Anspruch genommenen Mitteln der Altersteilzeit.			
Die im Zusammenhang mit der Neuregelung der Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/ 2014 nachbewilligten Beträge sind berücksichtigt worden. Gleiches gilt für den von den Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 13.11.2014 (Vorlage Nr. 18/631-L/S) zugestimmten Ausgleich von unterjährig entstandenen Personalmehrausgaben im Produktplan 71 und in der Produktgruppe 81.01.01 in Höhe von insgesamt 0,534 Mio. Euro durch Minder-ausgaben in den Personalausgaben im Produktplan 31.			
Das Ressort hat sich im Rahmen des Kontraktes mit der Senatorin für Finanzen (SF) zum mittelfristigen Abbau des Personal-überhangs im PPL 71 und in der Produktgruppe 81.01.01 verpflichtet, durch eigene Anstrengungen und unter der Anwendung personalwirtschaftlicher Maßnahmen, wie insbesondere die konsequente Einsparung fluktuationsbedingt frei werdender Stellen, bis Ende 2015 rd. 14 Vollzeitstellen einzusparen.			
Während der Geltungsdauer des Kontraktes unterstehen sämtliche personalwirtschaftlichen Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen dem Genehmigungsvorbehalt der SF. Außerdem erfolgt neben dem bestehenden Controllingverfahren eine zusätzliche Bericht-erstattung über die voraussichtlichen Personalvorgänge des Ressorts an die SF.			

Produktplan: 71 Wirtschaft	Controlling 13/14 06.02.2015
Verantwortlich: Senator Günthner	Version: 92 Seite 3
<p>Die bisher umgesetzten und für die Zukunft geplanten Maßnahmen im Rahmen des Abbaupfades zeigen indessen Wirkung. Das Ressort wird weiterhin kontinuierlich und konsequent personalwirtschaftliche Maßnahmen umsetzen, um die vereinbarten Kontraktziele Ende 2015 zu erreichen.</p> <p>Ausgaben:</p> <p>- Konsumtive Ausgaben</p> <p>Im Ergebnis liegen die Ausgaben über dem Anschlag. Dazu führten insbesondere die haushaltssystematische Umbuchung der Mittel für die Jacobs University Bremen (3,0 Mio. Euro) sowie die Umbewilligung investiv veranschlagter Mittel des EU-Programms EFRE 2007-2013 zu den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 2,2 Mio. Euro.</p> <p>Zusätzliche Ausgaben wurden aus Mehreinnahmen getätigt, vor allem Ausgaben für Projekte, die aus nicht veranschlagten zweckgebundenen Mehreinnahmen finanziert wurden (insbesondere die BID-Innovationsbereiche und der Europäische Tag der Meere 2014 i.H.v. 0,6 Mio. Euro).</p> <p>Demgegenüber stehen Einsparungen für die Planungsreserve gem. § 7 LHO und die konsumtive Minderausgabe i.H.v. insgesamt 0,4 Mio. Euro. Weiterhin erhielt der PPL 31 (Arbeit) im Rahmen des Senatorenbudgets 0,3 Mio. Euro für konsumtive Mehrbedarfe.</p> <p>- Investive Ausgaben</p> <p>Die investiven Ausgaben liegen zum Jahresende über dem Anschlag. Dies resultiert vor allem aus der Rückführung der maßnahmenbezogenen Liquiditätssteuerung des Jahres 2013 vom PPL 81- Häfen (12,75 Mio. Euro).</p> <p>Demgegenüber stehen diverse Einsparungen, insbesondere die haushaltstechnische Umbuchung der Mittel der Jacobs University Bremen i.H.v. 3,0 Mio. Euro, die Umbewilligung von veranschlagten Mitteln des EU-Programms EFRE 2007-2013 zugunsten der konsumtiven Ausgaben (2,2 Mio. Euro) sowie Einsparungen für Projekte der Senatorin für Bildung und Wissenschaft i.H.v. 1,23 Mio. Euro (IWES, DFKI und Fraunhofer AWF). Außerdem wurden 0,5 Mio Euro zu Gunsten der Mindereinnahmen für das Fischereiprogramm EFF umgeschichtet.</p> <p>Im Rahmen des Jahresabschlusses wurde zur 'Liquiditätssteuerung von Investitionsmaßnahmen' wiederum eine Solländerung zu Lasten des PPL 71 zu Gunsten PPL 81 vorgenommen (3,0 Mio. Euro).</p> <p>Bei den Programmen GRW und GAK sind, aufgrund von Mindereinnahmen, Minderausgaben i.H.v. 0,8 Mio. Euro entstanden.</p> <p>Die Differenzen zwischen dem voraussichtlichen Soll und dem voraussichtlichen Ist ergeben sich insbesondere aus nicht beanspruchten Haushaltsresten und investiven Rücklagen.</p> <p>Verrechnungen:</p> <p>Bei Projekten mit einer Gemeinschaftsfinanzierung durch mehrere Ressorts werden die benötigten Mittel zu Lasten der Ausgabeanschlüsse als Verrechnung gebucht. Dies kann bei der Aufstellung der Haushalte grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.</p> <p>Insgesamt wurden Projekte i.H.v. 0,4 Mio. Euro mittels Verrechnung finanziert.</p> <p>Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:</p> <p>Der Finanzierungssaldo i. H. v. 90,8 Mio. Euro wird zum Jahresende um rd. 20 Mio. Euro überschritten. Dieser Betrag setzt sich aus den nachfolgenden Sachverhalten zusammen:</p> <p>In Höhe von 12,75 Mio. Euro wurde die Rückführung der maßnahmenbezogenen Liquiditätssteuerung des Jahres 2013 aus dem PPL 81 umgesetzt. In Höhe von 3 Mio Euro wurde eine Sollverminderung für die Liquiditätssteuerung vorgenommen.</p> <p>Mehrausgaben von 1,2 Mio. Euro sind im Personalbereich entstanden. Diese wurden weitestgehend durch Drittmittel finanziert (1,17 Mio. Euro), der Restbetrag i.H.v. 0,058 Mio. Euro wird innerhalb des Senatorenbudgets aus dem PPL 31 zur Verfügung gestellt.</p> <p>Für die Mindereinnahmen des EU-Programms EFRE 2007-2013 i.H.v. 10,8 Mio. Euro für den Bereich Wirtschaft und 1,121 Mio. Euro für das Ressort Bildung und Wissenschaft ist ein Ausgleich nicht möglich. Die Obergrenze wird aufgrund dieser Sachlage um 11,921 Mio. Euro überschritten.</p> <p>Für das neue EFRE-Programm 2014-2020 sind im Bereich Wirtschaft 0,42 Mio Euro und im Bereich Umwelt, Bau und Verkehr 0,05 Mio Euro Mindereinnahmen entstanden. Die Obergrenze wird um 0,47 Mio Euro überschritten. Die nicht erzielten Einnahmen des Bereiches Wirtschaft sollen aus der Sonderrücklage gedeckt werden.</p> <p>Für die Planungsreserve gem. § 7 LHO und die konsumtive Minderausgabe wurden insgesamt 0,43 Mio. Euro eingespart.</p>	

Produktplan: Wirtschaft	71	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 4
<p>I.H.v. 1,23 Mio. Euro werden der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit im Wege der Nachbewilligung Mittel für die Projekte IWES, DFKI und Fraunhofer AWF zur Verfügung gestellt. Der Bereich Arbeit erhält im Rahmen des Senatorenbudgets Mittel für konsumtive Mehrbedarfe i.H.v. 0,27 Mio. Euro.</p> <p>Im Umfang von 0,4 Mio. Euro sind Zahlungen an andere Ressorts, die im Wege der Verrechnung geleistet wurden, zu berücksichtigen.</p> <p>Die Haushaltsreste bei den Zinsen in Höhe von 0,7 Mio Euro wurden in Abgang gebracht.</p> <p>Verlustvortrag:</p> <p>Der Verlustvortrag hat sich in den Vorjahren aus nicht realisierten Einnahmen bei den EU-Programmen EFRE 2007-2013 und EFF ergeben.</p> <p>Da die veranschlagten EU-Einnahmen bei den EFRE-Programmen 2007-2013 und 2014-2020 in Höhe von 11,22 Mio Euro für den Bereich Wirtschaft in diesem Jahr nicht eingegangen sind, erhöht sich der Verlustvortrag entsprechend auf 23,5 Mio. Euro. Es ist vorgesehen, den Verlustvortrag mit Mitteln der Sonderrücklage 'EFRE 2007-2013 - Bescheinigungsstelle' auszugleichen. Es verbleibt ein Verlustvortrag von 2,5 Mio Euro, der auf EFF-Mindereinnahmen der vergangenen Jahre zurückzuführen ist.</p> <p>In Höhe der EFRE-Mindereinnahmen in Höhe von 1,2 Mio Euro sind entsprechende Vorgriffe bei den anderen Ressorts zu bilden.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 81 Häfen	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
		Nicht erreicht erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Kommentar:		
<p><u>Finanzdaten</u> Die in 2014 nicht realisierte Mehreinnahme in Höhe von rd. 1,3 Mio. € wurde im Haushaltsabschluss rechnerisch durch entsprechende Reststreichung ausgeglichen. Die für 2015 erwartete Mehreinnahme dient der Deckung des allgemeinen Haushalts. Im Übrigen wurde das Budget eingehalten.</p> <p><u>Personaldaten</u> Die Personalausgaben wurden nach internem Ausgleich im Senatorenbudget eingehalten. Die Personalzielzahlen wurden leicht um 1,2 VZE überschritten. In Anbetracht der derzeit vorliegenden Planungen des Produktplans für 2015 ist eine Einhaltung der Kontraktzielzahlen fraglich. Daher ist weiterhin ein konsequentes personalwirtschaftliches Handeln erforderlich. Zudem sollten bei sich abzeichnenden Problemen im Haushaltsvollzug 2015 bereits frühzeitig am Jahresanfang entsprechende interne Ausgleiche erfolgen.</p> <p><u>Leistungsdaten</u> Die erwarteten Umschlagszahlen konnten nicht vollumfänglich realisiert werden. Die Einnahmen aus Raumgebühren wurden deutlich übererfüllt, da Anzahl und Größe der Schiffsanläufe zugenommen haben.</p>		
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:		
Es ist weiterhin ein konsequentes personalwirtschaftliches Handeln erforderlich.		

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Häfen	81	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	13.203	5.847	7.356	125,8	4.783	4.703	13.202	8.499	4.025
investive Einnahmen	10.737	10.737	0	0,0	10.737	10.737	10.737	0	10.737
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	23.940	16.584	7.356	44,4	15.520	15.440	23.939	8.499	14.762
Personalausgaben	8.055	8.251	-196	-2,4	8.251	8.251	8.055	-196	7.027
konsumtive Ausgaben	30.267	31.625	-1.358	-4,3	31.227	31.145	30.266	-879	31.106
Zinsausgaben	26.670	26.670	0	0,0	26.670	26.670	26.670	0	26.670
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	66.298	82.007	-15.709	-19,2	70.822	69.355	64.832	-4.523	82.007
relevante Verrech./Erstatt.	6.966	19	6.947	36.563,3	6.966	8.432	8.432	0	19
Gesamtausgaben	138.256	148.572	-10.316	-6,9	143.936	143.853	138.255	-5.598	146.829
Saldo	-114.317	-131.988	17.671	-13,4	-128.416	-128.413	-114.316	14.097	-132.067

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	25	20	0	0	0	2.265	0
- investiv	63.729	71.583	50.248	46.696	465.120		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	16.219	15.387	14.577	69.084		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	93	-93	6.874	6.874	0	6.874	6.874	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	93	-93	6.874	6.874	0	6.874	6.874	0
Refinanzierte	0	0	0	656	852	-196	656	852	-196
Nebentitel	0	-228	228	525	525	0	525	525	0
Insgesamt	0	-135	135	8.055	8.251	-196	8.055	8.251	-196
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-142	142	72	72	0	72	72	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	113,6	112,4	1,2	114,6	113,6	1,0	114,6	113,6	1,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	113,6	112,4	1,2	114,6	113,6	1,0	114,6	113,6	1,0
Refinanzierte	9,0	-	-	7,6	-	-	7,6	-	-
Abwesende	4,0	-	-	3,8	-	-	3,8	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	10,5	22,5	8,0
Beschäftigte über 55 Jahre	36,1	17,5	34,4
Frauenquote	21,8	50,0	20,8
Teilzeitquote	15,0	35,0	13,6
Schwerbehindertenquote	10,0	6,0	10,6

Produktplan: 81 Häfen	Controlling 01-12/2014
Verantwortlich: Senator Günthner	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Erfüllung des staatlichen Auftrags, einen reibungslosen Hafenbetrieb zu gewährleisten.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Durch die notwendige Unterhaltung und partielle Modernisierung der Hafeninfrastruktur und die Sicherstellung der Solltiefen in den Hafenbecken und Liegewannen wird ein reibungsloser Hafenbetrieb sichergestellt. Voraussetzung hierfür ist eine adäquate Mittelausstattung.

Neubau und Modernisierung von Anlagen mit dem Ziel, den weltweiten Güterverkehr zu sichern und schnellen Umschlag und weitergehende Distribution marktorientiert anzubieten.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen wird bzw. wurde durch die Optimierung der nautischen Durchfahrt im Hafen A des Bremer Industriefhafens sowie die derzeit laufenden Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen der Hafeneisenbahn in Bremerhaven gesichert. Außerdem wird die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens durch die Bereitstellung zusätzlicher Flächen (u.a. Automobilabstellregal) weiter erhöht und mittels eines neuen Hafenbahn-IT-Systems die Produktivität gesteigert.

Den Strukturwandel so effizient zu gestalten, dass sich das Land als zentraler Standort einer grenzüberschreitenden international nachgefragten Seehafen- und Logistikregion behauptet und entwickelt.

Sachstand/Analyse/Bewertung

Durch die genannten Maßnahmen sowie vor allem durch die Ertüchtigung bestehender Hafenanlagen für den Umschlag von Offshore-Anlagen bzw. deren Komponenten in Bremerhaven sowie die Schaffung marktgerechter Wassertiefen und die Fortführung der Arbeiten zur Beseitigung von Engstellen im Industriefhafen Bremen wird auf aktuelle und zukünftige Bedarfe der Hafenkunden reagiert und die bremischen Häfen zukunftsorientiert als Seehafen- und Logistikstandort entwickelt.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum 01-12/2014				2014
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Hafenumschlag in Bremen	13.291	13.500	-209	-2%	13.500
Hafenumschlag in Bremerhaven	65.103	69.500	-4.397	-6%	69.500
Containerumschlag in Bremerhaven	5.771	6.100	-329	-5%	6.100
Einnahmen aus Raumgebühren	34.840	30.200	4.640	15%	30.200

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Einnahmen aus Raumgebühren:

Die Einnahmen aus Raumgebühren liegen um rund 15,4 % über den Planwerten, da die Größe und Anzahl der Schiffsanläufe zugenommen haben.

Produktplan: Häfen	81	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
Konsumtive Einnahmen:			
<p>Bei den konsumtiven Einnahmen sollten veranschlagte Einnahmen in Höhe von 1,5 Mio Euro und zusätzliche Einnahmen in Höhe von 10 Mio Euro aus dem SV Hafen erzielt werden. Im Jahresergebnis haben insbesondere Mehreinnahmen in Höhe von 8,5 Mio Euro beim Sondervermögen Hafen zu einem höheren Ist geführt. Davon sollen 9,848 Mio. Euro dem PPL 92 zum Ausgleich der Mindereinnahmen bei den Gewinnen aus Beteiligungen an Hafenbetrieben zur Verfügung gestellt werden (vgl. Senatsbeschluss vom 30.09.2014; Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014). Die veranschlagten Einnahmen aus der Abführung von SV Hafen in Höhe von 1,5 Mio Euro wurden in 2014 nicht realisiert und werden erst in 2015 vereinnahmt. Diese Mindereinnahmen wurden im Jahresabschluss in Abstimmung mit der Sff mit der investiven Rücklage (Ausgabestelle) verrechnet. In dieser Höhe wird ein Verlustvortrag gebildet. Darüber hinaus ist zur Deckung der weiteren Mindereinnahmen ein Betrag in Höhe von 0,081 Mio Euro aus den konsumtiven Ausgaben erfolgt.</p>			
Personalausgaben:			
- Produktgruppe 81.01.01 Häfen			
<p>Der Personalhaushalt des Ressorts weist zum Jahresende 2014 insgesamt Minderausgaben in Höhe von rd. 0,196 Mio Euro aus. Dies steht auch im Zusammenhang mit dem von den Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 13.11.2014 (Vorlage Nr. 18/631-L/S) zugestimmten Ausgleich von unterjährig entstandenen Personalmehrausgaben im Produktplan 71 und in der Produktgruppe 81.01.01 in Höhe von insgesamt 0,534 Mio. Euro durch Minder-ausgaben in den Personalausgaben im Produktplan 31. Ein entsprechender Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses wurde in der Sitzung am 12.12.2014 gefasst. Die im Zusammenhang mit der Neuregelung der Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 nachbewilligten Beträge sind bereits eingerechnet.</p>			
<p>Das Ressort hat sich im Rahmen des Kontraktes mit der Senatorin für Finanzen (SF) zum mittelfristigen Abbau des Personalüberhangs im PPL 71 und in der Produktgruppe 81.01.01 verpflichtet, bis Ende 2015 rd. 14 Vollzeitstellen einzusparen. Die Produktgruppe 81.01.02, die Hafenbehörde, ist nicht Gegenstand des Kontraktes. Während der Geltungsdauer des Kontraktes unterstehen sämtliche personalwirtschaftlichen Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen dem Genehmigungsvorbehalt der SF. Teil der Vereinbarung mit der SF ist die zusätzliche monatliche Berichterstattung über die voraussichtlichen Personalvorgänge des Ressorts an die SF.</p>			
<p>Die bisher umgesetzten und für die Zukunft geplanten Maßnahmen im Rahmen des Abbaupfades zeigen indessen Wirkung, so dass die Überschreitung zum Jahresende 2014 im Vergleich zum Vorjahr deutlich aufgebaut wurde. Das Ressort wird weiterhin kontinuierlich und konsequent personalwirtschaftliche Maßnahmen umsetzen, um die vereinbarten Kontraktziele Ende 2015 zu erreichen.</p>			
- Produktgruppe 81.01.02 Hafenbehörde			
<p>In der Hochrechnung der Hafenbehörde wird bis zum Jahresende ein ausgeglichener Personalhaushalt erreicht.</p>			
<p>Auch wenn die Hafenbehörde in den letzten Jahren stets einen ausgeglichenen Personalhaushalt hat vorweisen können, müssen dennoch mit Blick auf die Zukunft auch Überlegungen angestellt werden, das Hafenamts als "kleine" Dienststelle von Personaleinsparungen zu befreien.</p>			
Ausgaben:			
- Konsumtive Ausgaben			
<p>Bei den konsumtiven Ausgaben führen hauptsächlich zweckgebundene Mehreinnahmen bei mehreren kleineren Projekten i.H.v. insgesamt 0,23 Mio. Euro sowie beim Deichschutz in Höhe von 0,101 Mio Euro zu Mehrausgaben. Demgegenüber wurden für die Planungsreserve gem. § 7 LHO Mittel eingespart (0,44 Mio. Euro). Des Weiteren werden 0,587 Mio Euro der Rücklage Deichschutz zugeführt.</p>			
- Investive Ausgaben			
<p>Die Verringerung des HH-Solls und des Ist bei den investiven Ausgaben resultiert aus dem Saldo der investiven Liquiditätssteuerung von rd. 12,9 Mio. Euro (Rückführung aus dem Jahr 2013 i.H.v. 24,0 Mio. Euro sowie der Zuführung im Jahr 2014 i.H.v. 11,1 Mio. Euro). Des Weiteren erhielt der PPL 81 eine Rückführung des SV Immobilien und Technik (SVIT) i.H.v. 3,2 Mio. Euro, zudem konnten nicht benötigte Mittel für das Deutsche Schifffahrtsmuseum (DSM) i.H.v. 0,7 Mio. Euro zur Finanzierung der</p>			

Produktplan: Häfen	81	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 3
<p>Cherbourger Str. eingesetzt werden. Die Mittelbereitstellung für die Baukosten der Cherbourger Str. erfolgten im Wege der Verrechnung an das Amt für Straßen und Verkehr.</p> <p>Verrechnungen:</p> <p>Bei Projekten mit einer Gemeinschaftsfinanzierung durch mehrere Ressorts wurden die benötigten Mittel zu Lasten der Ausgabeanschlüsse als Verrechnung gebucht. Dies kann bei der Aufstellung der Haushalte nicht berücksichtigt werden.</p> <p>Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:</p> <p>Der Finanzierungssaldo i.H.v. 132,1 Mio. Euro wird um rd. 17,7 Mio. Euro unterschritten. Diese Unterschreitung resultiert aus dem dargestellten Saldo der investiven Liquiditätssteuerung der Jahre 2013 und 2014, der Rückführung aus SVIT, den nicht benötigten Mittel des DSM, der Erwirtschaftung der Planungsreserve gem. § 7 LHO (0,4 Mio. Euro), Refinanzierungen und Mittelbereitstellungen aus dem PPL 31 im Personalbereich (1,2 Mio. Euro) sowie Bildung von Ausgaberesten im konsumtiven und Personalbereich, dazu werden 0,587 Mio Euro der Deichschutzrücklage zugeführt. Des Weiteren werden von erzielten Mehreinnahmen i.H.v. 9.8 Mio. Euro für den PPL 92 bereitgestellt und die konsumtiven Mindereinnahmen von rd. 1,3 Mio. Euro mit der investiven Rücklage verrechnet.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 91 Finanzen/Personal	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung									
		<table border="1"> <thead> <tr> <th>Nicht erreicht</th> <th>erreicht</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> </tbody> </table>	Nicht erreicht	erreicht	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Nicht erreicht	erreicht								
	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>								
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>									
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>									
Finanzen										
Personal:										
Leistungen:										
Kommentar:										
<p><u>Finanzdaten</u> Das Jahresergebnis 2014 weist für den PPL 91 eine rechnerische Haushaltsverbesserung i.H.v. rd. 7,7 Mio. € aus, die i.H.v. rd. 5,4 Mio. € als Ausgaberesult nach 2015 übertragen und i.H.v. rd. 2,3 Mio. € der allgemeinen bzw. investiven Budgetrücklage zugeführt werden soll. Die rechnerische Haushaltsverbesserung (rd. 7,7 Mio. €), in der bei den Ausgaben haushaltsmäßig nicht finanzierte Reste und Rücklagen aus dem Vorjahr i.H.v. rd. 4,5 Mio. € enthalten sind, setzt sich aus Mehreinnahmen i.H.v. rd. 0,4 Mio. € und Minderausgaben i.H.v. rd. 7,3 Mio. € zusammen.</p> <p>Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo (-82,6 Mio. €) wurde eingehalten bzw. deutlich unterschritten.</p>										
<p><u>Personaldaten</u> Der Produktplan hat das Jahr 2014 mit Minderausgaben (ohne Reste) in Höhe von rd. 2,9 Mio. € und einer Unterschreitung der Zielzahlen von rd. 19,2 VZE abgeschlossen. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2015 zu erwarten.</p>										
<p><u>Leistungsdaten</u> Im Produktbereich 91.01 „Finanzsteuerung“ wurden die Leistungsziele insgesamt nur ansatzweise erreicht.</p>										
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:										
Kein Handlungsbedarf.										

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Finanzen / Personal	91	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senatorin Linnert	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung		HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	19.087	10.425	8.662	83,1	18.737	18.738	19.087	349	10.425
investive Einnahmen	44	0	44	0,0	0	0	44	44	0
relevante Verrech./Erstatt.	2	0	2	0,0	2	2	2	0	0
Gesamteinnahmen	19.133	10.425	8.708	83,5	18.739	18.740	19.133	393	10.425
Personalausgaben	75.839	81.302	-5.463	-6,7	81.301	81.300	75.838	-5.462	74.403
konsumtive Ausgaben	22.207	15.889	6.318	39,8	23.859	23.857	22.208	-1.649	15.888
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	451	497	-46	-9,4	617	618	451	-167	498
relevante Verrech./Erstatt.	136	4	132	3.305,3	139	139	136	-3	4
Gesamtausgaben	98.633	97.692	941	1,0	105.916	105.914	98.633	-7.281	90.793
Saldo	-79.500	-87.267	7.767	-8,9	-87.178	-87.174	-79.500	7.674	-80.368

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	3.951	0
- investiv	116	83	83	83	498		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	90	-90	55.383	56.951	-1.568	55.383	56.951	-1.568
Personalverstärkung	0	0	0	571	669	-98	571	669	-98
Ausbildung	0	-1.031	1.031	11.500	11.500	0	11.500	11.500	0
Zwischensumme	0	-941	941	67.454	69.120	-1.666	67.454	69.120	-1.666
Refinanzierte	0	7	-7	5.492	8.980	-3.488	5.492	8.980	-3.488
Nebentitel	0	-509	509	2.894	3.202	-308	2.894	3.202	-308
Insgesamt	0	-1.443	1.443	75.840	81.302	-5.462	75.840	81.302	-5.462
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-427	427	2.351	2.351	0	2.351	2.351	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	1.140,5	1.159,7	-19,2	1.133,9	1.164,9	-31,0	1.133,9	1.164,9	-31,0
Personalverstärkung	8,6	10,8	-2,2	8,2	10,8	-2,6	8,2	10,8	-2,6
Ausbildung	775,0	665,3	109,7	734,1	626,4	107,7	734,1	626,4	107,7
Zusammen	1.924,1	1.835,8	88,3	1.876,2	1.802,1	74,1	1.876,2	1.802,1	74,1
Refinanzierte	113,5	-	-	104,0	-	-	104,0	-	-
Abwesende	56,4	-	-	55,9	-	-	55,9	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	13,6	22,5	11,4
Beschäftigte über 55 Jahre	31,9	17,5	32,1
Frauenquote	55,1	50,0	55,0
Teilzeitquote	30,0	35,0	30,5
Schwerbehindertenquote	12,3	6,0	12,2

Produktplan: 91	Controlling 01-13/2014
Finanzen / Personal	28.01.2015
Verantwortlich: Frau Senatorin Linnert	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Vorausschauende Planung über den gesamten Konsolidierungszeitraum bis 2020

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einhaltung des Konsolidierungspfades bis 2020 erfordert jährliche Abbauschritte des Strukturellen Finanzierungssaldos in Höhe von 125 Mio. € (bezogen auf den Stadtstaat Bremen).

Nach den bisherigen Ist-Ergebnissen, dem Haushaltsanschlag 2015 sowie der aktuellen Planung werden die zulässigen Obergrenzen der haushaltsmäßigen Nettokreditaufnahme bis 2017 eingehalten; allerdings verringern sich die rechnerischen (Sicherheits-) Abstände zum zulässigen strukturellen Defizit im Planungszeitraum bis 2017 deutlich. Trotz relativ optimistischer Annahmen zur Steuerentwicklung und weiterhin entlastender Zinseffekte stehen am Ende der aktuellen Finanzplanperiode (2017) praktisch keinerlei Spielräume zur Kompensation rahmenverschlechternder Einflüsse zur Verfügung. Trotz anhaltend restriktiver Ausgabenplanung und optimistischer Einnahmeerwartungen werden spätestens mit der Aufstellung der Haushalte 2016 / 2017 zusätzliche Sanierungsanstrengungen (des Stadtstaates) dringend erforderlich.

Sicherstellung der Personalhaushalte

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einhaltung der Personalhaushalte wird über das Produktbereichscontrolling sichergestellt. Dabei werden die Ressorts auf Risiken hingewiesen und ggf. Maßnahmen eingeleitet.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen		Berichtszeitraum				2014
		IST (Tsd. EUR)	Planwert (Tsd. EUR)	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert (Tsd. EUR)
				abs. (Tsd. EUR)	%	
Finanzierungssaldo**	[Tsd. €]	-579.887	-775.839	195.952	-25,3	-775.839
Zinsausgabenanschlüge	[Tsd. €]	538.865	611.932	-73.067	-11,9	611.932
Steuerklärungs-Eingang Est-Vorjahr *	[%]	75,5	77,0	-1,5		77,0
Veranlagungsstand Est-Vorjahr * ***	[%]	59,5	68,0	-8,5		68,0

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten **bereinigt um die Konsolidierungshilfen *** Erläuterung siehe Planblatt Seite 2 ****Auswertung nach Jahresabschluss

Produktplan: Finanzen / Personal	91	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Senatorin Linnert	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
Die Steigerung der konsumtiven Einnahmen (rd. 8,7 Mio. Euro) gegenüber dem Haushaltsanschlag ist überwiegend auf zweckgebundene Einnahmen zurückzuführen, die als Einnahmeverfügungsmittel der Deckung entsprechender Ausgaben dienen.			
Der zusätzliche Mittelbedarf bei den konsumtiven Sachausgaben konnte durch Einnahmeverfügungsmittel und Mittelumschichtungen innerhalb des PPL 91 gedeckt werden.			
Die verbliebenen Reste bei den konsumtiven und investiven Mitteln sollen zur finanziellen Absicherung begonnener Maßnahmen verwendet werden.			
3.2 Personaldaten			
Nach dem Controlling-Bericht wird die Personalzielzahl für den Kernbereich (ohne Ausbildung) um 31,0 Vollzeitkräfte (VK) unterschritten.			
3.3 Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos 2014			
Der Finanzierungssaldo für den PPL 91, der nach diversen produktplanübergreifenden Mittelverlagerungen von veranschlagten -80,4 Mio. Euro auf -82,6 Mio Euro angestiegen ist, wurde eingehalten bzw. deutlich unterschritten.			
3.4 Kennzahlen			
Insbesondere die sehr positive Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen (+ 168 Mio. Euro), im Vollzug entstandene Mehreinnahmen im Produktplan 11 Justiz sowie nicht erwartete Minderausgaben im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen führten 2014 zu einer Unterschreitung des in den Haushalten Land und Stadt veranschlagten Finanzierungsdefizits um 196 Mio. Euro bzw. 25 %.			
Die zu verzeichnenden Minderausgaben bei den Zinsausgaben (73 Mio.) wurden aufgrund des Beschlusses des Senats vom 30.09.2014 zum Konzept zur Lösung der Budgetrisiken zur Deckung von Mindereinnahmen und Mehrausgaben (u.a. wegen der Besoldungsanpassung) eingesetzt.			
Die Kennzahl "Durchschnitt. Verzins. Schuldenbestand" wird jährlich rückschauend erhoben. Im Vergleich zum Vorjahr hat sie sich reduziert (2013 = 3,4 %).			
Die zeitnahe Erhebung der Steuer wurde hinsichtlich der Einkommensteuer bei weitem nicht erreicht. Bei der Körperschaftsteuer wurde neben der zeitnahen Erhebung u.a. auch die Sicherung und Verbesserung der Einnahmen teilweise erreicht. Bei der Betriebsprüfung konnten die Ziele weitgehend erreicht werden.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 92 Allgemeine Finanzen	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Kommentar:			
<p><u>Finanzdaten</u> Das Jahresergebnis 2014 weist für den PPL 92 eine rechnerische Haushaltsverschlechterung i.H.v. rd. 9,8 Mio. € aus. Ursächlich hierfür sind allein die im Produktbereich 92.01 zu verzeichnenden konsumtiven Mindereinnahmen i.H.v. rd. 37,2 Mio. € Nach Gegenrechnung der i.H.v. rd. 35,4 Mio. € im Rahmen des vom Senat beschlossenen Konzepts zur Lösung der Haushaltsrisiken vorgenommenen produktplanübergreifenden Ausgleichs für die konsumtiven Mindereinnahmen im Produktbereich 92.01 ergibt sich für den PPL 92 rechnerisch per Saldo eine Haushaltsverbesserung i.H.v. rd. 25,6 Mio. €, die Resteübertragungen und Rücklagenzuführungen ermöglicht.</p> <p>Als Ausgabereste sollen rd. 21,5 Mio. € nach 2015 übertragen und rd. 0,5 Mio. € der allgemeinen bzw. investiven Budgetrücklage zugeführt werden. In der Summe dieser beiden Beträge (rd. 22 Mio. €) sind die aus dem Vorjahr übertragenen (haushaltsmäßig nicht finanzierten) Ausgabereste und Rücklagen i.H.v. rd. 11,9 Mio. € enthalten.</p> <p>Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde eingehalten bzw. deutlich unterschritten.</p>			
<p><u>Personaldaten</u> Bei den Personalausgaben werden Minderausgaben in Höhe von 14,6 Mio. € ausgewiesen. Im Umfang von 9,9 Mio. € beruhen diese auf Vorjahresresten. Diverse personalwirtschaftliche Risiken wie z.B. das Risiko einer Sonderzahlung an die VBL (VBL-Sanierungsgeld) sind nicht eingetreten. Die Personalzielzahlen im Kernbereich wurden im Jahresdurchschnitt um 4,0 VZE unterschritten. Im Bereich der temporären Personalmittel betrug die jahresdurchschnittliche Unterschreitung 11,8 VZE (3,9 VZE zum Jahresende).</p>			
<p><u>Leistungsdaten</u> Die veranschlagten Gewinne aus Beteiligungen (47,143 Mio. €) und die veranschlagten Einnahmen aus Konzessionsabgaben (38,235 Mio. €) wurden i.H.v. 9,848 Mio. € bzw. 0,713 Mio. € nicht realisiert.</p>			
Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:			
Kein Handlungsbedarf.			

Produktplan: Allgemeine Finanzen	92	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	152.030	161.701	-9.671	-6,0	189.134	189.134	152.030	-37.104	161.702
investive Einnahmen	3.704	0	3.704	0,0	3.200	3.200	3.704	504	0
relevante Verrech./Erstatt.	55.644	54.354	1.290	2,4	55.644	55.644	55.644	0	240
Gesamteinnahmen	211.378	216.055	-4.677	-2,2	247.978	247.978	211.378	-36.600	161.942
Personalausgaben	437.511	452.119	-14.608	-3,2	452.120	452.120	437.511	-14.609	443.486
konsumtive Ausgaben	121.868	122.003	-135	-0,1	133.133	133.134	121.868	-11.266	78.997
Zinsausgaben	38	38	0	0,0	38	38	38	0	38
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	209.226	211.827	-2.601	-1,2	210.170	210.170	209.226	-944	200.095
relevante Verrech./Erstatt.	3.068	3.068	0	0,0	3.068	3.068	3.068	0	3.068
Gesamtausgaben	771.711	789.055	-17.344	-2,2	798.529	798.530	771.711	-26.819	725.684
Saldo	-560.333	-573.000	12.667	-2,2	-550.551	-550.552	-560.333	-9.781	-563.743

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	0	0
- investiv	16.974	25.091	20.711	6.219	1.558		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	38	38	38	482		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-943	943	7.192	7.192	0	7.192	7.192	0
Personalverstärkung	0	0	0	378	892	-514	378	892	-514
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	-943	943	7.570	8.084	-514	7.570	8.084	-514
Refinanzierte	0	0	0	9	9	0	9	9	0
Nebentitel	0	1.183	-1.183	429.932	444.026	-14.094	429.932	444.026	-14.094
Insgesamt	0	240	-240	437.511	452.119	-14.608	437.511	452.119	-14.608
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-451	451	193	2.728	-2.535	193	2.728	-2.535
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	202,5	186,9	15,6	184,2	188,2	-4,0	184,2	188,2	-4,0
Personalverstärkung	16,7	20,6	-3,9	8,8	20,6	-11,8	8,8	20,6	-11,8
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	219,2	207,5	11,7	193,0	208,8	-15,8	193,0	208,8	-15,8
Refinanzierte	0,2	-	-	0,2	-	-	0,2	-	-
Abwesende	21,2	-	-	18,6	-	-	18,6	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	77,8	22,5	-
Beschäftigte über 55 Jahre	16,7	17,5	-
Frauenquote	72,2	50,0	-
Teilzeitquote	0,0	35,0	-
Schwerbehindertenquote	54,6	6,0	-

Produktplan: 92 Allgemeine Finanzen Verantwortlich: Lühr	Controlling 01-13/2014 Seite 1a
--	---

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Absicherung der Versorgungslasten durch Aufbau einer Rücklage für Versorgungsvorsorge (Anstalt für Versorgungsvorsorge)

Sachstand/Analyse/Bewertung

Der Kapitalstock der Anstalt für Versorgungsvorsorge beträgt zum 31.12.2014 inkl. liquider Mittel rd. 433 Mio. €. Aus dem Haushalt 2014 sind zum 31.12.2014 31,6 Mio. € aus dem Produktplan 92 an die Anstalt für Versorgungsvorsorge abgeführt worden.

Die Zuführungen setzen sich zusammen aus Verbeamtungseffekten, der Versorgungsumlage von ausgliederten Einrichtungen und den Versorgungszuschlägen für refinanziertes Personal.

Finanzielle Absicherung von Tarif- und Struktureffekten sowie künftiger Ausbildungsjahrgänge

Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Neuregelung der Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2013/2014 hat in der Kernverwaltung rd. 23 Mio. € Mehrausgaben verursacht. Rd. 10 Mio. € davon sind im Bereich der Versorgung im PPL 92 angefallen.

Im II. Quartal wurden die Mittel für die beschlossene Ausbildungsplanung 2014 für bedarfsbezogene Ausbildungsberufe aus den zentral veranschlagten Personalmitteln in die Ressortbudgets verlagert.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2014
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Einnahmen aus Konzessionsabgaben (T€)	37.522	38.235	-713	-1,9	38.235
Vom SVIT, Eigenkapitalverzinsung (T€)	31.559	31.691	-132	-0,4	31.691
Gewinne aus Beteiligungen (T€)	37.305	47.143	-9.838	-20,9	47.143
Versorgungsbezüge (OGrp. 43) -T€	390.383	390.383	0	0,0	387.582
Beihilfen Versorgungsempfänger (Grp. 446) -T€	36.411	36.411	0	0,0	35.475
Globale Mehrausgaben für (konsumtive) Personalkostenzuschüsse (Tarifeffekte) -T€	0	0	0	0,0	2.804
An SVIT für Sanierungsinvestitionen (T€)	22.804	25.723	-2.919	-11,3	25.723
An SVIT für energetische Maßnahmen (T€)	1.875	2.000	-125	-6,3	2.000

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2:

Produktplan:	92	Controlling 13/14	
Allgemeine Finanzen		06.02.2015	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 2

3. Analyse/Bewertung

I. Einhaltung des Budgets 2014

Das Jahresergebnis 2014 weist für den Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" im Saldo aus Haushaltsverbesserungen und Haushaltsverschlechterungen rechnerisch eine Haushaltsverschlechterung in Höhe von -9.782 Tsd. Euro aus, die sich wie folgt zusammensetzt:

Konsumtive Mindereinnahmen	-37.104 Tsd. Euro
Investive Mehreinnahmen	504 Tsd. Euro
Personalminderausgaben	14.609 Tsd. Euro
Konsumtive Minderausgaben	11.266 Tsd. Euro
Investive Minderausgaben	943 Tsd. Euro
zusammen	-9.782 Tsd. Euro

a) Konsumtive Mindereinnahmen

Ursächlich für die rechnerische Haushaltsverschlechterung sind allein die im Produktbereich 92.01 zu verzeichnenden konsumtiven Mindereinnahmen von rd. 37.150 Tsd. Euro, die sich im Wesentlichen wie folgt erklären:

24.922,76 Tsd. Euro konsumtive Mindereinnahmen

Mindereinnahmen i.H.v. 24.922,76 Tsd. Euro sind dadurch entstanden, dass die im Landeshaushalt irrtümlich veranschlagten und vereinnahmten Mittel in Höhe von rd. 26.418 Tsd. Euro im Zusammenhang mit der Umwandlung der stillen Einlagen bei der Bremer Landesbank in den Haushalt der Stadtgemeinde umzubuchen waren und hier aus haushaltstechnischen Gründen im Umfang von 24.922,76 Tsd. Euro zu Deckungszwecken für die Umsetzung des vom Senat und Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Konzepts zur Lösung der Budgetrisiken 2014 herangezogen wurden. Der haushaltmäßige Ausgleich für die im Landeshaushalt durch die Umbuchung in den Haushalt der Stadtgemeinde entstandenen Mindereinnahmen (rd. 26.418 Tsd. Euro) ist in Höhe von 24.922,76 Tsd. Euro produktplanübergreifend durch entsprechende Zinsminderausgaben im Produktplan 93 "Zentrale Finanzen" und im Übrigen durch konsumtive Minderausgaben im Produktbereich 92.01 erfolgt.

10.499,15 Tsd. Euro konsumtive Mindereinnahmen

Die bei der Hst. 3986/121 11-0 in Höhe von insgesamt 20.500 Tsd. Euro veranschlagten Gewinne aus Beteiligungen an Hafengebühren beinhalten gegenüber dem Haushaltsanschlag 2013 (10.500 Tsd. Euro) die zusätzliche Veranschlagung eines Betrages von 10.000 Tsd. Euro.

Da die Ergebnisse der BLG die Realisierung dieses zusätzlichen Betrages nicht zuließen, sind am Jahresende 2014 Mindereinnahmen i.H.v. 9.848,1 Tsd. Euro zu verzeichnen. Zudem sind bei den veranschlagten Einnahmen aus Konzessionsabgaben (38.235 Tsd. Euro) im Zusammenhang mit den endgültigen bzw. vorläufigen Abrechnungen der Konzessionsabgaben 2011, 2012 und 2013 Mindereinnahmen in Höhe von rd. 713 Tsd. Euro entstanden.

Gemäß dem vom Senat am 30.09.2014 beschlossenen Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014 ist zum Ausgleich der Mindereinnahmen bei den Gewinnen aus Beteiligungen an Hafengebühren (9.848,1 Tsd. Euro) im PPL 81 "Häfen" eine entsprechende konsumtive Mehreinnahme erwirtschaftet worden.

Der Ausgleich der Mindereinnahmen bei den Einnahmen aus Konzessionsabgaben ist gemäß diesem Konzept in Höhe von 651 Tsd. Euro im Rahmen der Inanspruchnahme der Planungsreserve nach § 7 der Haushaltsgesetze Land bzw. Stadt erfolgt. Die restlichen in Höhe von 62 Tsd. Euro verbliebenen Mindereinnahmen wurden innerhalb des Produktbereichs 92.01 durch konsumtive Minderausgaben kompensiert.

b) Investive Mehreinnahmen

Investive Einnahmen sind nicht veranschlagt.

Im Haushaltsjahr 2013 wurden 5.157.055 Euro anteilige Veräußerungserlöse aus dem Verkauf des Bahnhofvorplatzes vom Sondervermögen Infrastruktur an den Haushalt abgeführt, die zu entsprechenden Mehreinnahmen geführt haben.

Im Haushaltsjahr 2014 ist eine weitere Abführung (Restbetrag) in Höhe von 500 Tsd. Euro an den Haushalt erfolgt.

Weitere investive Einnahmen wurden in Höhe von 3.200 Tsd. Euro erzielt. Hierbei handelt es sich um die letzte Tranche der Rückführung eines Betrages von 10.000 Tsd. Euro, der dem Sondervermögen Immobilien und Technik/Stadt im Dezember 2011 im Rahmen eines Liquiditätstausches vom Sondervermögen Hafen befristet zur Verfügung gestellt wurde. Dieser Betrag (3.200 Tsd. Euro) wurde dem Produktplan 81 "Häfen" zur Liquiditätsrückführung an das Sondervermögen Hafen durch Nachbewilligung wieder zur Verfügung gestellt.

c) relevante Verechnungen/Erstattungen (Einnahmen)

Die Ist/Planwert-Abweichung (1.290 Tsd. Euro) resultiert aus folgenden zusätzlich erzielten Einnahmeverfügungsmitteln:

- rd. 844 Tsd. Euro, die für Ansprüche der BSAG aus ÖDLA und ATZ an die BVG mbH ausgezahlt wurden
- rd. 422 Tsd. Euro, die für Projekte im Rahmen des Investitionspaktes und für

Produktplan: 92 Allgemeine Finanzen		Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 3
<p>Städtebauförderungsmaßnahmen an das Sondervermögen Immobilien und Technik/Stadt weiterzuleiten waren</p> <ul style="list-style-type: none"> - rd. 16 Tsd. Euro, die Immobilien Bremen AöR im Rahmen der zentral finanzierten Gebäudereinigung zusätzlich zu den Haushaltsanschlägen 2014 zur Verfügung gestellt wurden - rd. 8 Tsd. Euro Arbeitsentgeltzuschüsse des Versorgungsamtes. 			
<p>d) Personalminderausgaben</p> <p>Bei den Personalausgaben werden Minderausgaben in Höhe von 14.609 Tsd. Euro ausgewiesen. Im Umfang von 9.908,0 Tsd. Euro beruhen diese auf Vorjahresresten bei den Nachversicherungen für ausgeschiedene Beamte/Richter (2.534,5 Tsd. Euro) und bei den Globalen Mehrausgaben (7.373,5 Tsd. Euro). Die verbleibenden Minderausgaben in Höhe von rd. 4.701 Tsd. Euro sind in Höhe von 4.186,2 Tsd. Euro ebenfalls bei den Globalen Mehrausgaben in der Produktgruppe 92.02.03 sowie in Höhe von 514,6 Tsd. Euro bei den temporären Personalmitteln für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen angefallen. Diverse personalwirtschaftliche Risiken wie z.B. das Risiko einer Sonderzahlung an die VBL (VBL-Sanierungsgeld) sowie an den Produktplan 21 für Vertretungslehrer sind nicht eingetreten. Sämtliche Personalminderausgaben sollen für den fortdauernden Zweck als Ausgabereste nach 2015 übertragen werden.</p>			
<p>e) Konsumtive Minderausgaben</p> <p>Für Tarifeffekte bei den Personalkostenzuschüssen sind zentral im Produktbereich 92.01 globale Mehrausgaben i.H.v. rd. 2.804 Tsd. Euro veranschlagt. Die haushaltstechnische Umsetzung dieser Mittel durch Nachbewilligung auf die betroffenen Produktpläne einhergehend mit einer entsprechenden Liquiditätsverlagerung gemäß dem vom Senat der FHB am 30.09.2014 beschlossenen Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014 erfolgte im Oktober.</p> <p>Die im Produktbereich 92.01 zu verzeichnenden Minderausgaben (5.782 Tsd. Euro) sind größtenteils beim Verlustausgleich der BVG mbH entstanden.</p> <p>Im Produktbereich 92.02 werden konsumtive Minderausgaben in Höhe von 5.484 Tsd. Euro ausgewiesen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Zuführungen an die Anstalt für Versorgungsvorsorge (368,8 Tsd. Euro) und Minderausgaben beim Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag (4.786,1 Tsd. Euro). Letztere werden ebenfalls der Anstalt für Versorgungsvorsorge zum Aufbau eines gesonderten Kapitalstocks zugeführt. Da die Mittel erst Ende Dezember auf den entsprechenden Haushaltsstellen verbucht worden sind, konnten diese nicht mehr rechtzeitig vor Kassenschluss der 12. Periode 2014 an die Anstalt für Versorgungsvorsorge ausgezahlt werden. Die Minderausgaben bei den Anstaltszuführungen, dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag sowie der übertragbare Teil der Minderausgaben bei den Performa Entgelten (118 ,3 Tsd. Euro von insgesamt 282,4 Tsd. Euro) sollen daher als Ausgabereste in das Haushaltsjahr 2015 übertragen und dann ausgezahlt werden.</p>			
<p>f) Investive Minderausgaben</p> <p>Die Ist-Planwert-Abweichung (-2.601 Tsd. Euro) resultiert hauptsächlich daraus, dass von den im Landeshaushalt veranschlagten Mitteln für Sanierungsinvestitionen (4.000 Tsd. Euro) in diesem Jahr 3.000 Tsd. Euro nicht abgeflossen sind. Dieser Betrag ist deshalb für die Investitionssteuerung 2014 zur Verfügung gestellt worden, um ihn dann in 2015 für den fortdauernden Zweck zu verwenden. Von den für energetische Maßnahmen veranschlagten Mitteln (2.000 Tsd. Euro) wurden 125 Tsd. Euro zu Gunsten des städtischen Eigenbetriebs KiTa Bremen für die Ersatzbeschaffung energiesparender Haushaltsgroßgeräte umbewilligt.</p> <p>Die rechnerische Haushaltsverbesserung (944 Tsd. Euro) beinhaltet in Höhe von 900 Tsd. Euro haushaltsmäßig nicht finanzierte Rücklagen aus dem Vorjahr.</p>			
<p>Fazit:</p> <p>Nach Gegenrechnung der in Höhe von rd. 35.422 Tsd. Euro im Rahmen des vom Senat beschlossenen Konzepts zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014 vorgenommenen produktplanübergreifenden Ausgleichs für die konsumtiven Mindereinnahmen im Produktbereich 92.01 ergibt sich für den Produktplan 92 "Allgemeine Finanzen" eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von rd. 25.640 Tsd. Euro, die Resteübertragungen und Rücklagenzuführungen ermöglicht.</p> <p>In dieser Haushaltsverbesserung (rd. 25.640 Tsd. Euro) sind die aus dem Vorjahr übertragenen (haushaltsmäßig nicht finanzierten) Ausgabereste und Rücklagen in Höhe von 11.894 Tsd. Euro enthalten.</p>			
<p>II. Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos 2014</p> <p>Für den Produktplan 92 ist ein Finanzierungssaldo i.H.v. -560.914,6 Tsd. Euro veranschlagt (davon -168.750,0 Tsd. Euro im Nachtragshaushalt mit dem die finanziellen Mittel für die Beteiligung der Stadtgemeinde Bremen an den Netzgesellschaften Bremen und Bremerhaven bereitgestellt wurden). Gemäß dem Ist 2014 beträgt der Finanzierungssaldo -612.909,1 Tsd. Euro, so dass der veranschlagte Finanzierungssaldo um rd. 51.995 Tsd. Euro überschritten wird. Unter Berücksichtigung insbesondere</p>			

Produktplan: Allgemeine Finanzen	92	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 4
<p>a) der mit der Dezentralisierung global/zentral veranschlagter Personalausgaben und Personalkostenzuschüsse einhergehenden Verlagerung entsprechender Liquidität zu Gunsten anderer Produktpläne</p> <p>b) der erfolgten Nachbewilligung von Minderausgaben bei den dezentral veranschlagten Beihilfen und Nachversicherungen zu Gunsten des PPL 92</p> <p>c) der erfolgten Nachbewilligung von Minderausgaben im Ausbildungsbudget des PPL 91 "Finanzen/Personal" zu Gunsten des PPL 92</p> <p>d) der vom Produktplan 68 "Umwelt, Bau und Verkehr" in Höhe des Verlustes der BSAG für den Verlustausgleich der BVG mbH zur Verfügung gestellten Liquidität</p> <p>e) des vom Senat am 30.09.2014 gemäß seinem Konzept zur Lösung der Haushaltsrisiken 2014 beschlossenen produktplanübergreifenden Ausgleichs der konsumtiven Mindereinnahmen im Produktbereich 92.01</p> <p>f) diverser sonstiger produktplanübergreifender Mittelverlagerungen (+/-)</p> <p>hat der PPL 92 den für ihn zulässigen Finanzierungssaldo jedoch eingehalten bzw. unterschritten.</p> <p>III. Leistungskennzahlen</p> <p>Die veranschlagten Gewinne aus Beteiligungen (47,143 Mio. Euro) und die veranschlagten Einnahmen aus Konzessionsabgaben (38,235 Mio. Euro) wurden in Höhe von 9.848 Tsd. Euro bzw. 713 Tsd. Euro nicht realisiert.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 93 Zentrale Finanzen	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	n. e.	n. e.
	Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kommentar:

Finanzdaten

Das Budget des Produktplans 93 wird eingehalten.

Die Ist-Einnahmen des Produktplans liegen im Berichtszeitraum saldiert um 13,4 Mio. € über dem Planwert. Die rechnerisch ermittelte Verbesserung beinhaltet ein negatives Einnahmenvolumen von insgesamt 3,7 Mio. €, dass maßgebend geprägt wird u.a. durch:

- a. Mindereinnahmen aus der die Spielbankabgabe und den weiteren Leistungen (2,5 Mio. €)
- b. durch nicht erzielte Einnahmen aus Anteilen staatl. veranstalteter Glückspiele gem. BremGluG (1,2 Mio. €).

Demgegenüber stehen Mehreinnahmen aus einer vorzeitigen Darlehenstilgung der Hanseatische Wohnungsbaugesellschaft HAWOBEG, die in Höhe der Restschuld von 17,058 Mio. € vorzeitig getilgt wurde.

Ein teilweiser Ausgleich der Mindereinnahmen bei der Spielbank erfolgt über investive Minderausgaben in Höhe von 1,55 Mio. €, da die Stiftung Wohnliche Stadt in diesem Zusammenhang die investiv veranschlagten Zuwendungen nicht mehr erhält. Die verbleibende rechnerisch ermittelte Verschlechterung von insgesamt 2,2 Mio. € wird nach Abrechnung des 13. Monats 2014 teilweise über ermittelte Zinsminderausgaben (1,2 Mio. €) und über entstandene Mehreinnahmen (1,0 Mio. €) ausgeglichen.

Einhaltung des Finanzierungssaldos

Im Rahmen der Abrechnung des Kommunalen Finanzausgleichs im 14. Monat 2014 hat Bremerhaven noch einen Anspruch auf Zuweisungen in Höhe von 0,4 Mio. €, die sich auf den Haushaltsabschluss verändernd auswirken. Auf die insoweit maßgebliche Mehrausgabe hat die Stadtgem. Bremerhaven einen Anspruch nach dem FZG. Der Finanzierungssaldo gilt unter diesen Aspekten als ausgeglichen.

In Höhe von 0,05 Mio. € sind Mittel der investiven Budgetrücklage zuzuführen, die sich aus nicht abgerufenen Mitteln aus Einnahmen aus Feuerschutzsteuer an SIS ergeben haben.

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf. Die Einnahmeentwicklung im Produktplan ist aufgrund der Struktur nicht steuerbar.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: Zentrale Finanzen	93	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014					Jahresplanung 2014			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	91.635	76.666	14.969	19,5	78.274	78.274	91.634	13.360	76.665
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	91.635	76.666	14.969	19,5	78.274	78.274	91.634	13.360	76.665
Personalausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	163.382	167.192	-3.810	-2,3	163.390	163.790	163.247	-543	167.192
Zinsausgaben	508.264	578.799	-70.535	-12,2	544.087	544.087	508.264	-35.823	578.799
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.487	-2.326	3.813	-164,0	3.039	3.038	1.487	-1.551	-2.326
relevante Verrech./Erstatt.	2.664	3.094	-430	-13,9	3.094	3.094	2.664	-430	3.094
Gesamtausgaben	675.798	746.759	-70.961	-9,5	713.609	714.009	675.662	-38.347	746.760
Saldo	-584.163	-670.093	85.930	-12,8	-635.335	-635.735	-584.028	51.707	-670.095

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	0	0
- investiv	0	230	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,2	0,2	0,0	0,2
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,2	0,2	0,0	0,2
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	0,0	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	0,0	0,0	40,0
Beschäftigte über 55 Jahre	0,0	0,0	20,0
Frauenquote	0,0	0,0	46,7
Teilzeitquote	0,0	0,0	26,7
Schwerbehindertenquote	0,0	0,0	8,3

Produktplan:	93	Controlling 13/14	
Zentrale Finanzen		06.02.2015	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
<p>Das Budget des Produktplans 93 schließt im Saldo mit Mehreinnahmen in Höhe von 13,4 Mio. Euro ab. Dieser ausschließlich für das Haushaltsjahr 2014 positive Effekt begründet sich aus einer Zahlung der Hanseatische Wohnungsbaugesellschaft HAWOBEG der von der FHB ein Darlehen gewährt wurde, dass in Höhe einer noch bestehenden Restschuld in Höhe von 17,058 Mio. Euro vorzeitig getilgt wurde.</p>			
<p>Konsumtive Einnahmen Die rechnerisch ermittelte Verbesserung beinhaltet ein negatives Einnahmenvolumen von insgesamt 3,7 Mio. Euro, dass maßgebend geprägt wird u.a. durch</p>			
<p>a) Mindereinnahmen aus der die Spielbankabgabe und den weiteren Leistungen (2,5 Mio. Euro) b) durch nicht erzielte Einnahmen aus Anteilen staatl. veranstalteter Glückspiele gem. BremGluG (1,2 Mio. Euro).</p>			
<p>Ein teilweiser Ausgleich der Mindereinnahmen bei der Spielbank erfolgt über investive Minderausgaben in Höhe von 1,55 Mio. Euro, da die Stiftung Wohnliche Stadt zur Vermeidung weiterer Risiken die über die Spielbankeinnahme prognostizierten investiv veranschlagten Zuwendungen nicht mehr erhält. Die verbleibende rechnerisch ermittelte Verschlechterung von insgesamt 2,2 Mio. Euro wird nach Abrechnung des 13. Monats 2014 über ermittelte Zinsminderausgaben (1,2 Mio. Euro) und über entstandene Mehreinnahmen (1.0 Mio. Euro) ausgeglichen.</p>			
<p>Konsumtive Ausgaben Die Soll-/Ist-Entwicklung der kons. Ausgaben ergibt sich daraus, dass im Rahmen der Abrechnung des Kommunalen Finanzausgleichs mit Bremen und Bremerhaven im 14. Monat 2014 noch ein Anspruch Bremerhavens in Höhe von 0,4 Mio. Euro besteht, der sich an dieser Stelle verändernd auswirken wird. Die Verteilung der Mittel der Risikovorsorge (4,6 Mio. Euro), die nach Bedarf den begünstigten Ressorts über technische Nachbewillung zur Verfügung gestellt wurden, haben sich Sollverändernd ausgewirkt.</p>			
<p>In Höhe von 0,05 Mio. Euro sind Mittel der investiven Budgetrücklage zuzuführen, die sich aus nicht abgerufenen Mitteln aus Einnahmen aus Feuerschutzsteuer an SIS ergeben haben.</p>			
<p>Investive Globale Minderausgabe Die im PPL 93 eingestellte Globale Minderausgabe von insgesamt -4,8 Mio. Euro ist im Controlling bis zum Jahresende berücksichtigt und über entsprechende Ressortumlage aufgelöst.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2014
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 03.02.2015

PRODUKTPLAN 96 IT-Budget der Freien Hansestadt Bremen	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung		
		Nicht erreicht	erreicht
	Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Personal:	n. E.	n. E.
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	

Kommentar:

Finanzdaten

Das Jahresergebnis 2014 für den PPL 96 weist im Saldo eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 15,2 Mio. € aus, die sich wie folgt zusammensetzt:

- Konsumtive Reste rd. 10,1 Mio. €
- Zuführung an die investive Budgetrücklage rd. 5,1 Mio. €

Gegenüber den aus dem Haushaltsjahr 2013 in das Jahr 2014 übertragenen Ausgaberesten (6.273 Mio. €) und investive Rücklagen (5.770 Mio. €) haben sich die Reste des Produktplans zum Jahresabschluss erheblich aufgebaut. Dies ist größtenteils auf Reste im Projekt BASIS (1.681 Mio. €) und bei IT-Poolmitteln (2.239 Mio. €) zurückzuführen.

Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen eingehalten bzw. um ca. 3,5 Mio. € unterschritten.

Leistungsdaten

Die Leistungsziele wurden weitestgehend erreicht bzw. überschritten. Lediglich die IT-Kosten pro Arbeitsplatz (IT-Querschnittspauschale) sind gegenüber dem Plan über 4,5% höher ausgefallen. Die Gesamtkosten pro Arbeitsplatz betragen 1.794 € (Plan: 1.716 €).

Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

ANLAGE: Produktplan-Bericht

Produktplan: IT-Budget der FHB	96	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 1
Einhaltung Finanzdaten:	Einhaltung Personaldaten:	Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:	
			

1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2014				Jahresplanung 2014				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	832	280	552	197,2	917	917	832	-85	280
investive Einnahmen	14	0	14	0,0	14	14	14	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	216	35	181	518,5	216	216	216	0	35
Gesamteinnahmen	1.063	315	748	237,4	1.147	1.147	1.062	-85	315
Personalausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	37.953	38.511	-558	-1,5	48.032	48.032	37.953	-10.079	38.511
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	7.248	9.875	-2.627	-26,6	12.464	12.464	7.248	-5.216	9.875
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	45.201	48.386	-3.185	-6,6	60.496	60.496	45.201	-15.295	48.385
Saldo	-44.138	-48.071	3.933	-8,2	-59.349	-59.349	-44.139	15.210	-48.071

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2014	2015	2016	2017	2018ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	2.128	25	25	540	0	0
- investiv	0	6.142	6.981	5.248	6.614		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2014			kumuliert Januar - 13. Monat 2014			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Refinanzierte Nebentitel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- dar.: Beihilfe/Nachvers	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Refinanzierte Abwesende	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Personalstruktur	Dez 2014	2014	2013
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

Produktplan: 96 IT-Budget der FHB 96	Controlling 01- 13/2014
Verantwortlich: Staatsrat H. Lühr	Seite 1a

2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Kundenzufriedenheit

Sachstand/Analyse/Bewertung

Das zentrale IT-Management der Freien Hansestadt Bremen und die IT-Verantwortlichen in den Ressorts wollen eine hohe Qualität der vorhandenen Computer, Programme und Dienstleistungen sicherstellen und da, wo es nötig und möglich ist, verbessern.

Um dem gerecht zu werden, wird seit Ende 2010 jährlich wiederkehrend eine Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse jährlich ausgewertet und einem Ressort und Vorjahresvergleich unterzogen werden. Aus diesen Ergebnissen resultieren verschiedene Maßnahmen, die in jährlichen Berichten kurz vorgestellt werden.

Die Ergebnisse der Umfragen sowie die Maßnahmenberichte können im MIP abgerufen werden.

Das zentrale IT-Management wird die Umfrage im Februar 2015, wie angekündigt, wiederholen und hofft auf rege Teilnahme der Mitarbeiter.

Hierbei sollen durch die wiederholte Durchführung aktuelle Werte ermittelt werden, die einen Vergleich mit den Ergebnissen der vorherigen Umfrage ermöglichen.

B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	1 - 13/2014			
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*	
			abs.	%
IT-Kosten pro PC-Arbeitsplatz (in Euro)	1.794	1.716	78	4,5
Anteil zentral gemanagter PC-Arbeitsplätze (in %)	77	78	-1	-1,3
Investiver Anteil an den Gesamtausgaben (in %)	16	20	-4	-20,0
Gesamtzufriedenheit der Mitarbeiter mit IT (Note 1 - 5)	2,6	2,5	0,1	4,0

* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

Im Hinblick auf die strategischen Leistungsziele 2014 können folgende Aussagen gemacht werden:

Ziel: Bereitstellung kostengünstige IT

Die IT-Kosten pro Arbeitsplatz („IT-Querschnittspauschale“) sind gegenüber dem Plan um 4,5 % höher ausgefallen und setzen sich wie folgt zusammen:

1)	Managed Port (Infrastruktur/LAN/WAN für Datenkommunikation)	294 Euro
2)	Zentrale Infrastrukturkosten	48 Euro
3)	E-Mail-Kommunikation/Verzeichnisdienst	121 Euro
4)	Client-Betrieb (einschl. Virenschutz)	972 Euro
5)	Standardsersatzbedarf	210 Euro
6)	Betriebssystem Windows und Office (Lizenz Enterprise Agreement)	<u>149 Euro</u>
		1.794 Euro

Der Anteil der zentral – durch Dataport – gemanagten PC-Arbeitsplätze an den PC-Arbeitsplätzen betrug 77 % (BASIS-Client-Betrieb und Steuerverwaltung, 7.125 von 9.211 PC-Arbeitsplätzen insgesamt). Damit wird der Planwert 2014 annähernd erreicht.

Ziel: Innovation

Der Anteil des IT-Budgets für Investitionen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben liegt mit 16 % unter dem Plan (20 %).

Ziel: Verbesserung der Qualität der IT

Das zentrale IT-Management der Freien Hansestadt Bremen und die IT-Verantwortlichen in den Ressorts wollen eine hohe Qualität der vorhandenen Computer, Programme und Dienstleistungen sicherstellen und da, wo es nötig und möglich ist, verbessern.

Um dem gerecht zu werden, wird seit Ende 2010 jährlich wiederkehrend eine Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse jährlich ausgewertet und einem Ressort und Vorjahresvergleich unterzogen werden. Aus diesen Ergebnissen resultieren verschiedene Maßnahmen, die in jährlichen Berichten kurz vorgestellt werden.

Die Ergebnisse der Umfragen sowie die Maßnahmenberichte können im MIP abgerufen werden.

Das zentrale IT-Management wird die Umfrage im Februar 2015, wie angekündigt, wiederholen und hofft auf rege Teilnahme der Mitarbeiter.

Hierbei sollen durch die wiederholte Durchführung aktuelle Werte ermittelt werden, die einen Vergleich mit den Ergebnissen der vorherigen Umfrage ermöglichen.

Produktplan: IT-Budget der FHB	96	Controlling 13/14 06.02.2015	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 2
3. Analyse/Bewertung			
A. Einnahmen			
Im Zeitraum Januar bis Dezember 2014 wurden Gesamteinnahmen u. a. im Zusammenhang mit EU-Einnahmen (Projekt "SPOCS"), SAP-Lizenzen, und ELAZE-Einnahmen in Höhe von 1,063 Mio. Euro gebucht, die im Wesentlichen zur Refinanzierung von IT-Maßnahmen herangezogen werden. Die Gesamteinnahmen überschreiten Ende Dezember 2014 im Ist um rd. 748 Tsd. Euro den Einnahmeplanwert.			
B. Ausgaben			
Die geleisteten Gesamtausgaben in Höhe von 45.201 Mio. Euro liegen zum Ende des Jahres mit 3.185 Tsd. Euro unter dem Anschlag. Ursächlich sind u.a. die nicht benötigten IT-Poolmittel in Höhe von 2.239 Tsd. Euro.			
Aus dem IT-Pool wurden alle benötigten Mittel für den BASIS-Client-Betrieb sowie die Mittel für die Ressorts Inneres, SUBV und Finanzen nachbewilligt. Überdies wurden im Rahmen der Liquiditätssteuerung 2014 wurden 2.322 Tsd. Euro im 13. Monat auf 2015 übertragen.			
Resteinanspruchnahmen durch fremdbewirtschaftende Stellen zentral und bei den Ressorts konnten durch Reste im Projekt BASIS (1.681 Tsd. Euro) und bei den IT-Poolmitteln (2.239 Tsd. Euro) kompensiert werden.			
C. Budgeteinhaltung 2014			
Der Produktplan 96 hat sein Budget 2014 eingehalten. Das Budget 2014 wird um 15,21 Mio. Euro unterschritten. Hiervon entfallen rd. 12,043 Mio. Euro auf haushaltsmäßig nicht finanzierte Reste und Rücklagen aus dem Vorjahr.			
D. Finanzierungssaldo			
Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (z. B. Übertragung der UVI-Reste für BASIS in den Produktplan 96) sowie der Liquiditätssteuerung 2014 zum Jahresende um rd. 3.500 Tsd. Euro unterschritten.			
E. Leistungsdaten			
Im Hinblick auf die strategischen Leistungsziele 2014 können folgende Aussagen gemacht werden:			
Ziel: Bereitstellung kostengünstige IT			
Die IT-Kosten pro Arbeitsplatz ("IT-Querschnittspauschale") sind gegenüber dem Plan um 4,5 % höher ausgefallen und setzen sich wie folgt zusammen:			
1) Managed Port (Infrastruktur/LAN/WAN für Datenkommunikation) 294 Euro			
2) Zentrale Infrastrukturkosten 48 Euro			
3) E-Mail-Kommunikation/Verzeichnisdienst 121 Euro			
4) Client-Betrieb (einschl. Virenschutz) 972 Euro			
5) Standardersatzbedarf 210 Euro			
6) Betriebssystem Windows und Office (Lizenz Enterprise Agreement) 149 Euro			
Insgesamt 1.794 Euro			
Der Anteil der zentral - durch Dataport - gemanagten PC-Arbeitsplätze an den PC-Arbeitsplätzen betrug 77 % (BASIS-Client-Betrieb und Steuerverwaltung, 7.125 von 9.211 PC-Arbeitsplätzen insgesamt). Damit wird der Planwert 2014 annähernd erreicht.			
Ziel: Innovation			
Der Anteil des IT-Budgets für Investitionen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben liegt mit 16 % unter dem Plan (20 %).			
Ziel: Verbesserung der Qualität der IT			
Das zentrale IT-Management der Freien Hansestadt Bremen und die IT-Verantwortlichen in den Ressorts wollen eine hohe Qualität der vorhandenen Computer, Programme und Dienstleistungen sicherstellen und da, wo es nötig und möglich ist, verbessern.			
Um dem gerecht zu werden, wird seit Ende 2010 jährlich wiederkehrend eine Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse jährlich ausgewertet und einem Ressort und Vorjahresvergleich unterzogen werden. Aus diesen Ergebnissen resultieren verschiedene Maßnahmen, die in jährlichen Berichten kurz vorgestellt werden.			
Die Ergebnisse der Umfragen sowie die Maßnahmenberichte können im MIP abgerufen werden.			
Das zentrale IT-Management wird die Umfrage im Februar 2015, wie angekündigt, wiederholen und hofft auf rege Teilnahme der Mitarbeiter.			
Hierbei sollen durch die wiederholte Durchführung aktuelle Werte ermittelt werden, die einen			

Produktplan:	96	Controlling 13/14	
IT-Budget der FHB		06.02.2015	
Verantwortlich:	Lühr	Version: 92	Seite 3
Vergleich mit den Ergebnissen der vorherigen Umfragen ermöglichen.			

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Senatorin für Finanzen (Ref. 21), 03.02.2015
Ausgabereste/Rücklagen/Verlustvorträge	01 – 13 / 2014

Ausgabereste/Rücklagen

Im Berichtszeitraum haben sich die Rücklagenbestände im Saldo um 50,931 Mio. € verringert. Dieser Saldo setzt sich zusammen aus Rücklagenentnahmen in Höhe von rd. 50,943 Mio. € und Zuführungen an Rücklagen in Höhe von 0,850 Mio. €.

Die konkreten Veränderungen bei den einzelnen Rücklagearten im Berichtszeitraum lassen sich der nachfolgenden Tabelle entnehmen:

Reste-/Rücklagenentwicklung im Haushaltsjahr 2014					
	Jahresanfangsbestand 2014	Veränderung im Berichtszeitraum (01-13/2014)			Bestand zum 22.01.2015
		Entnahmen		Zuführungen	
		veranschlagt	nicht veranschlagt		
Tsd. €					
allg. Budgetrücklage	17.743,1	-175,5	-4.431,8	0,0	13.135,8
Altersteilzeitrücklage	440,7	0,0	0,0	---	440,7
investive Rücklage	41.846,1	0,0	-41.786,8	0,0	59,4
Sonderrücklagen	105.018,5	-662,3	-4.725,0	850,0	100.481,3
INSGESAMT	165.048,4	-837,8	-50.943,5	850,0	114.117,1

Ausgabereste (einschl. Verrechn./Erstatt.)	65.994,4
---	----------

Die jeweiligen Produktplangergebnisse sind - unterschieden nach Rücklagearten - in den Tabellen auf der nächsten Seite ausgewiesen.

Verlustvorträge

Die bestehenden Verlustvorträge in Höhe von 88,07 Mio. €, die insbesondere aus Mindereinnahmen der Vorjahre bei der Durchführung von EU-finanzierten Programmen (EFRE, ESF, EFF) zusammen hängen, haben sich im Berichtszeitraum nicht verändert.

Im Produktplan 31 Arbeit wurden Mehreinnahmen von rd. 13,68 Mio. € erzielt, die der Reduzierung bzw. vollständigen Abdeckung noch valutierender Verlustvorträge dienen.

Monatsbericht 13/2014 - PPL-bezogene Rücklagen

PPL Bezeichnung	ATZ-Rücklage			allg. Budgetrücklage			Investive Rücklage			akt. Rücklagen- bestand insgesamt	Veränderung insgesamt
	JAB	aktuell	Veränderung	JAB	aktuell	Veränderung	JAB	aktuell	Veränderung		
01 Bürgerschaft	0,00	0,00	0,00	2.237.061,60	1.226.031,60	-1.011.050,00	52.200,00	0,00	-52.200,00	1.226.031,60	-1.063.250,00
02 Rechnungshof	119.309,39	119.309,39	0,00	753.067,67	753.067,67	0,00	77.130,00	0,00	-77.130,00	872.377,06	-77.130,00
03 Senat, Senatskanzlei, Kreuzl. Angelegenheiten	50.115,12	50.115,12	0,00	14.830,90	14.830,90	0,00	1.968.346,03	0,00	-1.968.346,03	64.945,02	-1.968.346,03
05 Bundes- und Europangelegenheiten	3.005,17	3.005,17	0,00	528.314,77	528.314,77	0,00	0,01	0,01	0,00	531.319,95	0,00
06 Datenschutz und Informationsefreiheit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
07 Inneres	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
08 Gleichberechtigung der Frau	79.134,47	79.134,47	0,00	137.304,77	137.304,77	0,00	11.340,00	0,00	-11.340,00	216.439,24	-11.340,00
09 Staatsgerichtshof				9.822,66	9.822,66	0,00				9.822,66	0,00
11 Justiz							0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 Sport				0,00	0,00	0,00	412.730,00	0,00	-412.730,00	0,00	-412.730,00
21 Bildung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.760.033,27	0,00	-1.760.033,27	0,00	-1.760.033,27
22 Kultur	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.568.000,00	0,00	-2.568.000,00	0,00	-2.568.000,00
24 Hochschulen und Forschung				671.194,85	571.194,85	-100.000,00	2.064.998,37	0,00	-2.064.998,37	571.194,85	-2.164.998,37
31 Arbeit	0,00	0,00	0,00	824.224,76	120.224,76	-704.000,00	17.979,67	17.979,67	0,00	138.204,43	-704.000,00
41 Jugend und Soziales	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	-3,00	6.700,00	0,00	-6.700,00	0,00	-6.703,00
51 Gesundheit	0,00	0,00	0,00	823.105,83	823.105,83	0,00	72.237,60	8.177,60	-64.060,00	831.283,43	-64.060,00
68 Umwelt, Bau, Verkehr	0,00	0,00	0,00	3.798.296,39	2.090.146,39	-1.708.150,00	7.618.550,00	0,00	-7.618.550,00	2.090.146,39	-9.326.700,00
71 Wirtschaft	0,00	0,00	0,00	687.146,17	582.146,17	-105.000,00	13.033.518,73	7.821,73	-13.025.697,00	589.967,90	-13.130.697,00
81 Hilfen	0,00	0,00	0,00	2.264.404,33	2.264.404,33	0,00	5.396.216,89	636,89	-5.395.580,00	2.265.041,22	-5.395.580,00
91 Finanzen / Personal	189.117,96	189.117,96	0,00	4.716.070,37	3.736.982,37	-979.088,00	115.765,64	24.735,18	-91.030,46	3.950.835,51	-1.070.118,46
92 Allgemeine Finanzen / Zentrale Finanzen	0,00	0,00	0,00				900.000,00	0,00	-900.000,00	0,00	-900.000,00
96 IT-Budget der FfB				278.225,74	278.225,74	0,00	5.770.380,00	0,00	-5.770.380,00	278.225,74	-5.770.380,00
Gesamtsumme	440.682,11	440.682,11	0,00	17.743.093,81	13.135.802,81	-4.607.291,00	41.846.126,21	59.351,08	-41.786.775,13	13.635.836,00	-46.394.066,13

Donnerstag, 22. Januar 2015

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt

Senatorin für Finanzen (Ref. 21),
03.02.2015

Ausgabestelle/Rücklagen/Verlustvorträge

01 – 13 / 2014

Monatsbericht 13/2014

<i>Sonderrücklage</i>	<i>JAB</i>	<i>aktuell</i>	<i>Veränderung</i>
ABFALLABGABE-RUECKLAGE	0,00	0,00	0,00
ABWASSERABGABE-RUECKLAGE	6.933.175,59	4.824.436,76	-2.108.738,83
ARBEITNEHMERBEITRAEGE NACH DEM BREMISCHEN RUHELONHGESETZ	11.803.094,46	12.648.741,05	845.646,59
AUSGLEICHABGABEN-RUECKLAGE FUER EINGRIFFE IN NATUR UND LANDSCHAFT	1.343,42	1.343,42	0,00
AUSGLEICHABGABEN-RUECKLAGE NACH DEM SCHWERBEHINDERTENGESETZ	8.928.177,92	7.528.177,92	-1.400.000,00
Budgetrücklage Allgemeine Finanzen	152.183,87	0,00	-152.183,87
BUDGETRUECKLAGE HANSESTADT BREMISCHES HAFENAMT, BREMERHAVEN (BAGGERGUTENTSORGUNG)	234.000,01	234.000,01	0,00
Entwicklungsagentur West	0,00	0,00	0,00
ERNEUERUNGSRUECKLAGE FISCHEREIHAFEN- BETRIEBS- UND ENTWICKLUNGSGES. BRHV.	293.445,67	293.445,67	0,00
KASSENVERSTAERKUNGS- UND ALLGEMEINE AUSGLEICHSRUECKLAGE	16.340.452,11	16.340.452,11	0,00
Mehreinnahmen EFRE-Programm 2007-2013 (Wissenschaft)	267.281,74	267.281,74	0,00
RUECKLAGE ALLGEMEINE FINANZEN (INCL. ZENTRAL. PERSONALRUECKLAGE)	12.638.106,06	12.638.106,06	0,00
RUECKLAGE 'FOLGEKOSTEN DER BEB- VERAEUSSERUNG'	0,00	0,00	0,00
RUECKLAGE FUER DIE GASTSCHULGELDPAUSCHALE VOM LAND NIEDERSACHSEN	0,00	0,00	0,00
RUECKLAGE FUER DISKONTKREDITE	436.250,00	436.250,00	0,00
RUECKLAGE KRIEGSOPFERFUERSORGE	463.731,32	233.731,32	-230.000,00
RUECKLAGE 'SAUBERE STADT'	22.961,32	22.301,12	-660,20
RUECKLAGE 'SCHAFFUNG VON GARAGEN UND EINSTELLPLAETZEN'	0,00	0,00	0,00
RUECKLAGE SOZIALLEISTUNGEN (ALLGEMEIN)	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage "Deichschutz Bremerhaven"	4.060.457,30	4.064.847,31	4.390,01
Sonderrücklage "Jüdischer Friedhof"	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage "ReSoSta"	662.259,77	0,00	-662.259,77
Sonderrücklage A 281	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage EFRE 2007-2013 - Bescheinigungsstelle -	29.416.486,39	29.416.486,39	0,00
Sonderrücklage Fischereiprogramm EFF	0,00	0,00	0,00
Sonderrücklage für Zuschüsse an die Bürgerstiftung	89.945,00	89.345,00	-600,00
Sonderrücklage Kajen Fischereihafen	1.676.000,00	1.676.000,00	0,00
WASSERENTNAHMEGEBUEHR-RUECKLAGE	10.599.134,85	9.766.338,11	-832.796,74
Zweckgebundene Rücklage aus Sozialleistungen	0,00	0,00	0,00
Zweckrücklage Unterhaltungsfonds Naturschutz	0,00	0,00	0,00
Gesamtsumme	105.018.486,80	100.481.283,99	-4.537.202,81

Monatsbericht 13/2014 - PPL-bezogene Verlustvorträge

<i>Bezeichnung</i>	<i>JAB</i>	<i>aktuell</i>	<i>Veränderung</i>
VERLUSTVORTRAG (INNERES PPL 07)	-15.829.377,44	-15.829.377,44	0,00
VERLUSTVORTRAG (JUSTIZ PPL11)	-7.512.041,10	-7.512.041,10	0,00
Verlustvortrag Sport	-897.576,63	-897.576,63	0,00
Verlustvortrag (Hochschulen und Forschung PPL 24 - EFRE 2007-2013)	0,00	0,00	0,00
VERLUSTVORTRAG (ARBEIT PPL31)	-4.361.461,28	-4.361.461,28	0,00
Verlustvortrag (Arbeit PPL 31 - EFRE 2007-2013)	-9.590.918,81	-9.590.918,81	0,00
Verlustvortrag (Arbeit PPL 31 -ESF 2007-2013)	-26.214.725,97	-26.214.725,97	0,00
VERLUSTVORTRAG (JUGEND UND SOZIALES - SOZIALLEISTUNGEN PPL41)	-3.718.993,10	-3.718.993,10	0,00
Verlustvortrag (Umwelt, Bau, Verkehr, Europa PPL 68 - EFRE 2007-2013)	-4.599.099,01	-4.599.099,01	0,00
VERLUSTVORTRAG (UMWELT, BAU und VERKEHR Mindereinnahmen Werberechte)	-3.100.000,00	-3.100.000,00	0,00
VERLUSTVORTRAG (WIRTSCHAFT-WAP PPL71)	0,00	0,00	0,00
Verlustvortrag (Wirtschaft PPL 71 - EFRE 2007-2013)	-9.641.825,47	-9.641.825,47	0,00
Verlustvortrag Europäischer Fischereifonds (EFF)	-2.534.215,40	-2.534.215,40	0,00
Verlustvortrag (Wirtschaft PPL 71 - EFRE 2007-2013 in Bremerhaven)	-70.000,00	-70.000,00	0,00
Verlustvortrag (KP II Mindereinnahmen)	0,00	0,00	0,00
<i>Gesamtsumme</i>	-88.070.234,21	-88.070.234,21	0,00

Controllingbericht Produktgruppenhaushalt	Senatorin für Finanzen (Ref. 21), 03.02.2015
Zuwendungen(Testate) / globale Minderausgaben	01 – 13 / 2014

Zuwendungen (institutionelle Förderung) ab 100 Tsd. €

Über den Sachstand der Vorlage ausstehender Testate wird regelmäßig im Rahmen des Controllings berichtet. **Die zum Zeitpunkt des Haushaltsentwurfs ausstehenden Testate der Fachressorts liegen zwischenzeitlich ausnahmslos vor.** In Fällen, in denen das Wirtschaftsplanjahr (z.B. wegen der Spielzeiten) vom Haushaltsjahr abweicht liegen z. T. noch keine Testate für die Zeit ab August dieses Jahres vor. In diesen Fällen darf bis einschl. Oktober 2014 monatl. maximal 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages gezahlt werden.

Nachstehend die Zuwendungen, die aufgrund fehlender Testate noch gesperrt sind:

PPL	PGR	Finanzposition	Zweckbestimmung	Anschlag

- Keine -

Globale Minderausgaben / Umlagebeschlüsse

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 14.11.2014 der Auflösung der im Haushalt 2014 im PPL 93 veranschlagten investiven globalen Minderausgaben in Höhe von 4,76 Mio. € beschlossen.

Im Zusammenhang mit der Veranschlagung der konsumtiven Minderausgabe in Höhe von 800 Tsd. € wurde im Kulturhaushalt eine globale investive Minderausgabe in gleicher Höhe veranschlagt. Das Ressort hatte dem Senat zur Sitzung am 11.11.2014 geschildert, dass die Auflösung der konsumtiven Minderausgabe in 2014 im konsumtiven Bereich nicht möglich sei. Mit Beschluss des Haushalts- und Finanzausschuss am 14.11.2014 wurde im Rahmen der Vorlage „Konzept zur Einhaltung der konsumtiven Eckwerte 2014/2015 des Kulturhaushaltes“ beschlossen, stattdessen die globale investive Minderausgabe zum Ausgleich einzusetzen. .

	Anschlag 2014 einschließlich Nachtragshaushalt					IST 01-13/2014			Abweichung zwischen zul. Finanzierungssaldo/IST (einschl. Verlagerungen) - Verschlechterung / + Verbesserung
	konsumtive und investive Einnahmen	Personal-, konsumtive, investive, Tilgungs- und Zins- ausgaben	eckwert- relevanter Finanzierungs- saldo	ppl- übergreifende Verlagerungen	zulässiger (bereinigter) Finanzierungs- saldo	konsumtive und investive Einnahmen	Personal-, konsumtive, investive, Tilgungs- und Zins- ausgaben	eckwertrel. Finanzierungs- saldo	
Tsd. €									
01 Bürgerschaft	92,0	20.454,5	-20.362,5	513,1	-20.875,6	107,1	19.790,5	-19.683,4	1.192,2
02 Rechnungshof	3,0	3.028,3	-3.025,3	17,3	-3.042,6	3,4	2.746,3	-2.742,9	299,7
03 Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh	161,0	15.178,8	-15.017,8	-609,8	-14.408,0	1.088,3	15.469,0	-14.380,6	27,4
05 Bundesangelegenheiten	533,1	5.734,9	-5.201,8	-54,1	-5.147,7	540,6	5.505,6	-4.965,0	182,6
06 Datenschutz	0,0	973,4	-973,4	0,8	-974,2	18,7	937,5	-918,8	55,4
07 Inneres	34.272,6	240.134,6	-205.862,0	10.854,1	-216.716,1	35.850,8	253.978,6	-218.127,7	-1.411,7
08 Gleichberechtigung der Frau	69,0	986,7	-917,7	69,5	-987,2	70,3	1.027,9	-957,6	29,6
09 Staatsgerichtshof	0,0	55,2	-55,2	-1,3	-54,0	0,0	50,7	-50,7	3,3
11 Justiz	36.680,0	118.446,2	-81.766,2	248,7	-82.014,9	41.980,7	121.333,2	-79.352,5	2.662,3
12 Sport	404,0	18.908,9	-18.504,9	-4.510,9	-13.994,1	359,2	14.342,8	-13.983,6	10,5
21 Bildung	16.488,3	582.598,0	-566.109,8	12.125,7	-578.235,5	15.813,4	593.641,2	-577.827,9	407,7
22 Kultur	435,7	83.907,6	-82.738,9	-1.950,4	-80.788,5	2.194,8	82.636,3	-80.441,6	346,9
24 Hochschulen, Forschung	40.132,6	384.699,5	-318.008,7	5.652,2	-323.660,9	75.645,1	399.304,5	-323.659,4	1,5
31 Arbeit	17.435,0	37.377,9	-19.942,8	-3.824,4	-16.118,5	28.634,1	41.835,4	-13.201,4	2.917,1
41 Jugend u. Soziales	207.718,3	1.034.616,3	-824.807,1	42.535,3	-867.342,4	223.513,0	1.090.299,0	-866.786,0	556,4
51 Gesundheit	12.228,2	75.096,4	-62.868,1	29,0	-62.897,1	12.466,6	74.583,4	-62.116,8	780,3
68 Umwelt, Bau, Verkehr	38.642,3	297.020,0	-223.312,8	-40.376,6	-182.936,2	78.917,2	265.525,9	-186.608,7	-3.672,5
71 Wirtschaft	2.217,6	112.335,6	-90.766,5	8.011,3	-98.777,8	8.655,3	118.528,9	-109.873,7	-11.095,9
81 Häfen	4.024,7	146.810,1	-132.048,4	-27.327,6	-104.720,8	23.939,5	131.290,1	-107.350,6	-2.629,8
91 Finanzen / Personal	10.425,1	90.789,4	-80.364,3	2.244,1	-82.608,4	19.131,2	98.497,2	-79.366,0	3.242,3
92 Allg. Finanzen	161.701,8	722.616,3	-560.914,6	63.559,3	-624.473,9	155.734,0	768.643,1	-612.909,1	11.564,7
93 Zentrale Finanzen	76.665,1	743.666,0	-667.000,9	-66.969,2	-600.031,6	91.635,3	673.133,9	-581.498,6	18.533,0
96 IT-Ausgaben der FHB	280,1	48.385,2	-48.105,1	-236,1	-47.869,0	846,2	45.200,7	-44.354,6	3.514,5
INSGESAMT	660.609,4	4.783.819,7	-4.028.674,7	0,0	-4.028.674,7	817.144,7	4.818.301,8	-4.001.157,1	27.517,6